

4. Verschärfung der Befürchtungen: Generationeller Wechsel und ambivalente Beobachtung Südasiens 1967

4.1 Politische Generationen und Verbindungen

Das Bild von Südasiens und insbesondere von Indien in der politischen Öffentlichkeit der BRD in den 1950er und 1960er Jahren wurde durch eine Hand voll Personen geprägt, deren entscheidende Phase der Sozialisation in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik stattgefunden hatte. Diese ältere Generation der überwiegend männlichen Journalisten – mit Ausnahme von Marion Gräfin Dönhoff –, wurde um die Jahrhundertwende bis Anfang der 1920er Jahre geboren. Bei den Journalisten dominierte Hans Walter Berg zusammen mit Thilo Bode und Hans Joachim Bargmann die Berichterstattung aus Indien. Ernest N. Shaffer und Gerd Leczcynski hielten sich allerdings bereits vor dem Krieg in Indien auf und konnten dank des gewachsenen Interesses an Indien in den 1950er Jahren auch mit ihren Berichten Geld verdienen. Marion Gräfin Dönhoff, eine der wenigen Frauen in der männlich dominierten Medienelite, Giselher Wirsing zusammen mit seiner Frau Gisela Bonn, Josef Maria Hunck und Immanuel Birnbaum konzentrierten sich in den jeweiligen Redaktionen regelmäßig auf den Subkontinent.

In den 1950er Jahren hatte das Thema „Entwicklungshilfe“ in Verbindung mit Indien noch keinen negativ konnotierten Raum. Es ging zum einen um die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zum anderen um die Bedeutung der politischen Position, die Indien mit Nehru an der Spitze der Bewegung der Blockfreien im bipolaren Systemkonflikt hatte und um einen möglichen Nutzen bei der Deutschen Frage für die BRD. Das bis dahin präsente Bild von Indien als britischer Kolonie und „Land der Sehnsüchte“ stand noch unter dem Eindruck der Gewalt des Krieges und verschob sich im Laufe der 1950er Jahre, bedingt durch die indische Initiative des nun unabhängigen Staates und durch den wirtschaftlichen Aufstieg der BRD hin zu einem potentiellen Wirtschaftspartner. Dabei tauchte immer wieder der Topos einer gemeinsamen Vergangenheit zwischen Deutschland und Indien auf, der auch auf die Wahrnehmung als Opfer imperialistischer Kräfte während des Krieges ausgedehnt wurde. Allerdings wurde auch deutlich, dass es unterschiedliche generationelle La-

ger gab.¹ Das Prinzip der Gewaltlosigkeit zur Lösung von Konflikten beeindruckte Teile der medialen Beobachter bis zum eskalierenden Konflikt um Goa 1961.

Ab den 1960er Jahren verschwanden die beiden wohlwollenden Wahrnehmungen von Indien als „potentiellem Wirtschaftspartner“ und „moralischem Vorbild“ zusehends aus der medial vermittelten politischen Öffentlichkeit. Indien wurde zum „Sorgenkind“ unter den sog. Entwicklungsländern, gleichzeitig veränderte sich auch die Wahrnehmung von Pakistan in eine positive Richtung. In diesem Zusammenhang wurden neue Hoffnungen, aber auch Befürchtungen und Bedenken sichtbar, die sich durch einen gesellschaftlichen und politischen Wandel in der BRD ergaben. Um dieses veränderte Südasienbild in der westdeutschen Öffentlichkeit erklären zu können, sollen die medialen Südasien- und Dritte-Welt-Experten der 1960er Jahre und ihre Verbindungen zu unterschiedlichen sozialen und generationellen Lagern genauer untersucht werden.

Die ältere Generation der vor 1920 Geborenen hatte sich teilweise mit dem NS-System arrangiert oder auch aus Überzeugung kooperiert. Sie konnte mit Hilfe weiterhin bestehender Kontakte über Parteifreunde oder Kriegskameraden und sich nur langsam verändernden Strukturen sowohl bei der Medienpolitik der Adenauer-Regierung als auch innerhalb der Redaktionen eine zweite Karriere als Journalisten in der Nachkriegszeit beginnen bzw. wiederaufnehmen.²

Diese Generation wurde in den 1960er Jahren schrittweise abgelöst von Journalisten, die mit dem Ende des Krieges 1945 Verlust, Niederlage und Neuanfang verbanden und diesen tiefgreifenden Umbruch schmerzhaft oder sogar traumatisiert wahrnahmen. Diese Personen wurden zwischen Anfang der 1920er Jahre bis ungefähr Anfang der 1930er Jahre geboren. Zu den jüngeren Redakteuren, die sich mit ihrer Berichterstattung zu Südasien und zur sog. Dritten Welt positionierten, zählten Leo Brawand, Siegfried Kogelfranz, Ansgar Skriver ebenso wie Klaus Natorp. Thomas Ross (1927–2007) pendelte zwischen den medialen Welten. Er war u.a. von 1967 bis 1973 Fernostkorrespondent der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG in Tokio, bis 1978 Redakteur in Frankfurt und bis 1982 Korrespondent in Neu-Delhi.³ Auf der politischen Ebene setzte der junge Erhard Eppler,

¹ Hodenbergs Definition stützt sich auf Theorien von Bourdieu und ein Modell der politischen Generationen. Vgl. Hodenberg, Konsens und Krise, S. 24f.

² Vgl. ebenda, S. 116f.

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung Sie redigieren und schreiben 1988, S. 92.

Jahrgang 1926, als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Vergleich zu seinen Vorgängern Hans-Jürgen Wischniewski (1922–2005) und Walter Scheel (1919–2016) neue Akzente. Die Bedeutung dieser Generation lag aus heutiger wissenschaftlicher Sicht in ihrem Engagement für Demokratisierung und westliche Ausrichtung der geteilten deutschen Gesellschaft.⁴ Sie profitierten vom Ausfall der dezimierten und diskreditierten Altersgruppe der nach 1900 Geborenen und rückten ungewöhnlich früh in einflussreiche Positionen.⁵ „Die 45er“ hatten bedeutenden Anteil an den dynamischen Zeiten der 1960er Jahre, die zu einem großen Teil aus Reformen und einem eher geringen Teil aus Revolten bestand.⁶ Charakteristisch für alle „45er“ war die Angst vor einem erneuten Absturz in einen totalitären Staat. Die BRD war aus ihrer Sicht instabil und krisenanfällig.⁷

Auch „die 68er“, als größtenteils traumatisierte Generation der Mitte der 1930er und Mitte der 1940er Jahre Geborenen, bejahten die Ideen von Partizipation und Demokratisierung, radikalisierten sich zu einem geringen Prozentsatz aber in ihrer Ablehnung des Kapitalismus.⁸ Während die „45er“-Generation die Möglichkeit einer Wiederholung der Weimarer Verhältnisse fürchtete, hatte die BRD für manche „der 68er“ bereits den Weg des Faschismus eingeschlagen.⁹ Sie fühlten sich als Teil einer transnationalen sozialen Bewegung, die sich an den Universitäten der USA im Zuge der Bürgerbewegung und des Vietnam-Kriegs formiert hatte. Die Massenmedien hatten in der Wahrnehmung dieses generationellen Lagers „der 68er“ einen großen Anteil an der negativen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Den Einfluss der Massenmedien auf eine Gefährdung der Meinungsfreiheit sieht Hodenberg rückblickend trotz Konzentrationstendenzen durch eine Ausweitung des politischen Bereichs sowohl bei Printmedien als auch beim Fernsehen in den 1960er Jahren nicht gegeben.¹⁰ Von „den 68ern“ übernahmen in Pakistan und Indien ab Ende der 1960er Männer, die in den 1930er Jahren geboren worden waren, die Posten als Auslandskorrespondenten. Dazu zählten Werner Adam (1935–2009), Karl Robert Pfeffer (1941–1979), Carlos Widmann (geb. 1938) und Erhard Haubold (geb. 1936). Als eine der wenigen Frauen berichtete die ehemalige Re-

⁴ Hodenberg, *Konsens und Krise*, S. 41.

⁵ Ebenda, S. 43.

⁶ Vgl. Hein, *Die Westdeutschen*, S. 311.

⁷ Hodenberg, *Konsens und Krise*, S. 60.

⁸ Vgl. Hein, *Die Westdeutschen*, S. 310.

⁹ Hodenberg, *Konsens und Krise*, S. 76.

¹⁰ Ebenda, S. 89–91.

dakteurin der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG Gabriele Vensky (geb. 1939) aus Südasien. Adam und Haubold hielten sich schon seit den 1960er Jahren in Südasien auf. Haubold arbeitete seit 1965 als Leiter des Pressebüros des deutschen Industriekonsortiums Krupp-Demag. Er begann – parallel zu seiner Arbeit bei der NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG – Anfang der 1970er Jahre mit der Berichterstattung für unterschiedliche westdeutsche Medien.¹¹ Werner Adam konzentrierte sich wie auch Pfeffer auf das zweigeteilte Pakistan. Carlos Widmann übernahm von Südamerika kommend Anfang der 1970er Jahre für die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG den Posten des Auslandskorrespondenten von Thilo Bode. Olaf Ihlau (geb. 1942) von der SPIEGEL-Redaktion erweiterte ebenfalls in den 1970er Jahren den Kreis der Redakteure, die sich auf Südasien konzentrierten.

Der 1928 geborene Klaus Natorp, Redakteur der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG, spezialisierte sich wie nur sehr wenige andere mediale Akteure auf Südasien und die sog. Dritte Welt. Sein Interesse für die westdeutsche Entwicklungspolitik sowie für die deutsch-indischen und deutsch-pakistanischen Beziehungen führte dazu, dass auch er neben etlichen anderen Journalisten an der Reise von Kurt Georg Kiesinger nach Südasien 1967 teilnahm und sechs Jahre später auch Erhard Eppler nach Indien begleitete. Bereits 1962 war er – wie bereits erwähnt – bei der Gruppe von Journalisten, die Bundespräsident Lübke nach Indien begleitete, es war damals der erste Kontakt des 34jährigen mit dem Land. Als Reisekorrespondent war er 1965, 1967, 1970/71 und Ende 1971 allein in Indien und Pakistan unterwegs und besuchte 1962 und 1968 auch Afrika.

Hans Walter Berg und Giselher Wirsing hatten sich bereits ihren Ruf als Südasien-Experten in den 1950er Jahren erworben. Berg galt in den 1960er Jahren als zentrale Anlaufstelle für viele Journalisten, die sich wie Natorp in Neu-Delhi aufhielten. Ab 1969 verlegte Berg das Fernsehstudio von Neu-Delhi nach Hongkong, vier Jahre bevor sich auch die westdeutsche Regierung Richtung China orientierte. Natorp hatte auch Wirsing bei seiner zweiten Reise nach Indien bereits 1965 in Neu-Delhi kennengelernt. Zwar kritisierte er in einer Rezension die von ihm festgestellte Überheblichkeit des Buchautors Wirsing,¹² er schätzte aber sein Wissen und seine Berichterstattung zu Indien.

¹¹ Haubold übernahm den Posten des Auslandskorrespondenten aufgrund des Unfalltodes von Peter Heß, der bis 1972 aus Südasien für die Zeitung berichtet hatte.

¹² Natorp, Ein empfehlenswertes Indien-Buch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.9.1968.

An den Reaktionen zu Klaus Natorp lässt sich teilweise paradigmatisch die Sicht seiner älteren und jüngeren Kolleginnen und Kollegen auf die journalistische Generation „der 45er“ darstellen. Zu Gisela Bonn, Wirsings zweiter Frau, hatte er eine eher angespannte Beziehung. Ihrem Verhältnis zu Nehru und Indira Gandhi fehlte in seinen Augen die wichtige kritische Distanz, während Gisela Bonn ihm genau diese zu kritische Distanz vorwarf, so dass es bei einem Empfang in Schloss Brühl zu Ehren des indischen Staatspräsidenten Venkataraman 1989, an dem beide teilnahmen, zu einem für Natorp unangenehmen Zwischenfall kam. Gisela Bonn kritisierte vor den Anwesenden seine Berichterstattung zum Besuch des indischen Gastes. Natorp nahm anlässlich des Besuchs von Staatspräsident Venkataraman Bezug auf die gegenseitigen Staatsbesuche indischer und deutscher Staatsoberhäupter. Er hob die zeitlichen Abstände hervor und beschrieb teilweise die Gründe und Intentionen der Treffen. Der Artikel war in Form eines knappen Hintergrundberichts geschrieben.¹³ Aber Klaus Natorp eckte auch bei Kollegen an, die jünger waren als er. Natorps Kontakt zu den pakistanischen Generälen wurde kritisiert und war Zeichen der Annahme von einer instabilen, nicht gefestigten demokratischen Haltung der Generation „der 45er“, geprägt durch NS-Zeit und verlorenen Krieg.¹⁴

Letztlich aber zählte Klaus Natorp zu der Generation, die als Journalisten den Wandel von einem Konsens-Journalismus hin zu einem Forum des Konflikts bewirkten und so den Demokratisierungsprozess in der BRD wesentlich beeinflussten. Welche Wirkungen seine Sozialisation und journalistische Herangehensweise auf die eigene Beurteilung des Verhältnisses zwischen Industrieländern und ehemaligen Kolonien – speziell Indien und Pakistan – in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre hatte und welche Positionen Natorp und seine Kollegen einnahmen, soll im Verlauf dieses Kapitels untersucht werden.

4.2 Der Sinn der sog. Entwicklungshilfe für Indien

Indien war nach den in der Nachkriegszeit aufgestellten Modernisierungstheorien keinesfalls prädestiniert, den eingeschlagenen demokratischen Weg

¹³ Transkription des Interviews mit Klaus Natorp vom 13.7.2009, S. 34/35. Siehe auch Natorp, Staatsbesuch des indischen Präsidenten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.9.1989.

¹⁴ Vgl. Moses, Die 45er, S. 235f. Zum Hinweis auf die Kritik vgl. das Interview mit Klaus Natorp, 28.6.2010.

gehen zu können. Nach heutigem Wissensstand kann die Phase nach der Unabhängigkeit bis Anfang der 1990er Jahre als erfolgreiche Demokratisierung bezeichnet werden. Trotz einer wachsenden Eigengesetzlichkeit konnten Krisen – im Gegensatz zu Pakistan – überwunden werden. Dies gelang durch das Festhalten an der föderativen Gestalt der Indischen Union und an der Bedeutung unterschiedlicher Parteien und Interessen im Rahmen bestehender demokratischer Regeln. Dazu kamen die Bemühungen von staatlicher Seite, die vorherrschende Religion des Hinduismus zu begrenzen sowie eine Verinnerlichung der demokratischen Bedeutung innerhalb der Gesellschaft herbeizuführen.¹⁵

Durch den Krieg gegen China und Pakistan und zweier verhängnisvoller Dürren verschlechterte sich der niedrige Lebensstand weiterer Teile der Bevölkerung nach 1965. Die kommunistische Gefahr, in der sich Indien möglicherweise befand, stellte in der westdeutschen Öffentlichkeit ein Problem dar. Indien hatte nach Rourkela und Goa keinen guten Stand mehr bei Politikern und medialen Akteuren. Pakistan nahm seit Ende der 1950er Jahre über seine diktatorische Regierung unter Ayub Khan mit einer eindeutigen westlichen Bündnistreue sowie einer klaren Stellungnahme für Bonn in Bezug auf die Deutsche Frage an Bedeutung zu. Nach dem Ende des zweiten indisch-pakistanischen Krieges wurde allerdings ein Wandel in der Außenpolitik Khans bemerkbar. Zudem wich die bis dahin wahrgenommene innenpolitische Stabilität nach 1965 einer Unruhe, die auch Ost-Pakistan langsam medial sichtbar machte und 1971 zum medial verfolgten Bürgerkrieg in Pakistan und dem dritten indisch-pakistanischen Krieg führte.

Anknüpfend an die Annahme eines endogen, in der Gesellschaft selbst verankerten Problems sah der auf Wirtschaftsfragen spezialisierte SPIEGEL-Redakteur Leo Brawand (1924–2009), selbst aus ärmlichen Verhältnissen kommend, die Ursachen für den Misserfolg der entwicklungspolitischen Maßnahmen zwischen 1961 und 1967 in den als homogen wahrgenommenen Gesellschaften Asiens und Afrikas. „Das Sorgenkind Indien“ zeichnete sich dabei ebenso wie viele Länder der Subsahara durch eine rückständige und irrationale Gesellschaft aus, die durch Religion, Furcht vor Neuerungen, Kriege sowie maß- und planlose Politiker mit verfehlten Konzepten eine nachholende Entwicklung nach westlicher Norm verhinderte. Brawands Gesellschaft zahlte so durch Steuergelder einen hohen und sogar schädlichen Preis für Kredite, die nie zurückgezahlt werden würden, und

¹⁵ Vgl. Rösel/Gottschlich, Indien im neuen Jahrhundert, S. 14.

staatliche Bürgschaften. Entwicklungshelfer führten einen Kampf gegen Windmühlen. Er spielte negativ emotionalisierend auf der Klaviatur der versteckten Annahmen über eine angeborene Faulheit der afrikanischen Gesellschaften und anderen Menschen, denen Eigenverantwortung, Leistungswille und Werte fehlten und die sog. Entwicklungshilfe als Wiedergutmachung und Selbstverständlichkeit betrachteten, statt aus eigener Kraft ein modernes Bewusstsein zu erzeugen. Degeneration war so die negative Wirkung von entwicklungspolitischen Maßnahmen, wenn sie nicht innerhalb der von Brawand betrachteten Zeitperiode bereits zum Erfolg geführt hatten. Sie waren danach ohne korrigierende Eingriffe bei Konzepterstellung und -planung der Geberländer obsolet.¹⁶

Brawand belegte bekannte Bilder mit anderen Bedeutungen, um die Verantwortung für die Verschlimmerung von Not und Elend sowie die Falschverwendung der Unterstützung wahrnehmbar zu machen. Er verglich die Situation in Ländern wie Indien mit der Situation in den bei fast allen Leserinnen und Lesern noch sehr präsenten 1940er Jahren: der Überwindung von Not in knapp zehn Jahren mit der Starthilfe „Marshallplan“ zusammen mit der Abgrenzung gegenüber einer verbrecherischen Regierung, von der sich die Generation Brawands über eine Wahrnehmung als Opfer des Krieges distanzieren konnte.

In Bihar beträgt die Lebensmittelration praktisch 900 Kalorien täglich, noch 600 Kalorien weniger als die deutsche Lebensmittelzuteilung im Katastrophenjahr 1946. Die Hungernden verzehren selbst Baumrinde und Kuhdung. Verelendete Bewohner Westbengalens plünderten seit April 128mal Lebensmittelzüge. Wie einst in den Todeslagern des Dritten Reiches werden in indischen Städten morgens früh die Leichen der Ausgezehrten fortgekartt.¹⁷

Gerade die Verhältnisse in Südafrika dienten Brawand – trotz der Apartheid – als geglücktes Beispiel einer Lehrer-Schüler-Konstellation und einer Heranführung des schwarzen Teils der südafrikanischen Gesellschaft an die moderne Norm. Dieses Bild eines notwendigen paternalen Verhältnisses zwischen globalem Norden und Süden sollte für ihn der Garant einer zukünftigen „sinnvollen“ Entwicklungspolitik weg von Großprojekten hin zur Förderung des Agrar-Sektors sein, die jede Kritik daran als Unsinn abtat.

¹⁶ Vgl. die Spiegelserie zur „Zwischenbilanz der Entwicklungshilfe“. Brawand, Wer niemals eine Schraube sah. In: Der Spiegel, 42:9.10.1967; 43:16.10.1967; 44: 23.10.1967.

¹⁷ Brawand, Wer niemals eine Schraube sah. In: Der Spiegel, 9.10.1967.

„Dem weißen Mann sitzt das Geld nicht mehr so locker wie früher, und für faule Kunden werden die Geschäfte schwieriger.“¹⁸ Brawands Serie war auch für George Woods, den Präsidenten der Weltbank von 1963 bis 1968, „sehr anregend“.¹⁹

Der SPIEGEL-Redakteur der ersten Stunde führte zusammen mit einem Kollegen nach der Veröffentlichung der Serie noch ein Interview mit Hans-Jürgen Wischniewski, dem Nachfolger Scheels und neuem Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Regierung Kiesinger-Brandt ab 1966. Zusammen mit dem schlechten Image von Entwicklungspolitik und von den Regierungen und Gesellschaften in Asien und Afrika wurde aber auch ab Mitte der 1960er Jahre ein bemerkbarer Umschwung in der Nord-Süd-Wahrnehmung durch die einsetzende Kritik aus der Studentenbewegung und die öffentliche Kritik aus den Reihen der sog. Entwicklungsländer deutlich.²⁰ Und auch Theoretiker aus dem globalen Süden suchten neue Wege losgelöst von der Wachstumstheorie Rostows. Neben radikaleren Ideen sollten Reformen die „Terms of Trade“, als Austauschverhältnis zwischen dem Import und Export eines Landes, zu Gunsten der rohstoffexportierenden Länder beeinflussen.²¹

Wischniewski hatte neben der ablehnenden öffentlichen Haltung und der Kritik aus dem globalen Süden mit weiteren Problemen zu kämpfen. Ihm blieb zum einen weiterhin die Kontrolle über die Kapitalhilfe versagt. Zum anderen befand sich die Bundesrepublik 1966 in einer – allerdings zur kurzzeitigen – konjunkturellen Krise. Er verknüpfte deshalb die westdeutsche Entwicklungspolitik mit einer neuen Bedeutung und verdrängte damit rückblickend einen solidarischen Gedanken.²² Statt unnötiger Kosten für die Gesellschaft sollten damit Arbeitsplätze und Exportmärkte für die Zukunft gesichert und geschaffen werden.

Wischniewskis entwicklungspolitisches Konzept – reduziert auf „Aid by Trade“, als Handelsbeziehungen und Rohstofflieferungen und einem Einvernehmen mit den jeweiligen Regierungen im gegenseitigen Interesse – wurde mit recht ungewöhnlichen PR-Maßnahmen in eine Öffentlichkeit transportiert, die von den Medien dominiert wurde. Die Journalisten wurden

¹⁸ Brawand, Wer niemals eine Schraube sah. In: Der Spiegel, 23.10.1967.

¹⁹ Leserbrief, Anregend. In: Der Spiegel, 15.1.1968.

²⁰ Zur Postdevelopment-Kritik vgl. Ziai, Entwicklung als Ideologie, S. 237.

²¹ Zu den radikaleren Konzepten der Dependenztheorien vgl. Hein, die Westdeutschen und die Dritte Welt, S. 129f. Speziell zur Perspektive kritischer lateinamerikanischer Sozialwissenschaftler vgl. Kratochwil, Modernisierung, S. 51f.

²² Vgl. Fischer, Die Entwicklungspolitik in der Ära Erhard Eppler, S. 21–22.

so bedeutende Vermittler von politischen Botschaften, die den Wandel der politischen Öffentlichkeit sehr deutlich werden ließen. So wie Wischnewski auf die Ressentiments in der Gesellschaft im SPIEGEL-Interview einging, vermittelte auch Jürgen von Manger alias Herr Tegtmeier im Auftrag des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Ruhrpott-Dialekt die Vorteile von entwicklungspolitischen Maßnahmen für die deutsche Wirtschaft. Auch gegen Vorurteile zu „Schwarzafrikanern“ zog er – gerichtet an die westdeutsche Unterschicht und auf Schallplatte gebannt – zu Felde.²³

Wischnewski war gezwungen, die Notwendigkeit seiner Entwicklungspolitik nach der ersten Wirtschaftskrise in der BRD zu rechtfertigen, nicht nur um weiteren Haushaltskürzungen zu entgehen, sondern auch um auf die zunehmende Kritik aus der eigenen Gesellschaft zu reagieren.²⁴ Der Misserfolg in der westdeutschen Entwicklungspolitik gründete sich in der Argumentation Wischnewskis darauf, dass die Bundesrepublik in ihrem Entscheidungs- und Handlungsspielraum sowohl durch die eigenen Verbündeten als auch durch die sog. Nehmerländer eingeschränkt worden war. Außenpolitischer Druck durch die USA und die sog. Entwicklungsländer und eine Benachteiligung im Vergleich zu den ehemaligen Kolonialländern mit besseren „kommerziellen Verbindungen“ ließen die BRD so als Opfer erscheinen.²⁵ Er gab Fehler seines Vorgängers bei der Vergabe von Krediten zu und versprach, Druck auf „die Nehmerländer deutscher Steuergelder“ auszuüben, Projekte zu sanieren oder ggf. zu stoppen, um nicht, angelehnt an die Worte der SPIEGEL-Redakteure „schlechtem Geld noch gutes nachzuwerfen“.²⁶

Auch das Bevölkerungswachstum wurde – medial durch die SPIEGEL-Redaktion vermittelt – einem fehlenden Bewusstsein in den unterentwickelten Gesellschaften angelastet. Regierungen wie die pakistanische unter Ayub Khan waren, so die Annahme, gegen Unwissenheit, fehlende Bildung und Aberglaube machtlos. Trotz der desolaten wirtschaftlichen Lage, die in Ländern wie Japan bei jedem Einzelnen zu dem Wunsch nach weniger Kindern und drastischen Maßnahmen geführt habe, verhinderte „das unterentwickelte Bewusstsein“ diese Einsicht. Da auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation nicht als mögliche Option für die nähere Zukunft in Aussicht

²³ N.N., Wer niemals eine Schraube sah. Tegtmeier als Entwicklungshelfer. In: Der Spiegel, 23.10.1967.

²⁴ Vgl. Hein, Die Westdeutschen und die Dritte Welt, S. 109 und 135f.

²⁵ N.N., Die Ernüchterung ist da. In: Der Spiegel, 30.10.1967.

²⁶ Ebenda.

angenommen wurde, blieb nur die Hoffnung auf ein Verhütungsmittel, das wie „das goldmachende Wollschwein“ von den Armen der Welt akzeptiert und leicht anwendbar wäre.²⁷ Hilfe würde sonst bedeuten, das globale Problem zu vergrößern. Der ZEIT-Redaktion wollte mit der wohlgemeinten Rezension von Peter Grubbe über Publikationen zur Entwicklungspolitik und deren Maßnahmen über eine Nichtwertung des deutschen und fremden Standpunkts mit Vorurteilen und Halbwissen unterhaltsam aufräumen. Die Rezension aber zeichnete sich durch Beispiele aus, die die Rückständigkeit als Unpünktlichkeit, Desorganisation und Aberglaube der anderen wohl unabsichtlich hervorhob.²⁸

Indienkenner wie der ehemalige Botschafter Ernst Wilhelm Meyer oder auch Hans Gresmann und Klaus Stichler von der ZEIT sahen in Indien weiterhin das Schlüsselland im Kampf zwischen Demokratie und Kommunismus.²⁹ Die Bevölkerungszahl spielte in diesem Zusammenhang eine positive Rolle.³⁰ Indien musste sich mit China messen, das in seiner Modernität positiv gesehen wurde. Auch Hans Walter Berg schrieb noch einige seiner letzten Artikel für die ZEIT über die Wahlen in Indien 1967, bevor er die Zelte in Neu-Delhi abbrach und nach Hongkong wechselte.³¹ Giselher Wirsing veröffentlichte 1968 seine letzte Sicht auf Indien. Der Rezensent der ZEIT verglich das Buch Wirsings mit dem Roland Segals. Sah Wirsing eine Überwindung der inneren und äußeren Bedrohungen Indiens und ein neues Selbstverständnis nach japanischem Muster voraus, so befürchtete Segal eine Auflösung Indiens aufgrund der sozialen und politischen Strukturen.³² Auch Klaus Natorp gehörte ab Mitte der 1960er Jahre zu den wenigen Personen, die sich für Indien als international und regional bedeutendes Land in der westdeutschen Öffentlichkeit stark machten.

²⁷ Jacobi, Zwei und eins gegen den Tod. 2. Fortsetzung. In: Der Spiegel, 20.10.1969.

²⁸ Peter Grubbe stellte folgende Publikationen vor: Klaus Lefringhausen, Siegfried Baumgartner, Helmut Falkenstörfer (Hg): Aktion Entwicklungshilfe, Thesen, Informationen, Analysen, Texte, Arbeitsfragen; Klaus Kühl, Helmut Weyers (Hg): Was wollt Ihr von uns? Erlebnisse und Einsichten junger Deutscher in Asien, Afrika, Lateinamerika; Ingrid Heidermann: Aus afrikanischer Sicht. Stichwörter zur Entwicklungspolitik. Grubbe, Hilfe für Afrikaner? In: Die Zeit, 5.2.1971.

²⁹ Gresmann, Kolosse in der Krise. In: Die Zeit, 3.3.1967; Stichler, Station Indien. In: Die Zeit, 17.11.1967.

³⁰ Meyer, Nehru wollte ein freies Indien. In: Die Zeit, 18.11.1966; Natorp, Wichtiges Indien. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.10.1966.

³¹ Berg, Indien ohne Alternativen. In: Die Zeit, 10.3.1967; ders., Indiens Pendel schlägt nach rechts. In: Die Zeit, 10.2.1967; ders., Indiens Premier und sein Stellvertreter. In: Die Zeit, 24.3.1967.

³² N.N., Indien Land mit Zukunft. In: Die Zeit, 6.12.1968.

4.3 Das westdeutsche Entwicklungsprojekt in Mandi

Wie aber stand Klaus Natorp zu den entwicklungspolitischen Projekten der indischen und pakistanischen Regierungen?

Maßnahmen der einzelnen Regierungen zur Förderung ihres Landes führten auch zu Konflikten mit von den Maßnahmen Betroffener oder zu bedeutenden Eingriffen in das Ökosystem.³³ Aber auch die Zwangssterilisierungsmaßnahmen unter Indira Gandhi standen unter dem Motto des nationalen Fortschritts. Natorp besuchte auf seinen Reisen mehrere dieser Projekte und beschäftigte sich auch intensiv mit dem als bedrohlich wahrgenommenen Bevölkerungswachstum. Letzte Station seiner Reise durch Nordindien 1965 wurde der Distrikt Mandi, dessen Bevölkerung, gefördert von deutschen Helfern, an einem landwirtschaftlichen Projekt beteiligt war.

Bereits 1959 wurde durch den indischen Landwirtschaftsminister die Beteiligung der BRD an einem landwirtschaftlichen Distrikts-Intensivierungsprogramm nach dem Vorbild des US-amerikanischen Förderprogramms angeregt. Ein Gutachterteam hielt sich daraufhin Ende 1960 in Indien auf und entschied sich unter vier möglichen Distrikten für Mandi im Bundesstaat Himachal Pradesh. Der Distrikt liegt im Vorfeld des Himalaya mit einer Fläche von 4.196 qm. Anfang der 1960er Jahre lebten dort 310.626 Menschen in 5.000 Dörfern und Weilern.³⁴ Die Verwaltungszentrale befand sich in Sundernager.

Durch die aus Sicht des westdeutschen Gutachterteams bereits erfolgten staatlichen Fördermaßnahmen, u.a. für die Bildung, waren 23% der Bevölkerung in der Lage zu lesen und zu schreiben. Genossenschaftliche Strukturen waren bereits vorhanden. Eine homogene soziale Struktur, das Engagement der Bevölkerung als auch die Infrastrukturmaßnahmen wurden 1960 positiv eingeschätzt. Daneben sah man die Boden- und Witterungsverhältnisse sowie die Vielfalt an anbaubaren Kulturpflanzen ebenfalls als sehr günstig für die landwirtschaftliche Produktion.³⁵ Die Förderung von westdeutscher Seite umfasste die Bereitstellung eines Expertenteams samt Equipment, die Lieferung von Dünger und die Bereitstellung von Krediten. Eine genossenschaftliche Organisation zur Absatzförderung sollte dafür

³³ Ziai führt beispielhaft die Staudampfpolitik Nehrus an. Vgl. Ziai, Zur Kritik des Entwicklungsdiskurses, S. 26.

³⁴ Hinrichs, Gutachten für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Wirtschaftsberatungsstelle, S. 9.

³⁵ Ebenda, S. 20.

Sorge tragen, dass die an die Bauern ausgezahlten Kredite für den Kauf des Düngers und der Maschinen auch wieder zurückgezahlt werden würden.³⁶ Die Personalkosten für die westdeutschen Fachkräfte sowie die Kosten für die Verwaltung und die für die Ausbildung notwendigen Materialien wurden für eine Gesamtlaufzeit von fünf Jahren auf 2,9 Millionen DM veranschlagt.³⁷ Mustergüter und -betriebe galten in den 1960er Jahren als „Erfolgsmodelle der technischen Hilfe“ und wurden auch in der Erwartung, das nationale Prestige zu mehren, finanziell und personell sehr gefördert.³⁸

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bestätigte 1973 die Expertise des Gutachterteams dreizehn Jahre zuvor. Wegen veralteter Anbaumethoden, fehlender Düngung, unzureichendem Saatgut und des hohen Anbauisikos durch einen Mangel an Bewässerung konnte aus Expertensicht das Produktionspotential nicht ausgeschöpft werden. Der Bau eines von der Weltbank finanzierten Wasserkraftwerkes sollte das Bewässerungsproblem lösen und schuf zudem neue Arbeitsplätze, was – in der Terminologie des Ministeriums – auch zu größerer Kaufkraft der Bevölkerung führen sollte. Bis 1973 flossen in die Projekte in Mandi und im benachbarten Distrikt Kangra 24,64 Mio. DM mit dem Ziel, über eine Beratungstätigkeit zur Entwicklung der Landwirtschaft beizutragen.³⁹ Klaus Natorp schlüsselte 1969 detaillierter auf: 12 Mio. BRD und ca. 20 Mio. von indischer Seite.⁴⁰

1973 waren sieben Experten vor Ort. Auch freiwillige Helfer vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED) waren zeitweise daran beteiligt. Dazu gehörten auch eine Werkstattausrüstung, Fahrzeuge, eine Brunnenbohr-ausrüstung, eine Milchviehherde, Düngemittel, Saatgut, ein Bodenuntersuchungslabor und sonstige nicht gelistete Materialien wie Ersatzteile.⁴¹ Die Kosten für Düngemittel beliefen sich von 1965–1973 auf 16 Mio. DM.⁴² Um eine Dauerabhängigkeit des sog. Nehmerlandes zu verhindern, aber auch aus „erzieherischen Gründen“ wurden Partnerschaftsleistungen gefördert, deren Umsetzungen allerdings wiederum die Abwicklung der Projekte

³⁶ Hinrichs, Gutachten für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Wirtschaftsberatungsstelle, S. 5.

³⁷ Ebenda, S. 30.

³⁸ Vgl. Hein, Die Westdeutschen und die Dritte Welt, S. 48.

³⁹ Vermerk von Reinhard Offermann vom 29.10.1973. Bundesarchiv B213/6789.

⁴⁰ Figge, Entwicklungshilfe am Himalaya. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.8.1969. Hinter dem Autor „Klaus Figge“ verbirgt sich Klaus Natorp, auch das ergänzende Bild wurde von ihm aufgenommen.

⁴¹ Figge, Entwicklungshilfe am Himalaya. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.8.1969.

⁴² Vermerk von Reinhard Offermann vom 29.10.1973. Bundesarchiv B213/6789.

verzögerten. Die unkontrollierbaren Folgekosten lösten beim Finanzministerium eine ablehnende Haltung für neue Projekte aus.⁴³

Natorp bezog aufgrund seiner Reise 1965 in mehreren Artikeln eine eindeutige Position zu den entwicklungspolitischen Maßnahmen in Rourkela und Mandi. Der Reisekorrespondent war vom damaligen Deutschen Botschafter in Indien Dietrich von Mirbach spontan eingeladen worden, ihn und den langjährigen Kulturattaché in Indien Alfred Würfel in dessen Wagen auf eine Inspektionsreise nach Mandi zu begleiten. Mit dabei war wahrscheinlich auch eine Sekretärin der Botschaft.⁴⁴ Nach neunstündiger Fahrt erreichte die kleine Reisegruppe um Mitternacht die Ortschaft Sundernager. Am nächsten Tag schloss sich die Besichtigung des Mandi-Geländes an. Sowohl das Planungskonzept als auch die Umsetzung durch die Experten vor Ort begeisterten Natorp. Die Stimmung in der Bevölkerung schien für ihn als Beobachter ohne direkten Kontakt trotz der Folgen des Modellcharakters von Mandi gut. „Sie haben sich längst an die neue Zeit gewöhnt und auch daran, daß ständig Besucher kommen und sie als Knaben im Wunderland bestaunen.“⁴⁵ Das auch von ihm wahrgenommene hierarchische Verhältnis konnte unter dem globalen Entwicklungsmuster als philanthropisch wahrgenommen werden.

Hartmut von Hülst ist deutscher Projektleiter in Mandi; ihn nennt man respektvoll „Kaiser von Mandi“ und respektlos Urviech. Jedermann kennt ihn in der Region und grüßt, wenn er des Weges fährt. Und daran haftet hier keinerlei Kolonialgeruch. „Unser Ziel ist es“, sagt er, „wenigstens den relativ wenigen Indern, die hier zu Hause sind, zu helfen, damit es ihnen besser geht. Wichtig ist der Kern des Projekts: demonstrieren, ausbilden, trainieren. Wenn wir von hier fortgehen, wird überdauern, was indisch ist – alles, was indische Bauern selbst erlernen und ohne großen technischen Aufwand ausführen können, wird bleiben in Mandi.“⁴⁶

⁴³ Vgl. Hein, *Die Westdeutschen und die Dritte Welt*, S. 49.

⁴⁴ Vgl. Brief von Klaus Natorp vom 8.3.2013 an die Autorin und die beiden Artikel, die sich auf die Reise beziehen: Natorp, Mandi – ein vorbildliches Entwicklungsprojekt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.11.1965 und Figge, Entwicklungshilfe am Himalaya. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.8.1969.

⁴⁵ Figge, *Entwicklungshilfe am Himalaya*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.8.1969.

⁴⁶ Ebenda. Reinhard Offermann verwies am 29.10.1973 auf Schwierigkeiten mit dem Projektleiter von Kangra, Dr. von Samson und der indischen Bevölkerung. Bundesarchiv B213/6789.

Dem westdeutschen entwicklungspolitischen Konzept, das in Rourkela, aber auch auf Sri Lanka sichtbar wurde,⁴⁷ stellte Natorp bereits 1965 die veränderte deutsch-indische Zusammenarbeit im Landwirtschaftssektor entgegen und kritisierte die Maßnahmen der Nehru-Administration:

85 Prozent der indischen Bevölkerung haben mittel- oder unmittelbar mit der Landwirtschaft zu tun. Zu Nehrus Zeiten sind aus dieser Tatsache offensichtlich nicht die erforderlichen Konsequenzen gezogen worden. Die Folge ist, dass Indien sich noch immer nicht richtig ernähren kann. Die Regierung Shastri hat jetzt erkannt, dass der Kampf um Indiens Zukunft auf dem Acker entschieden wird und nicht durch eine forcierte Industrialisierung zu gewinnen ist.⁴⁸

Die Zusammenarbeit von deutschen und indischen Fachleuten war für Natorp Voraussetzung für die Akzeptanz der gewährten westdeutschen entwicklungspolitischen Maßnahmen, denen ein Technologietransfer in großem Umfang aus seiner Sicht folgen musste, so dass die Anzahl der indischen Fachleute die der deutschen zunehmend übersteigen würde und den Einsatz finanzieller Mittel von deutscher Seite gering hielte.

Konzentriert auf die Experten vor Ort berichtete der mediale Entwicklungsexperte, dass die Ertragssteigerung durch den Einsatz von neuen Maschinen, aber in der Hauptsache durch die Verwendung von Kunstdünger erzielt worden sei. Die Förderung von Genossenschaften im Rahmen des deutsch-indischen Programms trage dazu bei, dass Kleinbauern Kredite erhielten, von denen sie Düngemittel und Saatgut bezahlen könnten. Natorp zog ein aus seiner Sicht für die Bauern positives Resümee. „Mit den Erlösen aus den gesteigerten Ernteerträgen lassen sich die geborgten Summen oftmals leichter zurückzahlen als erwartet.“⁴⁹ Auch die im Vergleich zum westdeutschem Standard schlechte Bezahlung indischer Arbeiter, meist Söhne indischer Kleinbauern, die in der Werkstatt lernten, Ackergeräte herzustellen und den Maschinen- und Wagenpark zu warten, wurde aus Sicht Natorps von den westdeutschen Experten mit Bedacht beibehalten und durch ein Zeugnis kompensiert. „In Indien sind Zertifikate überall und im-

⁴⁷ Kapitalhilfe für Industrieprojekte in Kooperation mit westdeutschen Unternehmen vgl. Hunck, Bonn fordert die Entwicklung der ceylonesischen Wirtschaft. In: Handelsblatt, 27.11.1967.

⁴⁸ Natorp, Mandi – ein vorbildliches Entwicklungsprojekt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.1965.

⁴⁹ Ebenda.

mer Gold wert – wenn man sie hat.“⁵⁰ Er hob auch die positiven Ergebnisse in der Viehzucht durch Einkreuzung von deutschem Vieh zur Steigerung der Milchmenge hervor, die von den Viehbesitzern selbst genossenschaftlich organisiert, gesammelt und in der Stadt verkauft werden konnten. Das von Natorp in der westdeutschen Öffentlichkeit wahrgenommene Unverständnis gegenüber dem Umgang mit Kühen in Indien wurde auch durch die SPIEGEL-Redaktion und die Vorwürfe zu einer gesundheitlichen Selbstschädigung, wie durch Schnorrenberger vermittelt, gefördert. Es konnte so von Natorp entkräftet werden.⁵¹

Hier in der Gebirgsregion haben die deutschen Experten den indischen Bauern die Zebumilch buchstäblich schmackhaft gemacht. Streunende, nur ihre Heiligkeit lebende Kühe gibt es im Mandi-Distrikt nicht mehr. Natürlich wird auch hier kein Rind geschlachtet, kein Rindfleisch gegessen – doch zumindest die Milch vermarktet, was eine neue Errungenschaft ist.⁵²

Trotz einiger Schwierigkeiten, die er durch die indische und deutsche Bürokratie verursacht sah, setzte Natorp bereits Mitte der 1960er Jahre einen kritischen Schlusspunkt mit Blick auf die vergangene Entwicklungspolitik der BRD Indien gegenüber.

Man fragt sich, warum es dann nicht mehr Mandis in Indien gibt. Man fragt sich allerdings auch, warum die Bundesrepublik nicht ihre Hilfe für Indien auf solche kleinen, aber weit ausstrahlenden Projekte wie Mandi konzentriert, statt spektakuläre große Projekte zu finanzieren, deren Wirkung gering ist.⁵³

Der Alleinvertretungsanspruch, wirtschaftliches Engagement gekoppelt mit politischer Intention, war nicht sichtbar. Natorp ging es um eine Verbesserung des Lebensstandards der indischen Bevölkerung mit dem positiven Effekt, dass durch den Erfolg solcher Entwicklungsprogramme auch das globale Ansehen der BRD stieg.

Leo Brawand bezog sich in seiner Abrechnung mit der bisherigen Entwicklungspolitik ebenfalls auf das bundesdeutsche Projekt im Norden Indi-

⁵⁰ Figge, Entwicklungshilfe am Himalaya. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.8.1969.

⁵¹ Vgl. Brawand, Wer niemals eine Schraube sah ... In: Der Spiegel, 9.10.1967.

⁵² Figge, Entwicklungshilfe am Himalaya. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.8.1969.

⁵³ Natorp, Mandi – ein vorbildliches Entwicklungsprojekt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.1965.

ens. Wie Natorp kritisierte auch er die Konzentration auf industrielle Projekte. Er sah aber allein die indische Regierung in der Verantwortung. Den auch in der indischen Öffentlichkeit akzeptierten Erfolg von Mandi heftete er nur den deutschen Agrariern an.⁵⁴ Einige Jahre später berichtete die SPIEGEL-Redaktion nochmals über dieses mit deutscher Hilfe geförderte Projekt in Himachal-Pradesh, das nun allerdings als Ausnahmebeispiel in der nicht an sozialer Gerechtigkeit orientierten Entwicklungspolitik der sozialdemokratischen Regierung fungieren sollte. Viele Projekte dienten aus Sicht der SPIEGEL-Redaktion „häufig nur zur Festigung sozialer Hierarchien“.⁵⁵ Wie Kaden, der SPIEGEL-Redakteur, war auch Natorp bei der Besichtigung Mandis durch Erhard Eppler 1973 dabei. Das Beratungsprojekt unter der Leitung von Dr. Zeuner sollte im Dezember 1974 übergabereif sein.⁵⁶

Anders als bei seinem Aufenthalt in Kaschmir oder Sikkim fehlte bei Natorp in Mandi der direkte Kontakt zu Personen der anderen Gesellschaft. Seine Wahl der Perspektiven war dadurch, dass der Journalist dem Projekt eine große Bedeutung zumaß, eher eingeschränkt. Natorp war sowohl von der Symbolkraft des Projekts für die westdeutsche als auch für die indische Gesellschaft überzeugt. Konzentriert auf die Experten und ihre Erfahrungen schienen Kritik oder ein Perspektivenwechsel aufgrund dieser Annahme nicht notwendig zu sein. Die Sicht der SPIEGEL-Redakteure erscheint in diesem Zusammenhang orientiert an den Parametern der grundsätzlichen Regierungskritik und einer Eigen- und Fremdwahrnehmung nach eurozentrischen Kriterien.

4.4 Die Wahlen in Indien 1967

4.4.1 Die Stabilität der demokratischen Institutionen

Wie sollten aus der Perspektive der medialen Experten die ehemaligen Kolonien in Krisenzeiten regiert werden? Für die politische und somit auch wirtschaftliche Stabilität schienen Generäle und Soldaten nach Ansicht etlicher Redakteure und Politiker – allerdings unter der Annahme einer tempo-

⁵⁴ Brawand, Wer niemals eine Schraube sah ... In: Der Spiegel, 23.10.1967.

⁵⁵ N.N., Ein normaler Mensch versteht das nicht. In: Der Spiegel, 28.1.1974.

⁵⁶ Vermerk Reinhard Offermann vom 29.10.1973. Bundesarchiv B213/6789.

rären Präsenz – eher geeignet zu sein als Politiker und Parteien.⁵⁷ Wo wurden in diesem Zusammenhang die Ursachen der politischen Instabilität in Südasien in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gesehen und welche Gefahren schienen sich daraus zu ergeben? Militärregierungen wie in Pakistan verdrängten auch in anderen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in zunehmendem Maße demokratische Institutionen.⁵⁸ Bereits 1957 hatte Immanuel Birnbaum auch eine Krise in der führenden Partei Indiens nach dem Ausscheiden der ersten Generation der Kongresspartei prophezeit.⁵⁹

Den Wahlen in Indien Anfang 1967 waren in den Jahren zuvor Unruhen größtenteils aus den Reihen der Studierenden vorausgegangen, die ihren ersten Höhepunkt Ende des Jahres 1966 mit dem populistisch motivierten Sturm auf das Parlament erreicht hatten. Die Studentenunruhen 1958 und 1968 waren – in einer Zeit des Wandels – Ausdruck eines Teils der Gesellschaft in Indien nach existentieller und materieller Sicherheit.⁶⁰ Dem massiven Anstieg der Studierendenzahlen ab Anfang der 1950er Jahre stand nur eine ungenügende Zunahme an Lehrkräften gegenüber. Auch wurden die Rahmenbedingungen und Lehrkonzepte nicht angepasst. Die berufliche Perspektivlosigkeit und eine Konfrontation von gelebtem traditionellen Leben auf dem Land und nach westlichen Maßstäben geführten Universitäten ließen eine Instrumentalisierung der Studierenden für politische Ziele oppositioneller Gruppen zu.⁶¹ Die Maßnahmen der Kongress-Partei zur Entpolitisierung der studentischen Organisationen führten, allerdings ungewollt, ebenfalls zu einer Politisierung der Studierenden durch oppositionelle Gruppen.⁶² Seit Anfang der 1960er Jahre konnte auch die politische Opposition zunehmend an Einfluss gewinnen. In Teilen von Indien vergrößerten hindu-nationale Kreise zunehmend ihren politischen Einfluss.⁶³ Klöckmann verdeutlicht diese Entwicklung eindringlich am Beispiel der Benares Hindu University.⁶⁴

Auch mediale Südasienexperten wie Klaus Natorp und Giselher Wirsing schenkten dem Phänomen ihre Aufmerksamkeit. Der durch Nehru und die

⁵⁷ Gresmann, Die Herrschaft der Generäle. In: *Die Zeit*, 4.3.1966. Vgl. auch zum Verhältnis der Regierung Adenauer zum pakistanischen Militärregime Das Gupta, Handel, S. 261f.

⁵⁸ Natorp, Die zornigen jungen Inder. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.10.1966.

⁵⁹ Birnbaum, Tempel und Atommeiler – Indiens Wegweiser. In: *Süddeutsche Zeitung*, 9./10.3.1957.

⁶⁰ Vgl. Klöckmann, *Revivalismus in Indien*, S. 138.

⁶¹ Vgl. ebenda, S. 141f.

⁶² Klöckmann, *Revivalismus in Indien*, S. 135.

⁶³ Wagner, *Das politische System Indiens*, S. 128 und S. 130.

⁶⁴ Vgl. Klöckmann, *Revivalismus in Indien*, S.148f.

Kongresspartei massiv vorangetragene Modernisierungsprozess und eine dennoch unzureichende Stabilisierung des Lebensstandards bewirkten aus Sicht Giselher Wirsings, Jahrgang 1907, weitreichende soziale Gegenströmungen mit negativen Folgen für die weitere nachholende Entwicklung des Landes.⁶⁵ Für Klaus Natorp, Jahrgang 1928, versuchten die kommunistischen Parteien Nutzen aus der Perspektivlosigkeit unter den Studierenden und deren Kritik an der Regierung zu ziehen. Die eigene Gesellschaft und eine latente kommunistische Bedrohung hatte der durch die totalitären Maßnahmen des NS-Regimes und deren Wirkungen geprägte Redakteur der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG – er musste Anfang der 1940er Jahre zwei Jahre in der Napola⁶⁶ in Plön verbringen – stets vor Augen. Welche Regierung konnte aus Natorps Sicht die wirtschaftliche Entwicklung forcieren und den Kommunismus bekämpfen? Der Journalist versuchte während seiner Aufenthalte in Indien und Pakistan besonders die Frage nach der Demokratiefähigkeit der beiden Gesellschaften zu beantworten. Wie nahm Thilo Bode, Jahrgang 1918 und von 1936 bis 1945 Marineoffizier auf U-Booten, den politischen Wandel in Indien nach dem Tode Nehrus wahr? Der erfahrene Süd- und Südostasienkorrespondent bewertete exemplarisch an den Wahlen in Indien 1967 die Folgen der Kolonialisierung und den Stand der Demokratie in den ehemaligen Kolonien.

Bode versuchte bereits im Januar – von Singapur aus, da er auch aus Saigon von der Situation in Vietnam berichtete⁶⁷ – die Stimmung in Indien aufzugreifen. Mangels Meinungsumfragen konzentrierte er sich auf die eher pessimistischen Prognosen der Politiker aus den Reihen der Kongress-Partei und auf seine eigenen Erfahrungen. Für den langjährigen Korrespondenten profitierten nicht die kommunistischen, sondern konservative Parteien von den möglichen Stimmenverlusten der bis dahin dominierenden Kongress-Partei. Seine Wahrnehmung deckte sich mit der von Wirsing.

Die Entwicklung kommt im übrigen nicht aus völlig heiterem Himmel. Wer sich das Wahlergebnis des Jahres 1962 mit dem Vergrößerungsglas betrachtet, entdeckt in ihm schon, wenn auch nur in den ersten Andeutungen, die beiden Tendenzen, die das Wahlergebnis

⁶⁵ Wirsing (ohne Titel). In: *Indo Asia* 1 1967, S. 6.

⁶⁶ Nationalpolitische Erziehungsanstalt (NPEA) Plön Schleswig-Holstein, Eröffnung 1.5.1933 im Schloss Plön, Schließung 23.4.1945 – heute Sitz der Akademie für das Optikerhandwerk.

⁶⁷ Bode, Das ist nicht unser Kampf ... In: *Süddeutsche Zeitung*, 17.1.1967.

bestimmen dürften: den Rückgang der Kongreßstimmen, und die Aussicht, daß er nicht den Linken, sondern der Rechten zugute kommen wird.⁶⁸

Für Bode stellte der überschaubare Stimmenverlust der Regierungspartei einen Trend dar, bei dem er Gemeinsamkeiten zwischen den Entwicklungen nach dem Ende der Nehru- und der Adenauer-Administration sah. Auch Klaus Natorp schaffte sowohl 1967 als auch 1970/71 mit dem übergeordneten Thema „Wahlen“ eine Verknüpfung zwischen den beiden unterschiedlichen Gesellschaften, einen bekannten und vertrauten Rahmen und füllte ihn mit den Beobachtungen zur politischen und gesellschaftlichen Situation in Indien und drei Jahre später in West- und Ost-Pakistan. Ihm gelang damit eine Vermittlung kulturspezifischer Themen und die Darstellung strukturierter Entwicklung ohne eine exotistische und voyeuristische Wahrnehmung der anderen Gesellschaft – gegen die Bilder eines von Dürre und Hunger gezeichneten Landes.⁶⁹ Der Redakteur war im Januar und Februar 1967 als Reisekorrespondent in Indien unterwegs und traf u.a. auch auf Thilo Bode. Beide mussten spontan neben der Berichterstattung zu den Wahlen auf den plötzlichen Tod des Nizam von Hyderabad reagieren; und beide ließen die Möglichkeit dann doch nicht verstreichen, ein wenig Exotismus in die ansonsten auf Politik beschränkte Berichterstattung zu bringen.⁷⁰

Es war nach 1962 und 1965 Natorps dritter Aufenthalt in Indien. Im Vorfeld hatte auch er in mehreren Artikeln die bevorstehenden Wahlen in Indien eher am Rande thematisiert, aber die Bedeutung Asiens und insbesondere Indiens als Freund im System-Konflikt und als zukünftigen Wirtschaftspartner betont. Den Besuch Kiesingers – für Dezember 1966 geplant und verschoben – stellte er für Herbst 1967 in Aussicht.⁷¹ Bei der Ankunft in Neu-Delhi zu Anfang des Jahres trug er auch aufgrund der Ereignisse in der BRD seine Fragen nach der Stabilität der indischen Demokratie in sich. Bereits im Laufe des vorherigen Jahres hatte er die Unruhen und ein undemokratisches Verhalten in seinen Kommentaren thematisiert. Er blickte – anderes als Bode und Wirsing – einem konservativen Wahlerfolg gelassener

⁶⁸ Bode, Nehrus Nachfolger in Bedrängnis. In: Süddeutsche Zeitung, 21./22.1.1967.

⁶⁹ Siehe z. B. Süddeutsche Zeitung, 7./8.1.1967.

⁷⁰ Vgl. Natorp, Wer nicht parierte, wurde enterbt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.2.1967 und Bode, Als Briefbeschwerer walnußgroße Diamanten. In: Süddeutsche Zeitung, 25./26.2.1967.

⁷¹ Natorp, Partner in Asien. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.1966; ders., Erneute Einladung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.1.1967; ders., Indien erwartet einen Besuch des Bundeskanzlers. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.1.1967.

entgegen. „Für die Regierungspartei wäre es natürlich leichter, sich mit einer verstärkten Rechten abzufinden. Mit ihr würde sie schon irgendwie zu einem Arrangement kommen. Mit einer gestärkten Linken wäre das wesentlich schwieriger.“⁷²

Auch Bode sah gerade über eine mögliche Regierungsübernahme durch die erst 1962 ins Parlament eingezogene Swatantra-Partei in einzelnen Bundesstaaten die Möglichkeit einer deutlicheren wirtschaftlichen und politischen Positionierung Indiens im globalen Kontext. „Die Partei ist konservativ und eindeutig gegen die indische Bündnislosigkeit, an deren Stelle sie ein Bündnis mit dem Westen setzen will.“⁷³ Er grenzte sie von der ebenfalls konservativen Jan Sangh-Partei mit religiösen Tendenzen ab und verglich diese in ihrer Extremität und Gefährlichkeit für die Demokratie und die gesellschaftliche Stabilität in Indien mit der NPD.⁷⁴ In drei knappen Artikeln konzentrierte sich Bode vor dem ersten Wahlgang am 15.2. auf die Parteienlandschaft und den Wahlkampf. In weiteren zwei Artikeln bewertete er Ende Februar den Ausgang der Wahlen. Im Printmedium MERKUR überraschte Thilo Bode im selben Jahr mit einem Essay zur Bedeutung des Wahlausgangs für die weitere Entwicklung Indiens und ganz Asiens.

Für Natorp stand – als demokratischer Parameter – die Frage im Raum, wie ein Land von diesen Ausmaßen eine Wahl von dieser Größe bewältigen könne und ob dabei auch alles fair zuginge. Die Situation in Kaschmir, die wirtschaftliche Situation Indiens und das deutsch-indische Verhältnis zeichneten sich daneben als Dauerthemen ab. Seine Reise führte ihn von Neu-Delhi über Bombay in den Südwesten Indiens: nach Ernakulam in Kerala. Er hatte bereits im Vorfeld in Teilen des Landes eine Regierungsübernahme durch die kommunistischen Parteien befürchtet. Natorp führte mehrere Interviews sowohl mit Politikern verschiedener Parteien als auch mit dem Bundeswahlleiter, der für die Organisation der Wahlen zuständig war. Es lassen sich drei Bereiche der Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Thema dieser Reise erkennen: die Wahlen auf Bundesebene, losgelöst davon die auf Landesebene sowie die Durchführung der Wahlen an sich. Neben ausführlichen Hintergrundberichten beschrieb Natorp in zwei Reportagen zum einen seine Fahrt nach Kerala und zum anderen den Besuch eines Wahllokals in der Nähe der Hauptstadt. Besonders Kerala mit seiner „Vereinigten Front“, einer Koalition aus Oppositionsparteien, darunter sowohl

⁷² Natorp, Seltsame Wahlbündnisse. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.2.1967.

⁷³ Bode, Indien erwartet Rechtsruck. In: Süddeutsche Zeitung, 11./12.2.1967.

⁷⁴ Ebenda.

eine der beiden indischen kommunistischen Parteien als auch die Moslem-Liga, interessierten ihn ebenso wie ehemalige Kongresspolitiker, die mit ihren Neugründungen ein Drittel der Unionsstaaten umfassten.⁷⁵ Bereits die Landtagswahlen machten 1967 über den Verlust der regionalen Kohäsionskraft der Kongress-Partei einen Prozess deutlich, der sich zehn Jahre später auch auf Bundesebene in der ersten Koalitionsregierung und der Abwahl der Kongress-Partei fortsetzte.⁷⁶

Natorp trat die Reise 1967 nach Indien mit klaren Fragestellungen an. Die Prägung durch die globalen politischen Verhältnisse, aber mehr noch die Sorge um die politische Stabilität erklären seinen Blick auf die demokratischen Institutionen in Indien, die er durch kommunistische Parteien gefährdet sah. Eine Ursache für den von ihm wahrgenommenen Machtzuwachs von links war aus seiner Sicht sowohl die politische Agitation als auch die durch die schlechte Wirtschaftslage bedingte Unzufriedenheit der indischen Bevölkerung. Bode widersprach trotz der auch von ihm wahrgenommenen desaströsen Situation für große Teile der indischen Bevölkerung ausdrücklich einer kommunistischen Gefahr. Die Spaltung in zwei verfeindete kommunistische Parteien trug dazu für ihn wesentlich bei. „In einer Lage wie der jetzigen, in der angesichts des schlimmen Zustandes Indiens ihr Weizen eigentlich blühen könnte, haben sie nichts zu bieten außer ideologischen Haarspaltereien.“⁷⁷ Er maß eher den konservativen Kräften Unterstützung durch die Maharadschas eine bedeutendere Rolle zu. Eine gewalttätige Stimmung und die Konzentration auf religiöse Themen während des Wahlkampfes waren für ihn Zeichen eines verhängnisvollen gesellschaftlichen Wandels. „Indira Gandhi hat sich dieser gefährlichen Entwicklung mit aller Kraft und Tapferkeit entgegengestellt. Aber die Lücke, die der Tod ihres kompromißlos modernen Vaters gerissen hat, kann sie nicht ausfüllen.“⁷⁸

Natorp versuchte dagegen möglichen Wahlmanipulationen nachzugehen und die Gründe des Wahlerfolges der kommunistischen Partei in Kerala aufzudecken. Die politische Stabilität schien für den Redakteur und Reisekorrespondenten in den Jahren davor nicht nur durch Unruhen der Studenten, sondern auch durch Konflikte von Parteien und Parteipersonlichkeiten

⁷⁵ Natorp, Seltsame Wahlbündnisse in Indien. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.2.1967.

⁷⁶ Vgl. Rösel/Gottschlich, Indien im neuen Jahrhundert, S. 16.

⁷⁷ Bode, Indien erwartet Rechtsruck. In: Süddeutsche Zeitung, 11./12.2.1967.

⁷⁸ Bode, Die Maharadschas mischen wieder mit. In: Süddeutsche Zeitung, 15.2.1967.

in Gefahr.⁷⁹ Zusätzliche Wahlmanipulationen hätten die indische Demokratie weiter gefährden, die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung vergrößern und durch Ausnutzung der Stimmung von Seiten antidemokratischer Kräfte so den Weg zu einem autoritären Regime, in welcher Form auch immer, freimachen können. Die Botschaft an das deutsche Publikum bestand in einer Bestätigung der demokratischen Kräfte als vielleicht verbliebenes Hauptargument für Indien, um auch die Unterstützung und das Verständnis für die weitere Finanzhilfe zu sichern. Er griff somit auch wieder die Befürchtungen auf, dass die Armut den kommunistischen Kräften in Indien die Türen öffnen könnte.

Die indische Gesellschaft bestand zu Beginn der 1950er Jahre größtenteils aus Gruppen- und Kastenkollektiven, die sowohl den Alltag als auch das politische Verhalten bestimmten. Der Prozess der sozialen und politischen Individualisierung und damit auch einer voluntaristischen Politikgestaltung basierte auf einer veränderten Wahrnehmung der Bestimmung ihrer Lebens- und Berufsschicksale, besonders der Menschen niederer und mittlerer Kasten.⁸⁰ Neue soziale Bewegungen, zu denen auch die von westdeutschen Politikern wie Carlo Schmid positiv registrierte Landnahme-Bewegung von Bhava zählte, ergänzten diesen sozialen Wandel durch eine kastenübergreifende und eher basisdemokratische Struktur.⁸¹

Das politische Bewusstsein der ungebildeten Bevölkerungsschichten schien für Natorp 1967 sichtbar zu sein. Den Befürchtungen und Prophezeiungen, dass Armut und die daraus resultierende Unzufriedenheit „entweder in einer kommunistischen Revolution enden oder das Eingreifen der Armee und die Errichtung einer Militärdiktatur bewirken müsse“, trat Natorp in einem Leitartikel eindrucksvoll entgegen.⁸² Der respektvolle Umgang des Redakteurs und Reisekorrespondenten mit den der indischen Gesellschaft eigenen Themen im Wahlkampf wurde 1967 sichtbar. Der bereits von Nehru angestoßene Umwandlungsprozess innerhalb der föderalen Struktur des Landes orientierte sich an den großen regionalen Sprachgruppen statt an der sprachlich heterogenen Provinzaufteilung der ehemaligen Kolonialmacht. Die Wirkungen des Ringens um einen Kompromiss im Streit um die Staatssprachen Englisch und Hindi wurde von Natorp nur

⁷⁹ Natorp, Die zornigen jungen Inder. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.10.1966. Ders.: Präsident Radhakrishnan tadelt die indische Regierung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.1.1967.

⁸⁰ Vgl. Rösel/Gottschlich, Indien im neuen Jahrhundert, S. 21.

⁸¹ Vgl. ebenda.

⁸² Natorp, Hat Indien noch eine Zukunft? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.4.1967.

knapp thematisiert, da er in der emotional ausgetragenen Debatte zum Schlachtverbot von Rindern das Hauptthema im indischen Wahlkampf erkannte.⁸³ Er sah darin aber kein Zeichen für eine politisch bemerkenswerte Stärkung der konservativen bzw. hindu-nationalen Parteien.

Die Forderungen und Erwartungen der Bevölkerung an die Regierung infolge der wirtschaftlichen Lage hielt er aufgrund seiner Beobachtungen des Wahlkampfes aber für unrealistisch. Er kommentierte mit westlicher Strenge: „Zuweilen hat es den Anschein, als reiche ihre (die Wähler M.F.) Einsicht immerhin so weit, dass sie die Regierung nicht für das Ausbleiben des Monsunregens verantwortlichen machen.“⁸⁴ Die Ursache dieser Einschätzungen, in der auch mögliche Befürchtungen mitschwangen, war darin zu finden, dass in den 1950er und 1960er Jahren eher pessimistische Prognosen zur Entwicklungsfähigkeit der indischen Demokratie aufgestellt wurden. Aufgrund von modernisierungstheoretischen Ansätzen wurde ein Zusammenhang zwischen wachsendem Wohlstand und der Entstehung von Demokratie gesehen. Die Entwicklung Indiens in demokratischer Hinsicht war daher durch verschiedene Paradoxien gekennzeichnet, die diese Theorie nicht auf dieses Land anwendbar machten.⁸⁵ Massenarmut und nur bescheidene sozioökonomische Erfolge, Defizite im Bildungsbereich sowie ethnische und religiöse Auseinandersetzungen verhinderten eben nicht die Ausbildung von demokratischen Institutionen, aber gewaltsame Konflikte im Laufe der Jahre konnten trotzdem nicht gemildert werden. Auch die multi-ethnische Struktur der indischen Gesellschaft sprach gegen die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens.⁸⁶ Vernachlässigt wurden bei der Suche nach Erklärungen die Strategien der britischen Kolonialmacht, die der Kongress-Partei und deren Wirkungen im historischen Kontext.⁸⁷

Natorp näherte sich der Frage nach dem Stand der indischen Demokratie systematisch aufgrund von Vorüberlegungen und eigenen Erfahrungen, vermittelte aber keine Informationen zu parteiinternen Institutionen und Strukturen insbesondere im Hinblick auf die Kongress-Partei und dem für

⁸³ Natorp, Die Chance der Kongresspartei ist die Zerrissenheit des Gegners In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.1.1967. Vgl. zum Sprachenstreit auch Rösel/Gottschlich, Indien im neuen Jahrhundert, S. 15.

⁸⁴ Natorp, Die Chance der Kongresspartei ist die Zerrissenheit des Gegners. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.1.1967.

⁸⁵ Zur zeitgenössischen Sicht zu den Arbeiten von Barrington Moore vgl. Rothermund, Indien, S. 19.

⁸⁶ Vgl. Wagner, Das politische System Indiens, S. 36f.

⁸⁷ Vgl. Rothermund, Indien, S. 19f.

die Partei schlechten Ausgang der Wahlen.⁸⁸ Sein Urteil zu Wahlverhalten und Wahlorganisation basierte auf einer – ausgehend von der ihm zur Verfügung stehenden Zeit – umfangreichen Recherche trotz oder aufgrund negativer westlicher Prognosen und eigenen Befürchtungen einer Gefährdung der demokratischen Institutionen durch eine kommunistische Infiltration. Die Finanzierung der Wahlkämpfe, ein Thema, das zeitgleich in der BRD diskutiert wurde, griff Natorp in diesem Zusammenhang nicht auf. Der Betrag für die Aufwendungen im indischen Wahlkampf wurde von der Wahlkommission festgelegt und musste von den einzelnen Kandidaten protokolliert werden. Dieses Geld wurde unter anderem auch für den Stimmenkauf verwendet.⁸⁹

Im Rahmen seiner Beobachtungen der Wahlen in Indien 1967 führte Natorp ein Interview mit dem Bundeswahlleiter in Neu-Delhi zu Organisation und Ablauf. In diesem Kontext besuchte er im Anschluss drei Wahllokale im größeren Umkreis von Neu-Delhi und informierte das Publikum neben einer stimmungsvollen Beschreibung von Land und Leuten über Art und Ablauf der Stimmenabgabe in Indien. Die Möglichkeiten der Wahlmanipulation durch Parteien und die Maßnahmen der Wahlbehörde sowohl innerhalb als auch außerhalb des Wahllokals standen für ihn ebenso im Mittelpunkt, um Unterschiede, aber auch Analogien im eigenen und im anderen Land zu verdeutlichen. Faire und freie Wahlen waren für Natorp in besonderer Hinsicht Garant und Basis einer Demokratie. Die unterschiedlichen Maßstäbe und Perspektiven von Natorp und Bode wurden so hervorgehoben.

An dem noch teilweise stattfindenden Wahlkampf auf der Fahrt zu den Wahllokalen beeindruckte Natorp die Intensität der Wahlkampagne, besonders die politische Begeisterung der Einzelnen. „Fähnchen der verschiedenen Parteien wehen auf den Hütten selbst der Ärmsten und zeigen an, wohin die Gunst des Wählers sich vermutlich neigen wird.“⁹⁰ Die Absicht der politischen Führung unter Nehru war es, über Reformen, die den sozial ausgegrenzten Teilen der Gesellschaft zu Gute kamen, und eine positive Diskriminierung von Religion und religiösen Gruppen, die als Ursache der sozialen Diskriminierung gesehen wurden, eine religiöse und somit auch politische Rechtsgleichheit zu initiieren.⁹¹ Die Bedeutung und Verankerung der Wahlen in der indischen Gesellschaft wurden über die Beschreibung

⁸⁸ Vgl. Chakrabarty, *Indian Politics and Society since Independence*, S. 110f.

⁸⁹ Vgl. Wagner, *Das politische System Indiens*, S. 144.

⁹⁰ Natorp, *Stimmabgabe mit Stempel*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.2.1967.

⁹¹ Vgl. Rösel/Gottschlich, *Indien im neuen Jahrhundert*, S. 18/19.

Natorps deutlich. Aber waren es für den westdeutschen Journalisten auch Zeichen eines demokratischen Bewusstseins?

Die Geduld auf Seiten der Wählerinnen und Wähler, beide nach Geschlechtern getrennt, die engagierte und pflichtbewusste Bereitschaft der ehrenamtlichen Helfer sowie die Maßnahmen zur Integration der Analphabeten und Verhinderung von Wahlbetrug mit dem Ziel von freien Wahlen fielen Natorp auf. „Es geht korrekt zu in Partapur Baral, wenn auch langsam.“⁹² Einzig die mögliche Beeinflussung durch Parteien vor den Wahllokalen sorgte für eine negative Wahrnehmung bei Natorp und hob eine der Modifikationen des indischen Wahlkampfs hervor. Die letzte Station in seiner Sammlung von Eindrücken bestätigte sein bereits gefasstes Urteil. Nachdem ihm bei seinem letzten Besuch in dem kleinen Dorf Abdallapur durch den Wahllokalleiter laut Anweisung der Bundeswahlleitung die Aufnahme von Fotos innerhalb des Raumes verboten wurde, resümierte er seine Beobachtungen:

Gerade dort, wo man es am wenigsten erwartet hätte, in einem einsamen Dorf mitten in Uttar Pradesh, zeigt sich also die Wahlbehörde am aufmerksamsten. Ein Einzelfall? Gewiß. Und doch vielleicht auch ein Beweis dafür, dass man Vertrauen in den demokratischen Charakter der indischen Wahlen haben kann.⁹³

Natorp brachte damit sein Anliegen, das Aufzeigen demokratischer Strukturen in dem bündnislosen „Entwicklungsland“, auf den Punkt. Nicht nur die eigene zivilisierte, geordnete, überschaubare und gebildete Gesellschaft, sondern auch Indien mit seiner ungebildeten, agrarischen und rückständigen Gesellschaft befand sich für ihn fast auf Augenhöhe mit den deutschen demokratischen Institutionen.

Was blieb, war möglicherweise das Erstaunen bei Autor und Publikum darüber, dass trotz der Vertrautheit des übergeordneten Themas „Wahlen“ die Andersartigkeit, oder besser Besonderheit der indischen Kultur umso deutlicher wurde. Aufgrund eines anderen Artikels ließen sich die Absichten des Autors erkennen, das Publikum dafür einzunehmen, Indien über seinen demokratischen Charakter das Wohlwollen hinsichtlich der finanziellen Un-

⁹² Natorp, Stimmabgabe mit Stempel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1967.

⁹³ Ebenda.

terstützung von Seiten der BRD zu schenken und das Land als „Bollwerk gegen den Kommunismus in Südasien“ zu sehen.⁹⁴

4.4.2 Indische Politiker und Parteien

Bei den Wahlen in Indien wie in der BRD wurde deutlich, dass ein Generationenwandel zu bemerken war, der sich auch an politischen Persönlichkeiten manifestierte. Für seine diesbezüglichen Recherchen wählte Natorp zuerst Bombay aus, das als Seismograph Indiens in Bezug auf den Wahlausgang angesehen wurde.⁹⁵ Der Wahlkampf wurde in der bedeutenden indischen Stadt von den beiden alten Herren der Kongress-Partei dominiert und entsprach dem im Unterschied zur europäischen Struktur stark an Personen und Familien orientierten Parteiensystem, in dem Programmatik und Organisation eher in den Hintergrund traten.⁹⁶ „Dissidenten“, traditionelle Führer innerhalb der Kongress-Partei, rüttelten an deren altem System, indem sie versuchten, ihre „Stimmenpakete“ anderen Parteien oder Interessengruppen anzubieten oder selbst Parteien zu gründen.⁹⁷

Auch Bode verwies neben den Wahlbündnissen auf „die Flüchtlinge“, die er für die Unübersichtlichkeit der politischen Landschaft Indiens verantwortlich machte. Krishna Menon stellte dabei einen prominenten „Flüchtling“ dar. Für einen möglichen Zerfall der Kongress-Partei machte Bode Politiker wie ihn verantwortlich.⁹⁸ Natorp interviewte den 71jährigen früheren Verteidigungsminister. Er war der Ratgeber Nehrus 1961 in Goa und 1962 in China und wurde in der westdeutschen Öffentlichkeit Anfang der 1960er Jahre als „Mephisto Nehrus“ mit anti-westlicher Einstellung wahrgenommen.⁹⁹ Menon kandidierte im Wahlkreis Bombay-Nord-Ost als Unabhängiger. Er errang als Verteidigungsminister 1957 zum ersten Mal mit großer Mehrheit einen Parlamentssitz. Aus Sicht Birnbaums schien damals die Kandidatur des eher unbeliebten Politikers, der keine der beiden Lan-

⁹⁴ Natorp, Indische Wahlen im Schatten der Wirtschaftskrise. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.2.1967.

⁹⁵ Natorp, Krishna Menon im indischen Wahlkampf. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.2.1967.

⁹⁶ Vgl. Wagner, Das politische System Indiens, S. 106.

⁹⁷ Wagner, Das politische System Indiens, S. 112. Siehe auch Rösel/Gottschlich, Indien im neuen Jahrhundert, S. 22.

⁹⁸ Bode, Indien erwartet Rechtsruck. In: Süddeutsche Zeitung, 11./12.2.1967.

⁹⁹ Vgl. dazu die bildliche Darstellung von Krishna Menon in N.N., Der Friedensmacher. In: Der Spiegel, 20.9.1961, ebenso N.N., Flucht nach vorn. In: Der Spiegel, 28.3.1962; N.N., Noch mehr töten. In: Der Spiegel, 31.10.1962.

dessprachen beherrschte, als Test für das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in Nehru.¹⁰⁰ Die Wahl 1962 konnte er allerdings nur mit der Unterstützung des Premierministers gewinnen – so betonte es auch Wirsing in seinem Abgesang auf ihn.¹⁰¹ Trotz des Dementis von Seiten Menons machte Natorp 1967 deutlich, dass der Weggang des Politikers aus der Kongress-Partei in seiner Nichtnominierung lag, die besonders von S. K. Patil, den Natorp an der Spitze der örtlichen Parteibosse sah, forciert wurde. Der Journalist selbst schätzte den politischen Stil Menons nicht. Seine antiamerikanische Haltung unterstrich das von seinem Konkurrenten S. K. Patil entworfene Bild „eines verkappten Kommunisten“.¹⁰²

Auch Wirsing zeichnete 1968 ein ambivalentes Bild von Menon, der für ihn großen Einfluss auf Nehru hinsichtlich der Außen- und Verteidigungspolitik in den 1950er Jahre und bis zu Nehrus Tod 1964 besaß. Seine Nähe zu politisch links orientierten Gruppen als „High Commissioner“ Indiens in Großbritannien brachte Wirsing in Zusammenhang mit Skandalen, für die Menon sich hatte verantworten müssen. Die Nähe zu den kommunistischen Ländern begründete Wirsing damit, dass Menon Imperialismus und Rassismus einzig bei den westlichen Großmächten verortete.¹⁰³ Aber viel mehr noch als seine politische Einstellung verurteilte Wirsing an Menon die Art, wie er sich als Emporkömmling die englische Kultur angeeignet hatte, und machte so seine Verachtung für den politisch gescheiterten ehemaligen Vertrauten Nehrus deutlich.

Menon war nach jahrzehntelangen Entbehrungen in Campden Town im Londoner Norden als ein Verwandelter zurückgekehrt. Ihm war die seltene Genugtuung widerfahren, daß er in seinen letzten Londoner Jahren von einem Tag auf den anderen als Herr der Botschaft eines großen Landes zum Gastgeber der oberen Zehntausend Englands geworden war. Von diesem Zeitpunkt an sah man ihn bei seinen Reisen im Westen nur in Anzügen des teuersten Gesellschaftschneiders der Bond Street. Er verdammte den britischen Imperialismus und bezichtigte mit Vorliebe die pakistanischen Politiker und Generale der Nachahmung englischer Sitten; aber, wie viele asiatische

¹⁰⁰ Vgl. Birnbaum, Nehrus Weg. In: Süddeutsche Zeitung, 22.3.1957.

¹⁰¹ Wirsing, Indien, S. 82/83.

¹⁰² Natorp, Krishna Menon im indischen Wahlkampf. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.2.1967.

¹⁰³ Wirsing, Indien, S. 84.

und afrikanische Schüler Harold Laskis, war er doch selbst zu einem Stück England geworden, zu einem anti-englischen Engländer.¹⁰⁴

Die Finanzierung von Menons Kampagne 1967 erfolgte durch alle Linksparteien, die ihre eigenen Kandidaten zurückgezogen hatten, so berichtete Natorp, und berief sich, im Gegensatz zu Wirsing weitaus sachlicher, als Quelle auf die linksorientierte Zeitung BLITZ. Seine Anhängerschaft setzte sich aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und jungen Intellektuellen zusammen.¹⁰⁵ Natorp verdeutlichte – auch im Hinblick auf die als negativ erachtete politische Ausrichtung Menons – die Wichtigkeit spezieller Faktoren im indischen Wahlkampf, u. a. die Herkunft, die im Falle Menons trotz großer Unterstützung eine negative Rolle spielen konnte.¹⁰⁶ Auch Wirsing hob über das Beispiel Menon die Bedeutung der Familienzugehörigkeit und anderer Faktoren im Prozess der politischen Willensbildung in der indischen Gesellschaft heraus, die – und darin lag der Fokus von Natorp – kommunistische Tendenzen relativieren konnten.

Er verlor seinen Wahlkreis gegenüber dem hoch angesehenen Mitglied der Planungskommission Bharve mit 12 000 Stimmen. Da Bharve wenige Wochen nach der Wahl starb, war eine Nachwahl nötig, bei der sich Menon noch einmal stellte. Ihm stand nun Bharves Schwester Sapre, eine bis dahin völlig unbekannte Frau, gegenüber, die diesen zweiten Wahlgang sogar mit 15 000 Stimmen Vorsprung gewann.¹⁰⁷

Mit Blick auf Bombay-Süd, den Wahlkreis des Eisenbahnministers Patil – aus Sicht Natorps der starke Mann des rechten Flügels –, rückte Natorp George Fernandes (geb. 1930), den er als Samyukta-Sozialisten bezeichnete, in den Mittelpunkt. Die politische Bedeutung der demokratischen Sozialisten war für Bode durch die Spaltung in zwei nicht kooperierende Parteien und „skurrile Forderungen“ allerdings gering.¹⁰⁸ Obwohl Natorp zu diesem Zeitpunkt die Wahl des Kongress-Politikers Patil trotz politisch linker und antiamerikanischer Agitation noch nicht gefährdet sah, beschrieb er im

¹⁰⁴ Wirsing, Indien, S. 84.

¹⁰⁵ Natorp, Krishna Menon im indischen Wahlkampf. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.2.1967.

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ Wirsing, Indien, S. 83.

¹⁰⁸ Bode, Indien erwartet Rechtsruck. In: Süddeutsche Zeitung, 11./12.2.1967.

Rückblick Fernandes trotzdem als ernst zu nehmenden Kandidaten.¹⁰⁹ Natorp begleitete den jungen indischen Politiker und späteren Eisenbahn- und Verteidigungsminister mit seinen Artikeln durch die Zeit der Notstandsregierung Indira Gandhis und hielt auch Kontakt zu ihm bei einem Kurzbesuch in der BRD 1977.¹¹⁰ Fernandes wurde 1974 Anführer der Gewerkschaft, die im selben Jahr für den Eisenbahnstreik verantwortlich war. Er wurde daraufhin inhaftiert.¹¹¹

Berg befürchtete – wie auch Bode – bereits zu diesem Zeitpunkt, 1967, eine Fundamentalisierung der indischen Gesellschaft in Form eines militanten Hindunationalismus einzelner Parteien mit Politikern ohne Sinn für die indischen Gegenwartsprobleme und Zukunftsvisionen.¹¹² Er nahm Regierung, Opposition und eine Staatsverdrossenheit in der indischen Gesellschaft, bedingt durch eine massive Verschlechterung des Lebensstandards auch aufgrund zweier Kriege, negativ wahr.¹¹³

Bodes Kritik konzentrierte sich aber nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses auf die demokratischen Institutionen selbst. Zum einen kritisierte er eine Verfälschung des Wählerwillens aufgrund des Mehrheitswahlrechts und zum anderen hob er die das Ergebnis akzeptierenden Reaktionen von Seiten aller Politiker hervor.

Nicht ein einziger prominenter Kongreßpolitiker hat bis jetzt auf das absurde Mißverhältnis zwischen Stimmenanteil und Mandaten hingewiesen oder auch nur daraus neue Hoffnung geschöpft. Sie gehen alle Sack und Asche, und die Oppositionsparteien jubilieren, obwohl nicht eine von ihnen die Zehn-Prozent-Grenze im Stimmenanteil

¹⁰⁹ Natorp, Krishna Menon im indischen Wahlkampf. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.2.1967. Siehe auch Transkription des Interviews vom 13.7.2009.

¹¹⁰ George Fernandes informierte ihn über die politische Situation in Indien und die eigenen Schritte. Vgl. folgende Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: Natorp, Indischer Gewerkschaftsführer ruft zum Kampf gegen Frau Gandhi, 22.7.1975; ders., Transportföderation droht Indien, 27.8.1975; ders., Indischer Sozialist appelliert an deutsche Unternehmer, 11.3.76; ders., Sozialistische Internationale um George Fernandes besorgt, 15.6.76; ders., Indischer Sozialistenführer barbarisch gefoltert, 16.7.1976; ders., Indischer Sozialistenführer aus Delhi abtransportiert, 11.8.76; ders., Indischer Minister wirbt um mehr Entwicklungshilfe, 19.4.77 (Fernandes nun Postminister und auf Kurzbesuch in Frankfurt).

¹¹¹ Chattopadhyay konzentriert seine Untersuchung auch auf dieses Ereignis 1974 – den Eisenbahnerstreik. Chattopadhyay, Das Indien-Bild der bundesdeutschen Presse, S. 67f.

¹¹² Berg, Indien ohne Alternativen. In: Die Zeit, 10.3.1967.

¹¹³ Berg, Indiens Pendel schlägt nach rechts. In: Die Zeit, 10.2.1967.

überschritten und die Kongreßpartei die 40-Prozent-Grenze nur geringfügig unterschritten haben dürfte.¹¹⁴

Einen positiven Wandel von einer plebiszitären Demokratie unter Nehru hin zu einer Demokratie ohne Monopolstellung der Regierungspartei im Bund und in den einzelnen Ländern sah Bode auch abhängig von einer geänderten Haltung zu den Arbeitsweisen von Legislative und Exekutive.

Schließlich wird sich Indien (und das bedeutet zumindest in der Zentrale noch immer die Kongreßpartei) mehr als bisher bewußt sein müssen, daß die Essenz der Demokratie nicht Wahlen sind und Geschäftsordnungsdebatten, für die Inder eine fatale Schwäche haben, sondern gutes, sauberes und entschlossenes Regieren.¹¹⁵

Auch Birnbaum hielt nach dem Verlust der sicheren Mehrheit die Koalitionsohnfähigkeit für wichtig.¹¹⁶ Die Erfahrungen in der BRD ließen Parallelen zu. Bode erhärtete seine kritische Einschätzung zur politischen Zukunft des Landes durch ein zunehmend anti-modernes gesellschaftliches Bewusstsein sichtbar in dem zentralen Thema des Wahlkampfes: dem Schlachtverbot für Kühe.

Drei Jahre nach dem Tod des Mannes, der Indien zu einem modernen und säkularem Staat machen wollte, ist die heilige Kuh nicht nur wichtiger als Rourkela, was einem frommen Beobachter noch einleuchten mag, sondern auch wichtiger als die Emanzipierung der sogenannten Unberührbaren.¹¹⁷

Zudem mahnte er dazu, wachsam gegenüber der eigenen Blauäugigkeit aufgrund der globalen politischen Polarisation der aus seiner Sicht gefährlich radikalen Jan Sangh-Partei zu sein.

Aber einige westliche Herzen in Delhi schlagen heute höher, weil die angeblich prowestliche Jan-Sangh-Partei den reformierten Hinduismus repräsentiert. Sie hat nur ihn im Sinn. Alles andere ist verkäuflich – einschließlich der Außenpolitik, wenn die Jan Sangh außer dem Haß auf Pakistan überhaupt eine Konzeption hat. Wer bereit ist, die-

¹¹⁴ Bode, Das große indische Dilemma. In: Süddeutsche Zeitung, 28.2.1967; vgl. auch ders., Knappe Mehrheit für die indische Kongreßpartei. In: Süddeutsche Zeitung, 27.2.1967.

¹¹⁵ Bode, Das große indische Dilemma. In: Süddeutsche Zeitung, 28.2.1967.

¹¹⁶ Birnbaum, Indiens Staatsschiff im Sturm. In: Süddeutsche Zeitung, 27.2.1967.

¹¹⁷ Bode, Das große indische Dilemma. In: Süddeutsche Zeitung, 28.2.1967.

se Feindschaft zu teilen, kann auf das Wohlwollen der Jan Sangh rechnen sonst nicht.¹¹⁸

Bei der Auswahl der Politiker orientierte sich Natorp anderes als Bode, der ein Erstarken der konservativen Kräfte wahrnahm, an möglichen kommunistischen Tendenzen und war, wie auch bei der Beobachtung von Wahlorganisation und Wählern, konzentriert auf die Stärke des Kommunismus in der indischen Gesellschaft. Der Vergleich der Wahlen in Indien und in der BRD ermöglichte die Wahrnehmung von Gegensätzen und Analogien und gab Natorp, der sich in relativ kurzer Zeit einen Überblick verschaffen musste, emotionale Anhaltspunkte aufgrund eigener Erfahrungen, durch die er sich der anderen Gesellschaft annähern konnte. Der sichtbare Kritikpunkt, die mögliche Wahlmanipulation durch Parteien, wurde bereits in einem früheren Artikel thematisiert und anhand von Beispielen verdeutlicht. Natorp versuchte sich dem Problem sowohl von der staatlichen Seite, über den Bundeswahlleiter, als auch von der Wählerseite, am Ort der Stimmabgabe, zu nähern und verwies auf sichtbare Versuche der Korruption einzelner Wähler. Die Finanzierung der Wahlkämpfe, ein Thema, das zeitgleich in der BRD diskutiert wurde, wäre in diesem Zusammenhang sicherlich von Interesse gewesen. Das tendenziell politische Bewusstsein der ungebildeten Bevölkerungsschichten betonte Natorp in mehreren Artikeln. „Die Art, wie sie von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen“ zeugte ihm „von bemerkenswertem Unterscheidungsvermögen.“¹¹⁹ Die Berichterstattung Natorps wies zudem auf den politischen Generationenwandel in Indien hin, der mit dem Ende der Dominanz der Kongress-Partei einherging.

Die Verankerung, aber auch Modifikationen demokratischer Institutionen in der indischen Gesellschaft wurde durch alle Journalisten in ihrem Bemühen um Sachlichkeit verdeutlicht, erhielt aber insbesondere durch Berg ein eher abwertendes Urteil. Die Besetzung des Kabinetts unter Indira Gandhi als Ministerpräsidentin kommentierte der bekannteste unter den Asien-Journalisten in eher sarkastischem Ton.¹²⁰ Der demokratische Wandel aus Sicht der medialen Südasien-Experten entkräftete nur zu einem geringen Teil die Vorbehalte bedingt durch die Debatte um den Sinn von entwicklungspolitischen Maßnahmen.

¹¹⁸ Bode, Das große indische Dilemma. In: Süddeutsche Zeitung, 28.2.1967.

¹¹⁹ Natorp, Indiens Kongresspartei bekommt den Volkszorn zu spüren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.2.1967.

¹²⁰ Berg, Indiens Premier und sein Stellvertreter. In: Die Zeit, 24.6.1967.

4.5 Die politische Landschaft Indiens

4.5.1 Kerala aus Sicht von Klaus Natorp

Die bedingt durch historische Entwicklungen außergewöhnliche politische Situation Keralas bedeutete eine persönliche Neuwertung Natorps zu kommunistischen Strömungen in der indischen Gesellschaft. Bereits die Wahlen von 1957 fanden in der westdeutschen Presse kritische Beachtung. Der erste Wahlerfolg der Kommunistischen Partei unter E.M.S. Namboodiripad 1957 wurde durch Ulrich Hagen in der ZEIT aus indischer und westlicher Perspektive beleuchtet. Ein Erfolg als Regierungspartei wurde aus seiner Sicht als Bedrohung für die in Neu-Delhi regierende Kongress-Partei gedeutet.¹²¹

Natorp konzentrierte sich 1967 in seinem zweiten Bericht zur politischen Situation in Kerala auf die Zeit zwischen den ersten Wahlen 1957 bis zur erneuten Regierungsübernahme durch E.M.S. Namboodiripad 1967. Die Wahlsiege der kommunistischen Partei unter Namboodiripad in freien, demokratischen Wahlen sowie die aktive Beteiligung in der Opposition wurden als Dilemma statt als Kuriosum interpretiert, denn das vorrangige Ziel jeder kommunistischen Partei blieb für Natorp die Revolution. Die eingeleiteten Reformen stellten somit Angriffe auf demokratische Institutionen mit dem Ziel der Gleichschaltung im Stil des China-Kommunismus dar.

Dietmar Rothermund (geb. 1933), Historiker und fünf Jahre jünger als Natorp, besuchte Namboodiripad 1960. Neben dem persönlichen Kontakt basierte die Einschätzung Rothermunds auch auf der Lektüre eines der Bücher des Politikers.¹²² Die Intervention der Zentralregierung verhinderte aus der Sicht des Indien-Experten eine Zusammenarbeit des indischen Industriellen Birla und Namboodiripads zur Förderung der kapitalintensiven Industrie. Auch Großgrundbesitzer stellten sich gegen eine Bodenreform zum Schutz der Pächter. Die privaten Träger der Bildungsinstitutionen nutzten schließlich das Überangebot an Lehrern aus und wehrten sich gegen eine mögliche Bildungsreform. „Durch allzu schnelle Reformen brachte er sich selbst zu Fall“, so konstatierte Rothermund die zweijährige Regierungszeit.¹²³ Die besondere Stellung der kommunistischen Partei in Kerala erklärte sich aus dem geringen Einfluss der Kongress-Partei aufgrund der

¹²¹ Vgl. Hagen, KP auf demokratischem Parkett. In: Die Zeit, 20.6.1957. Auch die Perspektive indischer Redakteure wurde vorgestellt. Vgl. N.N., KP-Manöver in Indien. In: die Zeit, 18.4.1957.

¹²² Vgl. Namboodiripad, Communist Party and States Reorganisation. Kerala.

¹²³ Rothermund, 5mal Indien, S. 267.

Dominanz der Fürstenstaaten.¹²⁴ Die junge Generation, geführt von Namboodiripad (1909–1998), sah im Kommunismus eine attraktive Alternative. Für Rothermund stellte das erste Gespräch einen großen Erkenntnisgewinn hinsichtlich der politischen Situation Keralas und der Person Namboodiripads dar. „Der unscheinbare, stotternde Mann war ohne Zweifel einer der intelligentesten Politiker Indiens und dazu noch persönlich absolut integer, was sogar seine politischen Gegner bestätigten“.¹²⁵

Die hohen christlichen und muslimischen Bevölkerungsanteile stellten eine Besonderheit von Kerala dar, die aus dem regen Handel arabischer Händler mit den südindischen Fürstentümern und den unterschiedlichen Wellen missionarischer und anderer Tätigkeiten im Rahmen der europäischen Expansion in den Südosten Indiens resultierte. Eine besondere Dichte unterschiedlicher christlicher Kirchen war die Folge. Eine Senkung des Analphabetentums durch den Ausbau von Schulen, ein verbessertes Gesundheitswesen sowie eine – im Vergleich zu anderen Bundesländern – gute Stellung der Frau waren darauf zurückzuführen. Der junge Schnorrenberger hatte bei seinem Aufenthalt in Südindien 1966 mit Ärztinnen zusammengearbeitet, deren Sozialisation diese Struktur aufwies.¹²⁶ Das Kastensystem dominierte aber trotzdem die soziale Struktur in Kerala. Obwohl auch das Bundesland im Südwesten Indiens ein deutliches Bevölkerungswachstum zu verzeichnen hatte, fanden sich dort keine Zeichen extremer Armut in Form von Slums. In Kerala bestand in doppelter Hinsicht die Möglichkeit eines Regierungswechsels, da es seit 1964 sowohl eine spezielle Kerala-Kongress-Partei gab als auch ein aus sieben Parteien bestehendes Bündnis der Opposition. Die Wahrscheinlichkeit einer Führung innerhalb einer möglichen Regierungskoalition durch eine kommunistische Partei war nach 1957 erneut gegeben. Am 5.3.1967 trat dann auch E.M.S. Namboodiripad von der CPI (M)¹²⁷ das Amt des Ministerpräsidenten an.

Natorp reiste im Vorfeld der Wahlen, die in Kerala am 20. Februar 1967 stattfanden, dorthin. Seine Beobachtungen hatte der Reisekorrespondent bereits in einem Artikel, der am 16.2.1967 veröffentlicht wurde, zusammengefasst. Der Schwerpunkt lag auf einer möglichen kommunistischen Regierungsübernahme und der unüberbrückbaren Spaltung der indischen

¹²⁴ Vgl. hierzu Rothermund, Indien, S. 34.

¹²⁵ Rothermund, 5mal Indien, S. 268.

¹²⁶ Siehe Kap. 3.7.

¹²⁷ Communist Party of India (Marxist)

Kongress-Partei in Kerala.¹²⁸ In dem am 23.2.1967 erschienenem Artikel zum Wahlausgang konzentrierte sich Natorp größtenteils auf den Wahlsieg der „Vereinigten Oppositionsfront“, die Niederlage der Kongress-Partei und auf die Überlegenheit der Kerala-Kongress-Partei.¹²⁹ Das Phänomen des politischen Wandels ließ sich zu dieser Zeit auch in der BRD beobachten. Die Ära Adenauer/Erhard wurde durch eine große Koalition abgelöst. Die Unzufriedenheit aus den Reihen der Studentenschaft an der Gesellschaft erreichte im Laufe des Jahres ihren ersten Höhepunkt. Die Entwicklungen in beiden Ländern ließen Fragen hinsichtlich der Gründe der Schwächung traditioneller Parteien sowie Perspektiven und Gefahren für die Demokratie zu, die Natorp in einer Stärkung der linken Kräfte vermutete.

Der Journalist suchte eine Klärung dieser Fragen in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Er relativierte die Gefahr antideмократischer Strömungen in der Gesellschaft Keralas. Dies zeigte sich für ihn im mehrheitlich demokratischen Wahlverhalten. Er begründete seine These mit den Unruhen in Kerala 1957, die sich gegen die kommunistischen Aktivitäten der Indoktrination von Polizei und Verwaltung richteten. Neben einer vermuteten kommunistischen Zellenbildung wurde auch ein Angriff auf die Privatschulen befürchtet. Er sah auch nun wieder einen möglichen Zusammenstoß mit der Bundesregierung kommen und formulierte die Intention Namboodiripads dahinter recht drastisch. Natorp brachte so sein Bild von den Zielen der kommunistischen Parteiführung auf den Punkt: „um möglichst rasch die Verantwortung wieder loszuwerden und um neue Unruhen zu schaffen“.¹³⁰

Der Artikel „Wie rot ist Kerala“, der erst Anfang April 1967 veröffentlicht wurde, basierte auf seiner Reise nach Kerala im Südwesten Indiens und den beiden Artikeln. Er ähnelte nur im ersten Abschnitt einer Reportage früheren Typs, als einer Beschreibung von persönlich Erlebtem, die das Publikum daran teilhaben ließ. Der oberflächlichen Ordnung, Sauberkeit und Freundlichkeit der Bevölkerung Keralas stellte Natorp die Probleme der Gesellschaft gegenüber, die er in der Überbevölkerung und den sozialen Spannungen durch ein rigides Kastensystem und regionale Unterschiede sah, verbildlicht durch seine Eindrücke aus dem Flugzeug. Unter der vorge-spielten Toleranz der Parteien verbarg sich für ihn ein Machtkampf unter

¹²⁸ Natorp, Noch ist Kerala nicht verloren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.2.1967.

¹²⁹ Natorp, Kommunisten erringen absolute Mehrheit in Kerala. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.2.1967.

¹³⁰ Natorp, Wie rot ist Kerala? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.4.1967.

Ausspielung der Kasten gegeneinander und unter Ausnutzung der religiösen Kräfte. Federführend dabei waren für ihn die kommunistischen Parteien, deren marxistischer, nach Peking ausgerichteter Flügel tonangebend in Kerala war. Die Anhänger und Mitglieder sah Natorp in der gebildeten jungen Generation, die für ihn in zweifacher Hinsicht orientierungslos zu leichtem Menschenmaterial für die Kommunisten geworden war. So hatte die trostlose soziale und wirtschaftliche Lage breiter Bevölkerungsschichten aus Sicht des westdeutschen Journalisten auch zu einer geistigen Krise der gebildeten Schicht geführt, einer Beschäftigungslosigkeit, die ihre Ursachen zum einen in einer eigenen Verweigerung und zum anderen in tatsächlich nicht vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten hatte.

Eine Veränderung der Wirtschaftspolitik von der Agrarwirtschaft hin zur verstärkten Industrialisierung würde, so Natorps weitere These, auch zu einer Veränderung der politischen Konstellation führen, da sich zudem der größte Wählerstamm aus Mitgliedern der untersten Kaste zusammensetzte. Sie hatten aus Sicht des Journalisten den Glauben an soziale Reformen und soziale Gerechtigkeit verloren. Der politische Führer, E.M.S. Namboodiripad, agierte für Natorp im Stil des China-Kommunismus und musste sich, statt eines angestrebten revolutionären Umschwungs, aufgrund von Wahlen als „Wolf im Schafspelz“ mit anderen Parteien arrangieren.¹³¹

Die Hauptintention der Wähler bei ihrem Votum für die Vereinigte Front – in Indien wie in der BRD lag der Fokus auf der männlichen Bevölkerung – war laut Natorp die Kritik an der Kongress-Partei und deren Misswirtschaft, Korruption und Präsidialherrschaft sowie der Fraktionskämpfe innerhalb der alten Regierungspartei bis 1964. Die Kongress-Partei beherrschte den Demokratisierungsprozess in der Anfangszeit als demokratische und bürokratische Massenorganisation – als „Dominant One Party“. Eine Wandlung trat u.a. durch traditionelle, aber auch neue Führer ein, die – wie bereits erwähnt – „Stimmenpakete“ der Kasten, die sich auch als Interessengruppen verstanden, für sich vereinnahmten und dadurch auch spezifische Forderungen artikulieren konnten.¹³² Der Journalist beschrieb diesen Prozess aus seiner Sicht eher negativ. „Der Landesverband Kerala der allindischen Partei hatte praktisch Selbstmord begangen. Er hat sich zumindest selbst schwer verstümmelt, als ein Teil sich 1964 von der Mutterpartei los sagte und eine eigene Partei mit dem Namen ‚Kerala-Kongreß‘ ins Leben

¹³¹ Natorp, Wie rot ist Kerala? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.4.1967.

¹³² Vgl. Rösel/Gottschlich, Indien im neuen Jahrhundert, S. 22.

rief.¹³³ Eine besondere Rolle sah Natorp dabei auch in den zersplitterten christlichen Kirchen und – über eine mögliche Wiedervereinigung – ihrer Einflussnahme auf einen großen Teil der Kongress-Parteiwählerschaft.

Überraschenderweise stellten die linken Kräfte für Natorp aufgrund seiner Erfahrungen und einer Wahrnehmung der Bevölkerung keinen typisch russisch-chinesischen Kommunismus dar.

Aber selbst wenn eines Tages dieser Staat wirklich rot werden sollte, würde es ein anderes Rot sein als das chinesische oder sowjetische. Die Keralesen, deren mit unglaublichem Tempo gesprochenes Malayalam mit runden weichen Buchstaben geschrieben wird, sind nicht geeignet, das harte Leben fanatisierter, disziplinierter, linientreuer Genossen zu führen. Sie würden ihren ganz besonderen eigenen „Weg zum Sozialismus“ finden, der kaum noch etwas gemein hätte mit dem, was die Führer in Moskau und Peking unter Kommunismus verstehen.¹³⁴

Die Spaltung der Kongress-Partei 1964 sowie die Fehlentwicklungen der Regierungspartei in der Folgezeit führten, so Natorp, hauptsächlich zum Wahlsieg der Vereinigten Front. Die Stärke der kommunistischen Partei im Wahljahr 1967 sah Natorp in der fehlgeleiteten gebildeten Schicht junger Akademiker und der sozialen und wirtschaftlichen Misere der untersten Kasten. Es lassen sich in Natorps Artikel keine Hinweise auf mögliche Interviewpartner finden. Seine Recherchewege blieben im Dunkeln, so dass Hinweise auf seine Quellen fehlen. Natorp konzentrierte sich auf die wesentlichen Unterschiede des indischen und des westdeutschen Demokratie-modells. Seine persönlichen Erfahrungen in der NS-Zeit – und eine damit verbundene Wahrnehmung der Trennung Deutschlands und der Errichtung eines autoritären, sozialistischen Regimes in der DDR – machen seine Haltung und die scharfe und eindeutige Verurteilung sozialistischer und kommunistischer Parteien und deren Führer verständlich. Seine Befürchtungen einer getarnten Machtübernahme aufgrund der Zerstrittenheit, Verwerflichkeit und Nichtwachsamkeit der demokratischen Parteien wurde durch eine drastische Wortwahl deutlich. Die Wahrnehmung der politischen Situation in Kerala war dahingehend vorbelastet und erklärt seine Sicht- und Herangehensweise, die sich von der Rothermunds unterschied.

¹³³ Natorp, Wie rot ist Kerala? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.4.1967.

¹³⁴ Ebenda.

Natorps Kritik an der politisch engagierten Generation junger Akademiker konnte beim eher konservativen Publikum der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG negative Assoziationen mit der sich im Laufe des Jahres von Berlin über ganz Westdeutschland ausbreitenden Studentenbewegung zulassen. Die erste Hälfte des Jahres 1967 wurde von Norbert Frei beschrieben als eine „Phase ebenso unerwarteter wie unwahrscheinlicher Beschleunigung, Entgrenzung und Radikalisierung in einer Vielzahl politischer und gesellschaftlicher Bezüge, in der die Nachkriegsordnung auf den Prüfstand und an manchen Tagen vielleicht sogar ein wenig ins Schlingern geriet“. ¹³⁵ Die weiteren Entwicklungen innerhalb der westdeutschen Gesellschaft der späten 1960er Jahre wurden so von Natorp indirekt mitkritisiert. Giselher Wirsung zog direkte Vergleiche mit den Studentenunruhen in der BRD, die der Wahrnehmung eines eher transnationalen Phänomens zuspielten. ¹³⁶

Die besondere Stellung Keralas in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht, die Entwicklung und das politische Programm Namboodiripads standen ebenso wie die Wahlen in Indien im Schatten des Ost-West-Konflikts sowie der die westdeutsche Gesellschaft beherrschenden Themen der Trennung in zwei unterschiedliche Staatsformen und des zunehmenden eskalierenden Generationenkonflikts. Klaus Natorp aber war dennoch durch seine Reisen und Kontakte von der Stabilität der indischen Demokratie überzeugt. ¹³⁷

4.5.2 Die Gefahr von rechts aus Sicht von Thilo Bode

Trotz der kommunistischen Regierungsübernahme war für Natorp die Demokratie in Kerala aufgrund der mehrheitlich für nicht-kommunistische Parteien abgegebenen Stimmen sowie der Unruhen nach der letzten Regierungsübernahme nicht gefährdet. Daran konnten auch Überbevölkerung und gesellschaftlicher Unterschiede nichts ändern. Mit seiner Einschätzung machte er die verschiedenen Paradoxien der indischen Demokratie deutlich, die darauf verwiesen, dass die demokratische Entwicklung in Indien unter den Bedingungen von Massenarmut in einer multi-ethnischen Gesellschaft nach 1947 verlief. Ging Natorp möglichen totalitaristischen Tendenzen durch seine Reisen nach, so suchte Bode Antworten auf antikoloniale Ten-

¹³⁵ Frei, Jugendrevolte und globaler Protest 1968, S. 112.

¹³⁶ N.N., Was in Indien geschah. In: Indo Asia 1 1967, S. 12.

¹³⁷ Vgl. Natorp, Demokratie – nichts für Indien.

denzen in Indien in der Vergangenheit zu finden. Für ihn waren der Revivalismus – die Wiederbelebung religiös-politischer Bewegungen – als Form des Kommunalismus¹³⁸ und eine glückende politische Instrumentalisierung weitaus gefährlicher für Indien als der Kommunismus. Er hatte – aus Neu-Delhi berichtend – bereits darauf hingewiesen, dass es sich bei der Befürchtung eines kommunistischen Umsturzes um den Trugschluss einiger westlicher Beobachter handelte.

Die komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge in Indien und ein latenter, aber in den Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit Indiens bis Anfang der 1980er Jahre immer stärker werdender Hindunationalismus – verbunden mit dem Modernisierungsprozess – schürten Ängste innerhalb der Majorität der hinduistischen Religionsgemeinschaft.¹³⁹ Sie waren auch Ausdruck der Enttäuschung über die nicht zu haltenden Versprechungen der Kongress-Partei. Für Jürgensmeyer wurden dabei von westlicher Seite die Folgen von nationalem und internationalem Konkurrenzkampf bei der aufstrebenden jüngeren Mittelschicht und sich auflösende Sozialbeziehungen und Normen falsch eingeschätzt:

Die spezifische Dialektik der Modernisierung bringt im Gleichmaß ihres Fortschreitens Konsequenzen hervor, die sie eigentlich so nicht vorsieht. In der ihr eigenen Überheblichkeit und Eurozentriertheit ist sie blind geworden gegenüber jenen Reaktionen, die die überwunden geglaubten Traditionen interpretierend wiederauferstehen lassen, damit sich die Modernisierenden in der modernen Welt zurechtfinden.¹⁴⁰

Ein Abrücken vom Prinzip der Trennung von Religion und Politik unter der Regierung von Indira Gandhi und ihrem Sohn Rajiv führte zur weiteren Schwächung der Kongress-Partei und in der Folgezeit zur Regierungsübernahme der 1980 gegründeten hindunationalen Bharatiya Janata Party als Nachfolgerin der Bharatiya Jana Sangh und einer politisch sanktionierten Zunahme von Gewaltexzessen gegen eine als grundsätzlich verschieden konstruierte Gruppe, die so ausgegrenzten Muslime.¹⁴¹ Das Erstarren von

¹³⁸ Engl. „Communalism“ als in Indien verwendeter Begriff zur Definition einer Ideologie und Politik der bewussten Abgrenzung der eigenen Gemeinschaft zu anderen. Jürgensmeyer, *Ideologie und Politik*, S. 636.

¹³⁹ Vgl. Jürgensmeyer, *Ideologie und Politik*, 634.

¹⁴⁰ Ebenda, S. 636.

¹⁴¹ Vgl. Mann, *South Asia's Modern History*, S. 108–109 und Jürgensmeyer, *Ideologie und Politik*, S. 638–640.

Parteien, die Religion, Geschichte und Politik vermischten, stellte für Bode allerdings 1967 eher eine Gefahr für die politische Einheit des Landes dar und verhinderte – trotz einer voranschreitenden Technisierung – durch eine revivalistische Gesinnung eine notwendige gesellschaftliche Modernisierung und war aus seiner Sicht nicht zum Teil auch deren Folge. Die Ablehnung des politischen Erbes des Kolonialismus nicht nur in Indien stellte der von ihm so definierte asiatische Antikolonialismus dar.

Indiens besonderes Dilemma war für Bode der nur in Indien verbreitete und aus seiner Sicht deshalb kaum reformierbare Hinduismus. Die Gläubigen besaßen zudem ein starkes Überlegenheitsgefühl und wurden konfrontiert mit einer doppelten Fremdherrschaft Hindu-Indiens durch muslimische Invasoren und durch die britische Kolonialmacht. Der Journalist nahm so auch eine Perspektive auf die indische Vergangenheit ein, die einer interreligiösen Harmonie, diese Sicht wurde von der Nehru-Administration gefördert, widersprach.¹⁴² Laut Bode stellten für die hinduistische Orthodoxie die Mogulkaiser eine weitaus größere Bedrohung als die Briten dar. Sie griffen durch ihre „Waffen der Massenbekehrung“ in eine homogene hinduistische Gesellschaft ein.¹⁴³ Unerwähnt blieb dabei, dass auch untere Kasten aufgrund der Diskriminierung willentlich zum Islam übertraten.¹⁴⁴ Sie blieben aber trotzdem Teil der hinduistischen Gesellschaftsstruktur. Dieses Phänomen wiederholte sich auch Mitte der 1950er Jahre durch den Übertritt einer großen Gruppe von Unberührbaren zum Buddhismus und wurde von Stockhausen wahrgenommen.¹⁴⁵ Neben einer gesellschaftlichen Trennung durch geographische und sprachliche Unterschiede stand für Bode auch ein seit der Mogulherrschaft starker Kommunalismus – als „Versuch, eine gemeinsame Gruppenidentität im Namen der Religion herzustellen“¹⁴⁶ – einer indischen Identität entgegen. Die muslimische Kolonialherrschaft hatte so aus seiner Sicht weitaus gravierendere Folgen als die britische.

Bedenkt man in diesem Zusammenhang, daß Indien heute noch etwa 50 Millionen Moslems zu seiner Bevölkerung zählt (in der Vorstellung einer Hindu-Orthodoxie, die Pakistan einschließt, sind es 170 Millionen), und zwar durchweg die Nachfahren zwangsbekehrter Hindus, dann kann man sich eine Vorstellung machen von dem

¹⁴² Vgl. Gottlob, *Historie und Politik im postkolonialen Indien*, S. 155.

¹⁴³ Bode, *Asiens Antikolonialismus – von Indien her gesehen*. In: *Merkur* 1967, S. 413.

¹⁴⁴ Jürgenmeyer verweist auf das Jahr 1981. Vgl. Jürgenmeyer, *Ideologie und Politik*, S. 634.

¹⁴⁵ Vgl. die Darstellung durch Stockhausen, *Spur im Dschungel*, S. 48–49.

¹⁴⁶ Wagner, *Das politische System Indiens*, S. 181.

Ausmaß der inneren, neurotisch zu nennenden Spannungen, die hier der Bildung eines kohärenten, modernen Nationalbewußtseins entgegenstehen.¹⁴⁷

Erst die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen während der britischen Kolonialzeit boten allerdings indischen Politikern Raum für eine Instrumentalisierung der religiösen Uneinheitlichkeit und der Entstehung und Verschärfung des Konflikts zwischen Hindus und Moslems.¹⁴⁸ Obwohl die Periode der Kolonialisierung historisch abgeschlossen war, bemerkte Bode eine weiterhin bestehende Auseinandersetzung mit dieser Phase durch die meist jüngere Generation, die den Kampf um die Unabhängigkeit nicht mehr selbst erlebt hatte. Die antikoloniale Haltung basierte für ihn auf einem Gefühl des Nachtrauerns einer nicht gelebten Zeit der eigenen zerstörten und als minderwertig erachteten Kultur. Die Suche nach einer neuen religiös-kulturellen Identität entsprang somit nicht der Konfrontation und intensiven Teilhabe eines Teils der indischen Gesellschaft mit der Modernisierung nach westlichem Muster. Auch Bode blieb bei seinen Erklärungen in der eigenen Erfahrungswelt verhaftet.

Ob Asien nicht auch selber in ihm eigenen Formen zu Reformationen, zur Aufklärung, zur bürgerlichen Revolution und zum industriellen Zeitalter gefunden hätte – Entwicklungsstufen, die man heute im Galopp nachzuholen oder gar zu überspringen versucht – ist nicht mehr zu beweisen. Fest steht, daß selbst das konservative Thailand heute sicher nicht rückständiger ist als etwa die Pyrenäenhalbinsel oder Teile des Balkans.¹⁴⁹

Erst ein durch den europäischen Liberalismus gekennzeichneter Kolonialismus hatte für Bode eine positive gesellschaftliche Entwicklung angestoßen: eine Modernisierung, geprägt durch eine innere kritische Selbstreflexion, eine Abkehr von hierarchischen Tendenzen und ein bis dahin fehlendes wirtschaftliches Denken. Die wirtschaftliche Ausbeutung und Fremdbestimmung – als andere Seite der Medaille – waren aus seiner Sicht für die fehlende Industrialisierung nach westlichem Muster verantwortlich. Bode griff dabei das negative Bild vom Missbrauch der entwicklungspolitischen Maßnahmen von Seiten der Länder Asiens und Afrikas auf. Für ihn

¹⁴⁷ Bode, Asiens Antikolonialismus – von Indien her gesehen. In: Merkur 1967, S. 413/414.

¹⁴⁸ Wagner, Das politische System Indiens, S. 182.

¹⁴⁹ Bode, Asiens Antikolonialismus – von Indien her gesehen. In: Merkur 1967, S. 408.

war es „nur zu verständlich, daß diese Hilfe von ihren Empfängern durchaus als eine Art Wiedergutmachung angesehen wurde“.¹⁵⁰

Die indische Gesellschaft, stellvertretend für andere kolonisierte Gesellschaften Asiens, befand sich für ihn abermals – nach einer missglückten Abwehr von Fremdherrschaft durch inneren Rückzug – auf einem selbstgewählten fortschrittsfeindlichen Weg. „Das war ursprünglich eine Abwehr- und zugleich Trotzreaktion gegen die Fremdherrschaft; sie hat überdauert, und zwar in der Form, daß man Antworten auf die Probleme der Gegenwart immer öfter in der Vergangenheit zu finden vermeint.“¹⁵¹ Dieser Ansatz, der eine politisch und sozial eher homogene hinduistische Gesellschaft voraussetzte, bot Trost bei der Frage nach der Verantwortung im Ungleichgewicht zwischen Industrie- und sog. Entwicklungsländern und Beruhigung bei der Angst vor der latenten Gefährdung der eigenen Gesellschaft, denn der Kommunismus, dessen Ideologie Gleichheit, Abkehr von der Religion und Toleranz gegenüber anderen Sprachen und Nationen beinhaltete, konnte deshalb in Indien nur in einer modifizierten Form innerhalb der hinduistischen Gesellschaftsstruktur Akzeptanz finden und wurde aus Sicht Bodes als gesellschaftspolitischer Machtfaktor in ganz Asien falsch eingeschätzt. Er überging dabei die erklärungsbedürftige Akzeptanz demokratischer Institutionen und materieller Vorteile aufgrund des Modernisierungsprozesses mit einer gleichzeitigen Ablehnung der für Bode so wichtigen westlichen Normen und Werte.¹⁵²

Für den Journalisten basierten mögliche politische wie gesellschaftliche Konsequenzen auf nicht von außen steuerbaren psychologischen Größen in ehemals kulturell, politisch und wirtschaftlich bedeutenden Ländern wie Indien. Diese speziell in der indischen Gesellschaft tief verwurzelte Vermischung von Kulturgeschichte und Mythologie wurde von Politikern instrumentalisiert. Bereits bei den Wahlen 1962 nahm Bode eine Stärkung der hindunationalistischen Partei und weiterer regionaler Parteien wahr. Zudem führte er den Wahlerfolg von Innenminister Chavan 1967 trotz des Misserfolgs der Kongress-Partei in Maharashtra auf die Taktik des Politikers zurück, Bezüge zur vorkolonialen regionalen Geschichte und Mythologie herzustellen. „Sein Wahlhelfer war der Nationalheld der Mahratten, der König Shivaji (1627–1680).“¹⁵³ Diese Einstellung führte letztendlich zur

¹⁵⁰ Bode, Asiens Antikolonialismus – von Indien her gesehen. In: Merkur 1967, S. 404.

¹⁵¹ Ebenda, S. 409.

¹⁵² Vgl. Jürgensmeyer, Ideologie und Politik, S. 638.

¹⁵³ Bode, Asiens Antikolonialismus – von Indien her gesehen. In: Merkur 1967, S. 409/410.

Rückkehr der überwiegend jüngeren nicht mehr von der Kolonialmacht geprägten Generation zu alten kulturellen Ordnungen und einer Gefährdung der erst durch die Briten ermöglichten politischen Einheit und Modernisierung der Gesellschaft. „Die Epoche Nehru war also ein überlegter, auf einigen Gebieten oft auch nur erzwungener Kompromiß zwischen dem alten indischen Erbe und der zivilisatorischen Hinterlassenschaft der Kolonial-epoche.“¹⁵⁴ Die Vorstellung einer Indien dominierenden hinduistischen Gesellschaft blieb in den folgenden Jahren auch im Norden Indiens auf eine relativ große Minderheit beschränkt.¹⁵⁵

Bode stellte sich mit seiner These gegen eine Wahrnehmung Asiens und besonders Indiens als potentiell vom Kommunismus gefährdet. Die nicht ge- glückte Modernisierung am Ende der sog. ersten Entwicklungsdekade mit weiterhin bestehender extremer Armut und gesellschaftlicher Ungleichheit fand für Bode ihre Erklärung in der Fortschrittsfeindlichkeit einer Hindu-Orthodoxie. Sie hatte bereits in der Vergangenheit zur Fremdherrschaft ge- führt und er befürchtete – sichtbar für ihn bei den letzten Wahlen –, dass durch konservative Politiker auch erneut eine Modernisierung, die von einer westlich beeinflussten Führungsschicht angestoßen worden war, extrem verzögert werden würde.

4.6 Die Südasienreise Bundeskanzler Kiesingers 1967

4.6.1 Einordnung in den historischen Kontext

Das Jahr 1967 hatte außer den eher weniger beachteten Wahlen in Indien noch andere internationale Ereignisse vorzuweisen: den eskalierenden Nah- ost-Konflikt, westdeutsche Waffenschiebereien, die Tochter Stalins in den USA, die Angst vor einem kommenden Atom-Krieg,¹⁵⁶ die afroamerikani- sche Bürgerrechtsbewegung in den USA, den Schah-Besuch in der BRD und schließlich den Tod Benno Ohnesorgs sowie sich daran anschließende weitere Demonstrationen der APO. Das Thema „Entwicklungshilfe“ war in der Öffentlichkeit zudem weiterhin äußerst schlecht beleumundet.¹⁵⁷ Das Ereignis aber, das die Westdeutschen am meisten berührte, war der Tod Adenauers im April, das konstatierte zumindest das HANDELSBLATT am

¹⁵⁴ Bode, Asiens Antikolonialismus – von Indien her gesehen. In: Merkur 1967, S. 403.

¹⁵⁵ Vgl. Köckmann, Revivalismus in Indien, S. 240f.

¹⁵⁶ N.N., Still halten, wenn Berlin fällt. In: Der Spiegel, 3.4.1967.

¹⁵⁷ Vgl. Slotosch, Die armen und die reichen Länder. In: Süddeutsche Zeitung, 3.11.1967.

Ende des Jahres.¹⁵⁸ Der Staatsbesuch von Kurt Georg Kiesinger in Indien und weiteren Ländern Südasiens erregte deshalb in der politischen Öffentlichkeit weniger Aufsehen, verdeutlicht aber – aufgrund der Entspannungspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Ostblock – wie die Journalisten, darunter auch Thilo Bode, Josef Maria Hunck, Klaus Natorp und Giselher Wirsing, den Wandel der internationalen politischen Bedeutung der beiden deutschen Staaten und die Maßnahmen der westdeutschen Regierungen wahrnahmen und die Länder Südasiens auf unterschiedliche Weise beurteilten.

Mehrere Faktoren führen 1966 dazu, dass die christlich-liberale Koalition unter Ludwig Erhard bereits ein Jahr nach der Bundestagswahl durch eine Koalition aus CDU und SPD mit Kiesinger als neuem Bundeskanzler abgelöst wurde. Bereits 1961 bewirkte der Bau der Mauer ein Umdenken innerhalb der einzelnen Parteien. Während sich die CDU unter Adenauer, Ehrhard und Außenminister Schröder noch stärker für eine unnachgiebige Nichtanerkennung der DDR aussprach, kam es in den Kreisen von SPD und FDP zu einer langsamen Änderung der Einstellungen. Es waren pragmatische Gründe, die darauf zielten, eine Kontaktaufnahme der Menschen beiderseits der Grenze zu verbessern oder auch politische Häftlinge in der DDR auszulösen. Es hatte sich aber auch die Überzeugung gebildet, durch ein entspanntes Verhältnis zu den osteuropäischen Ländern unter Ausklammerung der DDR eine Annäherung an den anderen deutschen Staat zu erreichen.

Die USA wirkten nach der Kuba-Krise und einer geänderten Weltpolitik ebenfalls auf die westdeutsche Regierung ein, die ost- und deutschlandpolitische Situation zu überdenken. Außenpolitisch konnte sich Erhard, als Nachfolger Adenauers als Bundeskanzler, nicht auf die veränderten internationalen Beziehungen anpassen: dem Wunsch der USA nach Erhaltung des Status quo – die Akzeptanz der Teilung Deutschlands durch beide Supermächte bei gleichzeitig zunehmender konventioneller Aufrüstung – und dem Sonderweg de Gaulles, der eine Stärkung Europas ohne amerikanische und britische Beteiligung plante. Erhards Führungsschwäche und ein Beharren auf dem außenpolitischen Konzept der Hallstein-Doktrin zeigten sich besonders 1965 im diplomatischen Fiasko mit dem ägyptischen Staatschef

¹⁵⁸ N.N., Umfrage. In: Handelsblatt, 27./28.11.1967.

Nasser, eingebettet in westdeutsche Waffenlieferungen in die Krisenregion im Nahen Osten.¹⁵⁹

Innenpolitisch beschäftigte die Debatte um Wiedervereinigung, Entspannungspolitik und eine neue Ostpolitik die Parteien. Die öffentliche Meinung spiegelte ebenfalls diese Zerrissenheit wider, die sich auf der einen Seite als Versöhnung und auf der anderen Seite in einem Protest gegen die Absicht des Verzichts äußerte. Die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, die im Oktober 1965 veröffentlicht wurde, verdeutlichte den zaghaften Wandel in der Frage zur Anerkennung der Ostgrenzen. Zentrale deutsche Fragen waren hier die Lage der Vertriebenen, ihr Recht auf Heimat und die mögliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Zusammenhang mit einer Änderung des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn.¹⁶⁰ Zu akzeptieren, dass es zwei deutsche Staaten gab, bedeutete das Ende der Hoffnung auf Wiedervereinigung, auf Selbstbestimmung der Menschen jenseits der Mauer und auf die Rückkehr der Vertriebenen.

Bereits vor der Regierung Kiesinger erfolgte aus wirtschaftlichen Gründen eine Annäherung an die Staaten des Warschauer Pakts, allerdings unter Einhaltung der Richtlinien der seit 1955 vertretenen Forderung nach Alleinvertretung Deutschlands, der sog. Hallstein-Doktrin, wonach die Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterbleiben sollte.¹⁶¹ Klaus Natorp, seit 1964 Redakteur bei der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG, berichtete in diesem Zusammenhang von der Entsendung Mirbachs, des späteren Botschafters in Indien, als Sonderbotschafter 1963/64 nach Ungarn, Bulgarien und in die Tschechoslowakei, um bei Wirtschafts- und Handelsvertragsverhandlungen Kontakte zu knüpfen.¹⁶²

Die zunehmende internationale Isolierung und die Diskussionen in der westdeutschen Öffentlichkeit über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und eine mögliche Versöhnung durch die Anerkennung der Ostgrenzen verdeutlichten die Brisanz der Ost- und Deutschlandpolitik in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. Interessanterweise zeigte eine Studie im Auftrag des Instituts für Demoskopie in Allensbach, dass eine Wiedervereinigung in der zeitgenössischen Vorstellung zu diesem Zeitpunkt nicht nur die BRD und

¹⁵⁹ Hans von Herwarth verwies in seinen Memoiren auf das negative Image von Erhard in der Partei und bei Adenauer, das bereits bei der Suche nach einem Nachfolger für den scheidenden Bundespräsidenten Theodor Heuss deutlich wurde. Vgl. Herwarth, Von Adenauer zu Brandt, S. 254–255.

¹⁶⁰ Vgl. Wolfrum, Geglückte Demokratie, S. 222.

¹⁶¹ Vgl. Schild, Rebellion und Reform. Die Bundesrepublik der Sechziger Jahre, S. 111.

¹⁶² Natorp, Botschafter von Mirbach. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.9.1967.

die DDR umfassen konnte, sondern auch Pommern, Schlesien und Ostpreußen.¹⁶³ Die Anerkennung der DDR erreichte zu diesem Zeitpunkt nie eine Mehrheit. „Die Friedensnote“ vom März 1966, mit dem Ziel der Wiedervereinigung allerdings unter der Zusage des Gewaltverzichts, gerichtet an alle Staaten, mit denen die BRD diplomatischen Kontakt unterhielt, ebenso wie die Ostblockstaaten mit Ausnahme der DDR, verfehlte die erhoffte internationale Anerkennung.¹⁶⁴

Erst unter Kiesinger und seinem neuen Außenminister Willy Brandt wurde eine geänderte Haltung zu den osteuropäischen Staaten in der Praxis umgesetzt. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien Anfang 1967 bedeutete das faktische Ende der Hallstein-Doktrin unter Ausklammerung der DDR. Es kam allerdings nicht zur Klärung der Grenzfrage mit Polen und der Tschechoslowakei. Da Jugoslawien die DDR als eines der ersten Länder anerkannte, hatte die BRD die diplomatischen Beziehungen abgebrochen und nahm nun 1967 erneut diplomatische Kontakte auf. Gerade das geänderte diplomatische Verhältnis zu Jugoslawien, dessen Anerkennung der DDR durch Tito als ein bewusster Akt gesehen wurde, weckte dabei in medialen Kreisen Befürchtungen einer darauf folgenden Kettenreaktion, einer Anerkennungswelle, die auch Indien betreffen konnte.¹⁶⁵ Die DDR reagierte auf die neue Strategie der BRD mit einem östlichen Bündnis u.a. mit Ungarn und Bulgarien, das die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der BRD von der Anerkennung der DDR abhängig machte.

Der erhoffte Wandel in der Ost- und Deutschlandpolitik war erst unter der Regierung Brandt mit gleichzeitig rückläufigem Interesse an der nationalen Frage möglich.¹⁶⁶ Bereits 1969 machte Scheel, Außenminister in der Regierung Brandt, deutlich, dass eine Anerkennung der DDR durch Indien keine Folgen mehr für die diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und Indien haben würde.¹⁶⁷

Ernst Maria Lang aber hob noch 1967 für die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG hervor, welche Bedeutung der Deutschlandfrage in der politischen Öffentlichkeit der BRD beigemessen wurde (Abb. 21). Seine Karikatur wurde gleich zu Anfang der Südasiereise Kiesingers veröffentlicht. Eine mögliche Anerkennung der DDR durch Indien, aber auch ein tiefes Unbehagen

¹⁶³ Vgl. Schild, *Rebellion und Reform. Die Bundesrepublik der Sechziger Jahre*, S. 112.

¹⁶⁴ Vgl. Wolfrum, *Geglückte Demokratie*, S. 223.

¹⁶⁵ N.N., *Das Anerkennungsgerede*. In: *Die Zeit*, 13.10.1967.

¹⁶⁶ Vgl. Schild, *Rebellion und Reform. Die Bundesrepublik der Sechziger Jahre*, S. 114.

¹⁶⁷ N.N., *Mit einer Stimme Mehrheit in die Regierung*. In: *Der Spiegel*, 4.8.1969.

über die Konkurrenz mit der ungeliebten politischen Führung der DDR versuchte Lang recht drastisch zu vermitteln.



„Gell, Indira, der ischt net heilig?“

SZ-Zeichnung: E. M. Lang

Abb. 21 aus: Süddeutsche Zeitung, 22.11.1967, Karikaturist Ernst Maria Lang, © Süddeutsche Zeitung 2016.

Der Architekt und Karikaturist machte daneben im Hintergrund die unterschiedlichen Vorstellungen von Indien deutlich. Er betonte einerseits die zeitgenössische Wahrnehmung und hob damit eine Rückständigkeit hervor. Für Lang versinnbildlichten aber auch andererseits die architektonischen Leistungen die seit langen in Deutschland bewunderte indische Kultur. Im Vordergrund aber standen für den Karikaturisten die politische Haltung der indischen Regierung und das Verhältnis zu BRD und DDR. Indira Gandhis Wohlwollen für die ostdeutsche Seite schien auch Kiesinger nicht verborgen geblieben zu sein. Der Bundeskanzler verlor aus Sicht Langs dadurch dennoch nicht an Souveränität, obwohl er gute Miene zum bösen Spiel machte und sich in einem Abhängigkeitsverhältnis befand. Der eher provinziell denn staatsmännisch auftretende Kiesinger musste sich zudem vor den un-

berechenbaren – und unfairen – Attacken des Staatsratsvorsitzenden der DDR Walter Ulbricht in Acht nehmen.

Der Karikaturist machte damit deutlich, wie weitreichend die Teilung Deutschlands in der westdeutschen Gesellschaft wahrgenommen wurde und wie sie außenpolitische Entscheidungen – besonders auch in den Beziehungen zu Südasiens – beeinflusste. Die geänderte Ost-Politik unter der großen Koalition von CDU und SPD stellte daher ein Risiko dar und die Wirkungen wurden eher skeptisch verfolgt.

Die Haltung der medialen Akteure und der Politiker stimmte zu diesem Zeitpunkt größtenteils überein, wenn es um die weiterhin bestehende Bedeutung der Deutschen Frage ging, die nicht aus dem politischen Verhältnis zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ausgeklammert werden konnte.

Kiesinger war 1967 der erste Bundeskanzler, der Südasiens nach dem Zweiten Weltkrieg besuchte. Der geplante Staatsbesuch Adenauers für Ende des Jahres 1961 endete nach dem Mauerbau und dem Einmarsch indischer Truppen in Goa in „einem deutsch-indischen Scherbenhaufen“.¹⁶⁸ Erhard bereiste zwar als Wirtschaftsminister Ende der 1950er Jahre Südasiens, verschob aber einen möglichen Termin trotz einer inzwischen in der westdeutschen Öffentlichkeit wahrgenommenen Einladung von Seiten Shastris immer wieder.¹⁶⁹ Die Reise Kiesingers war für mediale Asienexperten wie Bode über zehn Jahre nach dem Besuch Nehrus in der BRD zwingend notwendig.¹⁷⁰ Die Annahme der an die BRD ergangenen Einladungen, aktuelle Krisenherde und der Atom-Sperrvertrag,¹⁷¹ der eine mögliche Gesprächsbasis zwischen der BRD und Indien als nichtbeteiligte Länder bei der Ausarbeitung lieferte, schienen so der Grund der Reise Kiesingers zu sein. Auch wollte der Kanzler der Einweihung des Mangla-Staudamms in Pakistan beiwohnen. Besonders die Absichten Indiens in Bezug auf die DDR machten aber aufgrund der geänderten außenpolitischen Linie einen Staatsbesuch nötig. Kiesinger hatte nicht viele Angebote in seinem Reisegepäck. Die bisherigen finanziellen Zusagen sollten nicht weiter erhöht werden. Auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit musste 1967 eine Kürzung des Etats hinnehmen. Der neue Bundesminister für wirtschaftliche Zusam-

¹⁶⁸ Vgl. Das Gupta, Handel, S. 242f.

¹⁶⁹ Hunck hatte die Einladung auf Wunsch Shastris im Handelsblatt thematisiert. Das Gupta, Handel, S. 333.

¹⁷⁰ Bode, Des Bundeskanzlers exotische Blitztour. In: Süddeutsche Zeitung, 16.11.1967.

¹⁷¹ N.N., Droht Deutschland die Atom-Apartheid. In: Der Spiegel, 27.2.1967.

menarbeit, Hans-Jürgen Wischniewski, gehörte nicht der Reisegruppe um Bundeskanzler Kiesinger an. Es blieb die Aussicht auf eine für Drittländer günstigere Außenhandelspolitik der EWG, für die sich die Bundesregierung bereits in der Vergangenheit stark gemacht hatte.¹⁷²

Überraschenderweise berichteten die Bonner Korrespondenten der ZEIT und der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG ostentativ, dass Waffenlieferungen an Pakistan ausgeschlossen worden seien.¹⁷³ Bode informierte von Neu-Delhi aus nur wenige Tage später darüber, dass ein Entgegenkommen von indischer Seite auf zwei Bedingungen beruhe, zum einen auf einem Stillschweigen zur Selbstbestimmung in Kaschmir gegenüber der pakistanischen Regierung und zum anderen auf einer Einstellung der Waffenlieferungen an Pakistan.¹⁷⁴ Die Rüstung der pakistanischen Regierung wurde seit Anfang der 1960er von den westdeutschen Regierungen massiv und größtenteils geheim gefördert.¹⁷⁵ Eine Verwaltungsvereinbarung zum Rüstungsmaterial zwischen der Bundesrepublik und Pakistan bezog sich auf die Zeitperiode vom 1.1.1962 bis zum 31.12.1967 mit einer jeweils einjährigen Verlängerung.¹⁷⁶ Diese so gesetzten Zeichen interpretierte Ayub Khan zusammen mit einer angenommenen Schwäche der indischen Regierung zwei Jahre zuvor als falsche Stärke, die ihn den Krieg mit Indien 1965 hatte anfangen lassen.¹⁷⁷ Die Aufdeckung von Waffenlieferungen an Pakistan und Indien, die über den Iran/Persien und Italien liefen, verdeutlichten erst 1967 das Ausmaß der Waffenhilfe durch westdeutsche Firmen und ein Bundesverteidigungsministerium in Argumentationsnöten.¹⁷⁸

4.6.2 Perspektiven der mitreisenden Journalisten

Einige der wichtigsten Südasienexperten berichteten und kommentierten die Südasienreise von Bundeskanzler Kiesinger nach Indien, Myanmar, Sri Lanka und Pakistan im November 1967 und ermöglichen so einen Einblick in Wissen und Wahrnehmung von den Beziehungen der BRD zu den Ländern Südasiens vor dem Hintergrund der innen- und außenpolitischen Situation der BRD. Rückschlüsse auf versteckte Annahmen und Strategien der Ver-

¹⁷² R.S., Kiesingers Reisegepäck. In: Die Zeit, 17.11.1967.

¹⁷³ N.N., Das Programm für Kiesingers Asienreise. In: Süddeutsche Zeitung, 15.11.1967; R.S., Kiesingers Reisegepäck. In: Die Zeit, 17.11.1967.

¹⁷⁴ Bode, Bonn und Delhi im Gespräch. In: Süddeutsche Zeitung, 19.11.1967.

¹⁷⁵ Zu einer Übersicht der gelieferten Waffen vgl. Das Gupta, Handel, S. 343.

¹⁷⁶ Vgl. ebenda, S. 274, S. 290.

¹⁷⁷ Ebenda, S. 466.

¹⁷⁸ N.N., Falsche Perser. In: der Spiegel, 21.8.1967.

einnahmung und Instrumentalisierung über unterschiedliche Betrachtungswinkel sind ebenfalls möglich. Die Wirkungen der Verbindungen von Journalisten zu Politik und Wirtschaft auf ihre Beurteilung entwicklungspolitischer Maßnahmen sowie auf das Südasiens-Bild und speziell auf die Beziehungen untereinander können dadurch ebenfalls beschrieben werden.

Etliche Journalisten von Hörfunk und Printmedien waren 1967 daran interessiert, Bundeskanzler Kiesinger auf seiner Reise durch Südasiens vom 19.11. bis zum 28.11. zu begleiten. Der aufgrund innenpolitischer Prioritäten nur zehn Tage dauernden Südasiensreise musste Kiesinger auch persönlich Tribut zollen, es kam bei ihm zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen.¹⁷⁹ Bereits im Vorfeld der Reise zeigte sich Klaus Natorp gut informiert über die Reiseziele, die jeweilige Aufenthaltsdauer in den Ländern und die Anzahl der Personen, die Kiesinger begleiteten. Natorp thematisierte bereits im September 1967 die geplante Reise nach Südasiens und stellte gleichzeitig nochmals Dietrich Freiherr von Mirbach vor, der seit 1965 deutscher Botschafter in Indien war.¹⁸⁰ Auch auf die von der Großen Koalition und im Besonderen durch Willy Brandt forcierten Änderungen in der westdeutschen Außenpolitik wies Natorp im Zusammenhang mit Südasiens hin.

Sowohl Natorp als auch Bode kritisierten die kurze Verweildauer in jedem Land, die – so erfuhr das Publikum – als sehr unhöflich in Asien erachtet wurde.¹⁸¹ Auch die unangemessene Größe von Kiesingers Begleitmannschaft bereitete Natorp Unbehagen. Er betonte die Dringlichkeit einer persönlichen Kontaktaufnahme, die nicht nur Vorteile für die besuchten Länder darstellte, sondern auch der eigenen Gesellschaft diene, und verwies aus seiner Sicht auf ein Ziel der Reise, nämlich die Stärkung der westdeutschen Position gegenüber der DDR.¹⁸²

Am 20.11. sollte Kiesinger in Delhi ankommen und danach Rangun, Colombo und Bombay besuchen. Der Aufenthalt in Pakistan war für den 26.11. geplant. Hier bildeten Lahore, Ravalpindi und Karachi die Aufenthaltsorte. Etliche Journalisten wurden teilweise wieder eingeladen, weil der Platz in der kleinen gecharterten Maschine, die Kiesinger innerhalb Südasiens transportierte, nicht für alle ausreichend war – mit hinreichender Empö-

¹⁷⁹ N.N. (Hesse), Asiatische Grippe. In: Der Spiegel, 4.12.1967.

¹⁸⁰ Natorp, Botschafter von Mirbach. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.9.1967.

¹⁸¹ Bode, Des Bundeskanzlers exotische Blitztour. In: Süddeutsche Zeitung, 16.11.1967; Natorp, Überfällige Reise. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.11.1967.

¹⁸² Natorp, Überfällige Reise. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.11.1967.

rung auf Journalistenseite.¹⁸³ Relativ spät, die Anmeldungen vieler Journalisten waren bereits eingegangen, erhielt Gieselher Wirsing, einen Tag nach dem Abendessen mit Kiesinger, noch einen Platz in beiden Maschinen.¹⁸⁴ Wirsing war einer der engsten Vertrauten Kiesingers. Mit ihm sprach er auch über Fragen, die seine politische Position innerhalb der Bundes-CDU betrafen.¹⁸⁵ Kiesingers Regierungsstil als Bundeskanzler war geprägt durch seine Zeit als Ministerpräsident in Baden-Württemberg. Im Stile Adenauers übergang er gerne den neuen Außenminister Brandt und setzte sich direkt mit den jeweiligen Botschaftern in Kontakt.¹⁸⁶

Von der Reise des Bundeskanzlers berichtete Gieselher Wirsing in der 1968er Januarausgabe der Zeitschrift INDO ASIA. Kiesinger verfasste ein von ihm unterschriebenes Vorwort. Umfangreiches Bildmaterial sollte einen Eindruck von der Reise, den Teilnehmern in Indien und den engen Beziehungen Wirsings zur politischen Elite der BRD vermitteln. Beide, Kiesinger und Wirsing, kannten sich von früher. Kiesinger arbeitete während der NS-Zeit im Auswärtigen Amt, während Wirsing für den Sicherheitsdienst der SS auch im Ausland tätig war.¹⁸⁷ Wirsing war laut Günter Diehl, dem damaligen Staatssekretär im Presse- und Informationsamt und späteren Nachfolger von Dietrich von Mirbach als Botschafter in Indien, gemeinsam mit Adam Trott zu Solz für die Betreuung Boses zuständig gewesen.¹⁸⁸ Auch Das Gupta verweist ohne Hervorhebung der Rolle Wirsings während der NS-Zeit auf seine Funktion in der Ära Adenauer und seinen Mitarbeiterstab, der aus Asien- und Indienkennern bestand.¹⁸⁹ Natorp vermutete allerdings über vierzig Jahre danach, dass die Beziehung zwischen Kiesinger und Wirsing auch später in Stuttgart durch Gisela Bonn und deren Kontakte zur CDU gepflegt wurde, als Kiesinger Ministerpräsident und Wirsing Herausgeber der Zeitschrift INDO ASIA war.¹⁹⁰

¹⁸³ Am 19.10.1967 wurde durch Günter Weiss eine Liste erstellt, wodurch festgelegt wurde, welche Journalisten mitfliegen durften. Bundesarchiv Koblenz B 145/8262, 247-002.

¹⁸⁴ Info von Conrad Ahlers, dem damaligen stellvertretenden Leiter des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung, an Dr. Schirmer laut Mitteilung von Ministerialrat Günter Weiss, 9.10.1967. Bundesarchiv Koblenz B 145/8262, 247-002.

¹⁸⁵ Vgl. Gassert, Kiesinger, S. 570.

¹⁸⁶ Ebenda, S. 572 und 583.

¹⁸⁷ Vgl. Köhler, Unheimliche Publizisten, S. 291. Siehe auch Löbber, Der Nazi von Christ und Welt. In: Christ und Welt, 36, 2012.

¹⁸⁸ Vgl. Diehl, Die indischen Jahre, S. 75.

¹⁸⁹ Das Gupta, Handel, S. 30.

¹⁹⁰ Brief von Klaus Natorp an die Autorin vom 8.3.2013.

Auch Josef Maria Hunck, Redakteur des HANDELSBLATTS und seit langem mit Indien beschäftigt, konnte zusammen mit einigen wenigen anderen Journalisten die ganze Reise an der Seite des Bundeskanzlers erleben. Huncks Artikel wurden vom HANDELSBLATT parallel zu den Reisestationen zusammen mit einem Rückblick kurz nach dem Ende der Reise veröffentlicht. Und auch Ernst Hess (geb. 1928), der unter dem Pseudonym „Peter Brügge“ seine Artikel von 1961 bis 1994 im SPIEGEL veröffentlichte, bat Ende September um die Mitnahme in der Kanzlermaschine.

Natorp kannte Wirsing ja bereits aus Indien und auch andere mitreisende Journalisten wie Josef Maria Hunck, den er Anfang der 1960er Jahre kennengelernt hatte. Wirsing hielt sich bereits zum neunten Mal in Indien auf.¹⁹¹ Hingegen gab es von Natorps Seite her kaum Kontakt zu den Mitarbeitern der SPIEGEL-Redaktion. Thilo Bode, der wie Natorp bereits Anfang des Jahres über die Wahlen in Indien berichtet hatte, ergänzte von Singapur aus kommend die Reisegruppe in Indien und auf Sri Lanka. In der Vierteljahreszeitschrift INDO ASIA konnte man die Aufsätze einiger der mitreisenden Journalisten in den 1968er-Ausgaben finden, darunter auch Beiträge von Hunck und Natorp.¹⁹² Der Redakteur der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG stieß 1967 erst zum Ende der Südasiereise von Bundeskanzler Kiesinger und seiner Delegation in Pakistan hinzu.

Natorp selbst nahm im Vorfeld der Reise schließlich Abstand davon, mit der großen Kanzlermaschine, einer Linienmaschine, mitzufliegen. Er begab sich alleine – auf Einladung der Regierung – nach Pakistan, um sich dort der Gruppe um Kiesinger anzuschließen. Natorp hielt sich während seiner Reise nur in diesem Land auf. Er besuchte 1967 bereits zum zweiten Mal Südasiens. Anfang des Jahres war er anlässlich der Wahlen schon für knapp zwei Monate in Indien gewesen und hatte auch den Süden des Landes besucht. Für ihn war es nun Ende des Jahres auch die erste Kontaktaufnahme mit Pakistan. Über seinen Tischnachbarn, einem ISI-Offizier, konnte Natorp während des Essens den Kontakt zu den pakistanischen Militärs und dem Geheimdienst herstellen.¹⁹³ Die Einladung durch die pakistanische Regierung bedeutete sowohl für den Journalisten als auch für die Herausgeber der Zeitung die mögliche Gefahr der Manipulation. Natorp war sich dessen be-

¹⁹¹ Wirsing, Indien, S. 13.

¹⁹² Hunck, Die deutsch-indischen Wirtschaftsprobleme. In: Indo Asia 1968/1, S. 71; Natorp, Wie rot ist Kerala? In: Indo Asia 1968/1, S. 57–64; ders., Ajob Khans Regime. In: Indo Asia 1968/3, S. 266–77.

¹⁹³ Brief von Klaus Natorp an die Autorin vom 8.3.2013.

wusst und wollte sich in seiner Vorgehensweise und seiner Berichterstattung nicht davon beeinflussen lassen. Die Wahrnehmung von ihm in Indien und in Pakistan als jeweils der anderen Seite zugetan diente ihm auch später noch als Beleg dafür.¹⁹⁴

Die Einweihung des neu errichteten Mangla-Staudammes verfolgte er vor Ort und berichtete über die anderen Stationen der Reise des Kanzlers aus Rawalpindi sowie über die außen- und innenpolitische Situation Pakistans. In diesem Zusammenhang setzte er sich zum ersten Mal intensiv mit dem Thema „Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt“ auseinander. Seine größtenteils recht umfangreichen Artikel – im Vergleich zur Berichterstattung der anderen Journalisten – konzentrierten sich auf unterschiedliche Themenbereiche. Er warf zusammen mit Teilen der Reisegruppe auch einen Blick auf die noch im Aufbau befindliche neue Hauptstadt Islamabad. Im Gegensatz zu den anderen Journalisten wie Wirsing und Hunck ging sein Interesse an Pakistan über wirtschaftliche Beziehungen mit der BRD hinaus. Die Absichten und Motive der politischen Führung versuchte Natorp auch über die Planungen zur Hauptstadt nachzuvollziehen.¹⁹⁵

Bode, Hesse, Hunck und Wirsing verfolgten bei ihrer Berichterstattung unterschiedliche Ziele und konzentrierten sich neben der Reaktion der Regierungen auf die geänderte Ost-Politik und – anders als Natorp – auch auf die Personen der Reisegruppe und den Bundeskanzler selbst. Die Thematisierung der Vergangenheit Kiesingers, sein Verhalten während der NS-Zeit sowie die politischen Beziehungen zu den USA spielten 1967 eine gewisse Rolle innerhalb der westdeutschen Gesellschaft und hatten auch bei Kiesinger selbst im Zusammenhang mit seiner Kandidatur als Bundeskanzler Befürchtungen geweckt.¹⁹⁶ Dieser Aspekt wurde von Hess, dem Journalisten des SPIEGEL, dessen Redaktion sich auch bereits früher auf die NS-Vergangenheit von Politikern konzentriert hatte, medienwirksam und geschichtspolitisch über die Demonstration indischer Studenten im kritisch-bissigen SPIEGEL-Stil vereinnahmt.¹⁹⁷ Über die Reise selbst wurden mehrere

¹⁹⁴ Brief von Klaus Natorp an die Autorin vom 8.3.2013.

¹⁹⁵ Natorp, Islamabad. Pakistan baut seine Hauptstadt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1968.

¹⁹⁶ Vgl. Gassert, Kiesinger, S. 472f.

¹⁹⁷ Otto Köhler schrieb bereits zu dieser Zeit für den Spiegel über Wirsing. Er verfasste Jahre später im populärwissenschaftlichen Stil zwei Bücher, die sich mit der NS-Vergangenheit von bekannten medialen Akteuren und auch Kiesinger beschäftigten. Vgl. Köhler, Unheimliche Journalisten, S. 290–379. Die Veröffentlichung von Köhler mit dem Titel „Wir Schreibtischtäter“ ist um einen Abschnitt zu Kiesinger ergänzt, Köhler, Wir Schreibtischtäter, S. 119–134.

Artikel von Hess im SPIEGEL veröffentlicht, in denen er über die Aufenthalte in Neu-Delhi und in Rawalpindi berichtete. Hess gab seine Eindrücke während des Fluges, bei der Ankunft in der indischen Hauptstadt und dem anschließenden Zusammentreffen Kiesingers mit Indira Gandhi sowie weiterer Gespräche in Form eines eher hämischen Beobachters deutscher Politik und deutscher Politiker wieder.

Die von Hess als heikel betrachteten Gesprächspunkte zwischen den Regierungen der BRD und Indiens sowie das Verhältnis der BRD zu Pakistan und China wurden ebenfalls thematisiert. Ein geänderter diplomatischer Umgang Indiens mit der DDR aufgrund der bevorstehenden Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien stand für den Journalisten aus pragmatischen Gründen der südasiatischen Regierungen nicht zur Debatte. Auch eine mögliche Umwandlung der von Herbert Fischer geführten Handelsvertretung in eine DDR-Handelsmission sprach aus seiner Sicht nicht dafür.¹⁹⁸ Die Demonstration von Studenten, die sich gegen Kiesinger richtete, bewertete er als Folge der kommunistischen Agitation gegen die BRD und forcierte so aber – auch über die große Auflagenstärke des SPIEGEL – verdeckte Befürchtungen in der westdeutschen Öffentlichkeit vor einem kommunistischen Umsturz und Ressentiments gegenüber der indischen Gesellschaft und gegen Entwicklungspolitik im allgemeinen, die gegebenenfalls auch in die Rubrik „Undank“ passen würden.

Studenten, deren Rektor den deutschen Ehrengast eben noch einen Politiker genannt hatte, der bereit sei, jederzeit zum Leben des Dichters und Denkers zurückzukehren, hielten Kiesinger nun Tafeln mit schmähenden Inschriften entgegen: „Kein Gespräch mit US-Agenten. Kiesinger zurück zu Johnson“, oder „Nazi Killer“, aber auch „Wir fordern Anerkennung Ostdeutschlands“. Einer der Studenten, den rechten Arm erhoben, schrie seine Abschiedsworte auf deutsch: „Sieg Heil!“¹⁹⁹

Auch Giselher Wirsing bezog sich in der Januar-Ausgabe von INDO ASIA kurz auf diesen Vorfall. Die Demonstration in Neu-Delhi, die sich anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde gegen den Bundeskanzler richtete und durch den Journalisten des SPIEGEL ausführlicher beschrieben wurde, bagatellierte der regierungsnahen Wirsing. Er hob die geringe Anzahl von Personen hervor, die möglicherweise bestochen worden seien, um so die

¹⁹⁸ N.N. (Hesse), An die Grenze. In: Der Spiegel, 4.12.1967.

¹⁹⁹ Hess, Kanzler-Reise. Abschied auf deutsch. In: Der Spiegel, 27.11.1967.

Wirkung der Fotos abzumildern, die von diesem Vorfall im Ausland veröffentlicht wurden.²⁰⁰ Der Zwischenfall war nichtsdestotrotz für beide Journalisten von anderer Hand gelenkt worden, die Studenten erschienen politisch manipulierbar, ähnlich wie in der eigenen Gesellschaft. Parallelen konnten somit auch in dieser Hinsicht mit Blick auf die eigene Gesellschaft leichter gezogen werden.

Der Vorfall fand keine Erwähnung in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG. Bode thematisierte einzig die Bedeutung unterschiedlicher Ehrendoktorwürden, um so über einen Vergleich mit dem Staatsbesuch von Nehru in den 1950er Jahren die Haltungen der beiden Regierungen zu verdeutlichen. Er zollte damit der indischen Seite Anerkennung.

Atmosphärisch ist bemerkenswert, daß der Bundeskanzler in Delhi den juristischen Ehrendoktor erhalten wird statt des eine Weile vorgesehenen landwirtschaftlichen Ehrendoktors. Indien verzichtet damit auf Vergeltung dafür, daß beim Besuch Nehrus in der Bundesrepublik vor zwölf Jahren auf den medizinischen Ehrendoktor ausgewichen wurde, weil man sich damals scheute, solch einem dezidierten „Neutralisten“ eine staatswissenschaftliche Würde zu verleihen.²⁰¹

Wirsing legte den Reiseverlauf sehr ausführlich und plastisch aus Sicht der Delegation dar. Seine guten Kontakte zu Kiesinger und weiteren Teilnehmern der Delegation wie dem Vorsitzenden der deutsch-indischen Gesellschaft Seifritz oder Josef Maria Hunck, der ebenfalls maßgeblich am Inhalt der Zeitschrift INDO ASIA beteiligt war, ermöglichten es ihm, die Reise des Bundeskanzlers im vertrauten Personenkreis hautnah zu verfolgen und zu interagieren. Wirsing konzentrierte sich auf die Reisegruppe und deren Umgang mit der veränderten Situation. Die Unannehmlichkeiten u.a. aufgrund der kurzen Reisedauer, die nur wenige Besichtigungen und private Kontakte zuließen, und die klimatischen Herausforderungen an die Reisegruppe standen ebenso im Mittelpunkt wie das Aufeinandertreffen mit den jeweiligen Repräsentanten der besuchten Länder. Bereits in der Einleitung der INDO-ASIA-Ausgabe fasste Wirsing die geänderte Ostpolitik der BRD und den Nichteintritt Großbritanniens zur EWG auf der deutschen Seite und die Stellung Chinas sowie innenpolitische Themen auf Seiten Indiens als Themenschwerpunkte zusammen. Der Bundeskanzler, so schrieb Wirsing, woll-

²⁰⁰ Wirsing, Die Asienreise des Bundeskanzlers. In: Indo-Asia 1968/10, S. 90.

²⁰¹ Bode, Bonn und Delhi im Gespräch. In: Süddeutsche Zeitung, 20.11.1967.

te sich trotz des Drängens besonders von Journalisten aus Ostbengalen nicht zum Kaschmir-Konflikt äußern und verzichtete im Gegenzug auch auf Aussagen der anderen Seite zur Deutschen Frage.²⁰² Kiesinger hielt sich so an die im Vorfeld getroffene Absprache mit der indischen Seite. Wirsing fixierte sich auf die anderen Teilnehmer der Delegation, Themen die westdeutsche Gesellschaft betreffend sowie die von ihm unreflektierte Wirkung des Staatsbesuchs nach außen, die eine angefügte Karikatur aus einer indischen Zeitung verdeutlicht.²⁰³ Dennoch wurde durch seine Aufsätze indirekt seine Einschätzung der politischen Verhältnisse deutlich. Die angespannte Lage in Myanmar, die umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen nötig machte, wurde von Wirsing nicht im Sinne einer Gefährdung demokratischer Institutionen des Landes kommentiert.

Bode ließ in einer Reportage zum Aufenthalt Kiesingers auf Sri Lanka seine Sicht auf die Reisegruppe, aber auch auf die Gespräche mit der politischen Führung Sri Lankas einfließen. Sowohl Bode als auch der Wirtschaftsfachmann Walter Slotosch hatten in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG bereits auf das Problem des Preisverfalls für die rohstoffexportierenden Staaten hingewiesen. Slotosch sah die Ursache in einer selbstverschuldeten Überproduktion dieser Länder, die er klar von den Industrienationen abgrenzte, während Bode auf das Abhängigkeitsverhältnis verwies.²⁰⁴ Angesichts einer aus seiner Sicht dringend notwendigen Unterstützung der von westlicher Seite wohlwollend wahrgenommenen Regierung unter Premierminister Senanayake kritisierte Bode in ungewöhnlich sarkastischer Art den wiederum nur 48 Stunden dauernden Aufenthalt der Reisegruppe um Bundeskanzler Kiesinger auf Sri Lanka.

Einen besseren Ort für die chevalereske Zeitverschwendung hätte die internationale Brüderschaft des Protokolls nicht aussuchen können, als die Bilderbuchinsel Ceylon mit ihren Palmenstränden, ihrer tropischen Bergwelt und ihrer überwältigenden grünen Üppigkeit. Nur die Affen fehlten, sagte einer, und es war ganz erst gemeint.²⁰⁵

Auch Josef Maria Hunck, Redakteur beim HANDELSBLATT, verdeutlichte seine Haltung zur internationalen Handelspolitik und zur Einflussnahme der

²⁰² Wirsing, Ohne Titel. In: Indo Asia 1968/1, S. 1–5.

²⁰³ Siehe Abb. 22, S. 283.

²⁰⁴ Slotosch, Die armen und die reichen Länder. In: Süddeutsche Zeitung, 3.11.1967 und Bode, Des Bundeskanzlers exotische Blitztour. In: Süddeutsche Zeitung, 16.11.1967.

²⁰⁵ Bode, Deutsche Ehren für Buddhas Zahn. In: Süddeutsche Zeitung, 28.11.1967.

USA und Großbritanniens auf Sri Lanka. Er nahm in seinem Artikel zur politischen und wirtschaftlichen Situation unter der Regierung Bandaranaike im Vergleich zu ihrem Nachfolger Senanayake Stellung. Hunck beschrieb das negative Verhältnis zu den USA, verursacht durch die Kritik der ceylonesischen Regierung an der US-Vietnam-Politik sowie durch die Verstaatlichung von Ölgesellschaften. Die Regierung unter Dudley Shelton Senanayake hatte diese in Form einer Entschädigung wieder zurückgenommen. Großbritannien befand sich zu diesem Zeitpunkt noch im Besitz von durch Fremdarbeitern bewirtschafteten Plantagen, die, so Hunck, „das wirtschaftliche Rückgrat Ceylons“ bildeten.²⁰⁶ Die negative Handelsbilanz erklärte er mit den sinkenden Weltmarktpreisen der Exportwaren wie Kautschuk und Tee und den gestiegenen Preisen für das Importgut Reis. Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung schienen für ihn ausgeschlossen. Die Wahrnehmung der Wirtschaft als naturalistischer, sich selbst regulierender Prozess machte dies für ihn unmöglich. Hunck reagierte damit nicht auf die Kritik aus den Reihen der rohstoffexportierenden Länder.

Der für das HANDELSBLATT berichtende Journalist hob mit seiner eher auf kürzeren Nachrichten beruhenden Berichterstattung – bis auf zwei längere Artikel und einen Artikel, der die Eindrücke in Schlaglichtern wiedergab – die Intention der Bundesregierung mit Kiesinger an der Spitze hervor. Die Reise in zwei für die BRD handelswirtschaftlich bedeutende Länder Südasiens²⁰⁷ wurde ohne den damaligen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans-Jürgen Wischniewski, angetreten, der – so berichtete Hunck in seiner „Nachlese“ als einer Sammlung von Impressionen der Reise – den abreisenden Kollegen riet, nicht zu viel Geld auszugeben.²⁰⁸ Das Motiv von Zwang konnte damit bedient werden, verdeutlichte aber auch das Bild einer potenten und überlegenen Gesellschaft. Huncks Artikel bezogen sich auf alle Stationen der Reise des Kanzlers. Er selbst führte Gespräche mit Indira Gandhi und ein Exklusivinterview mit dem stellvertretenden Premier- und Finanzminister Moraji Desai. Die Einstellungen der jeweiligen

²⁰⁶ Hunck, Bonn fördert die Entwicklung der ceylonesischen Wirtschaft. In: Handelsblatt, 27.11.1967.

²⁰⁷ Hunck stellte in seinen Artikeln heraus, dass die BRD nach Großbritannien der zweitgrößte Handelspartner in Europa für Indien sei und auch Pakistan als gutes Land für Exporte und Investitionen angesehen werde. Vgl. Hunck, Handelsgespräch Kanzler-Ajub Khan. In: Handelsblatt, 28.11.1967 und ders., Die indische Demokratie muß sich im Kampf gegen den Hunger bewähren. In: Handelsblatt, 23.11.1967.

²⁰⁸ Hunck, Die verschluckte Opposition. Nachlese zu einer Kanzlerreise. In: Handelsblatt, 3.12.1967.

Repräsentanten der Länder zur neuen Außenpolitik der Großen Koalition standen in fast allen Artikeln im Vordergrund. Die Bundesrepublik als Darlehensgeber und kompetenter Handelspartner der Länder Südasiens, die ohne Ausnahme mit einer negativen Handelsbilanz zu kämpfen hatten, erschien als Partner im Kampf gegen Hunger, Elend und Chaos, als Wahrer der Demokratie in Indien²⁰⁹ sowie als Förderer des Wirtschaftswachstums in Sri Lanka.²¹⁰

Der Ost-West-Konflikt und die Polarisierung der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Systeme bildeten die Messlatte im Bezug auf mögliche privatwirtschaftliche und staatliche Investitionen, wobei auch in Südasiens Militärdiktaturen, wie in Myanmar, nicht gemieden wurden.²¹¹ Hunck bezog in einem Artikel in der Januar-Ausgabe von INDO ASIA deutlicher Position gegenüber der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Indiens. Er bezieht sich auf die getroffenen Entscheidungen während des Nationalkonvents der Kongress-Partei in Jabalpur 1967. Die geplanten Nationalisierungen der Banken, der Mangel an geschultem Personal auf Managerniveau in den großen staatlichen Unternehmen und Entscheidungen auf Handelsebene wurden von ihm kritisiert. Schwierigkeiten bei der Vergabe von Visa und weiteren Aufenthaltserlaubnissen im Zusammenhang mit ausländischen Investitionspartnern verknüpfte er mit dem hohen Anteil westdeutscher staatlicher Unterstützung, die nach Indien floss. Er hob dies kritisch hervor und zog angesichts der indischen Wirtschaftspolitik einer umfassenden Planung und öffentlicher Kontrolle wichtiger Industriebereiche ein negatives Fazit:

Mit Dogmatismus aus der Zeit vor zwanzig Jahren läßt sich keine erspriessliche Zusammenarbeit, die sich immer wieder an den Realitäten zu orientieren hat, herbeiführen. Das aber muß Richtschnur deutsch-indischer Zusammenarbeit sein aus der Einsicht und aus vernünftigen, in ihrer Wirkung überschaubaren Prinzipien.²¹²

²⁰⁹ Hunck, Die indische Demokratie muß sich im Kampf gegen den Hunger bewähren. In: Handelsblatt, 23.11.1967.

²¹⁰ Dies verdeutlicht auch der Titel des Artikels über Ceylon. Vgl. Hunck, Bonn fördert die Entwicklung der ceylonesischen Wirtschaft. In: Handelsblatt, 27.11.1967.

²¹¹ Hunck kommentiert: „Immer deutlicher zeigt sich, daß der militante birmanische Nationalismus als wirksames Bollwerk gegen die kommunistische Unterwanderung betrachtet werden muß.“ Hunck, Wachsender Außenhandel mit Birma. In: Handelsblatt, 24./25.11.1967.

²¹² Hunck, Deutsch-indische Wirtschaftsprobleme. In: Indo Asia, 1968/1, S. 76. Zur indischen Wirtschaftspolitik vgl. Wagner, Das politische System Indiens, S. 208.

Auch bei der letzten Reisedation Pakistan war Hunck anwesend und machte über seinen Artikel die Wahrnehmung der Identität der eigenen Gesellschaft als Wohltäter über „Pakistanis dankbar, daß die relativ beträchtliche deutsche Kapitalhilfe im laufenden Jahr noch erhöht worden ist,“ deutlich.²¹³ Die Einweihung des Mangla-Staudamms und auch den geplanten Bau des Tarbela-Staudamms sah er unter dem Aspekt der Beteiligung deutscher Firmen und des Kostenvolumens.²¹⁴ Hunck konzentrierte sich auch in seinen Artikeln zu Pakistan wiederum auf die Haltung zur DDR aufgrund der geänderten Ostpolitik, auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit und auf die westdeutsche Kapitalhilfe für dieses Land. Und wie Wirsing richtete Hunck den Blick bei seiner „Nachlese“ auf die Teilnehmer der Delegation und ihren Umgang mit der ungewohnten Situation und ihren Eindrücken. Die wirtschaftlichen Verbindungen mit den Ländern wie Indien und Sri Lanka, die wie im Fall Großbritanniens in die Kolonialzeit reichten, wurden von ihm als natürlich und normal beschrieben, ebenso wie die negativen Handelsbilanzen der jeweiligen Länder. Entscheidungen der jungen Nationen, die sich gegen Politik und Wirtschaftsfreiheit der westlichen Staaten und Unternehmen wandten, stellten einen Schaden dar, der berechtigterweise ersetzt werden musste. Alle Regierungschefs waren, so vermittelte es der Autor, bemüht, sich – orientiert am westlichen Entwicklungsmodell – um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Kooperation mit der BRD zu kümmern.

Klaus Natorp, der nicht in Indien, Myanmar und Sri Lanka anwesend war, informierte das Publikum umfangreich über Pakistan und positionierte das Land innerhalb der Koordinaten des Kalten Krieges. Unter den Beziehungen zu allen drei Großmächten ging er im Besonderen auf das Verhältnis zur UdSSR ein, das sich durch die Vermittlung der östlichen Supermacht nach dem Ende des 2. Indisch-Pakistanischen Krieges 1965 in Taschkent verbesserte. Natorp hob allerdings nun auch die von der UdSSR wahrgenommene Komplexität zwischen Pakistan und Indien hervor und betonte die Bedeutung der Waffenlieferungen durch die UdSSR an Indien für Pakistan.²¹⁵ Neben dem primären Reisegrund, der Sicht auf das politische und wirtschaftliche Verhältnis zwischen Pakistan und der BRD, versuchte Natorp eine Annäherung an die politische Spitze des Landes, General Ayub Khan. Er kaufte vor Ort die neu erschienene Autobiographie des Staats-

²¹³ Hunck, Handelsgespräch Kanzler- Ajub Khan. In: Handelsblatt, 28.11.1967.

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Natorp, Pakistanische Balance. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.1967.

chefs. Er ging der Stimmung in Pakistan zu Kaschmir nach und versuchte sich ein Bild zur Bedeutung der Religion in West-Pakistan zu machen.

Natorp konzentrierte sich in seiner Berichterstattung zur Südasiereise Kiesingers anfänglich auf die Deutsche Frage. Dem Dilemma einer möglichen Anerkennung der DDR aufgrund der geänderten Außenpolitik widmete der Journalist – anders als der ebenfalls mehrere Perspektiven suchende Bode – großen Raum. Er selbst verweigerte der DDR unerbittlich ihren Status als eigener Staat: „Enge Beziehungen schieben am ehesten einen Riegel vor die intensiven Bemühungen des Ulbricht-Regimes, sich in Indien, Burma, Ceylon und Pakistan die heiß ersehnte Anerkennung zu verschaffen.“²¹⁶ Die Vergabe von entwicklungspolitischen Leistungen und die Auswirkungen auf das Verhältnis der BRD zu den jeweiligen Ländern spielten in diesem Zusammenhang für ihn eine wichtige Rolle. Augstein kritisierte bereits 1966 die Kopplung von finanziellen Maßnahmen an außenpolitische Entscheidungen der Empfängerländer in Bezug auf die DDR. Sri Lanka wurde, so betonte er, dadurch dreizehn Millionen D-Mark an Hilfsgeldern gestrichen.²¹⁷ „Der Boden Ceylons ist für ein starkes finanzielles Engagement zu schwankend“, so kommentierte Natorp 1967 eine mögliche Rückkehr der gestürzten Ministerpräsidentin Bandaranaike, die er als stark links orientiert beschrieb und damit die Gefahr einer Anerkennung der DDR verband.²¹⁸ Entwicklungspolitische Maßnahmen waren für Natorp entscheidend für die Position der BRD und ihre Beziehungen zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.²¹⁹ Er machte allerdings deutlich, dass die BRD zu keinen Waffenlieferungen bereit sei, vielleicht auch aufgrund der scharfen Reaktionen aus Indien zu den Panzerabwehrraketenlieferungen einer deutschen Firma an Pakistan Anfang der 1960er Jahre.²²⁰ Eine gekürzte staatliche Unterstützung als Erziehungsmaßnahme gegen die unnötigen Rüstungsausgaben schien für Natorp aufgrund der schlechten ökonomischen Situation gerechtfertigt; die Kontrolle durch „die Geberländer von Entwicklungshilfe“ notwendig. Auf Seiten der Supermächte erfolgte zeit-

²¹⁶ Natorp, Kiesingers Asien-Reise hat sich gelohnt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.1967.

²¹⁷ Augstein, D-Mark-Diplomatie (West). In: Der Spiegel, 24.2.1965.

²¹⁸ Natorp, Kiesingers Asien-Reise hat sich gelohnt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.1967.

²¹⁹ Natorp, Besuch in Lahore ausgefallen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.1969.

²²⁰ Natorp, Kiesingers Asien-Reise hat sich gelohnt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.11.1967.

gleich der Ausbau der konventionellen Waffenstärke zusammen mit Debatten um eine europäische oder atlantische Nuklearkontrolle.

Sowohl Hess als auch Hunck konzentrierten sich stärker auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sie stellten die Ungleichheit der wirtschaftlich machtvollen Position der BRD im Vergleich zu den Ländern Südasiens, die mit Energiemangel und steigenden Preisen für notwendige Nahrungsimporte kämpften, nicht in Frage. Der Blick richtete sich hauptsächlich auf weitere für die BRD positive wirtschaftliche Kontakte. Die eigene Position und die der westdeutschen Gesellschaft wurden als natürlich angesehen und verdeutlichen so in den Artikeln das Wissen der beiden Journalisten zum globalen Nord-Süd-Verhältnis. Probleme der anderen Gesellschaften wurden nur in geringem Umfang dargestellt oder hinterfragt. Auch Hunck lenkte in seinen Artikeln im Zusammenhang mit der neuen Ostpolitik die Aufmerksamkeit auf die Deutsche Frage. Er betonte allerdings die bisherige umfangreiche Entwicklungspolitik und reagierte so auf die ausweichende Haltung Kiesingers gegenüber den Forderungen der südasiatischen Regierungen. Der Schwerpunkt lag auf einer möglichen geänderten Politik gegenüber der BRD und den bisherigen Handelsbeziehungen des Seniorpartners gegenüber den Junioren. Expertengruppen im Rahmen eines regelmäßigen Austausches zwischen den Ländern sollten helfen, die schlechte Handelsbilanz auszugleichen. Die bereits von Hans-Jürgen Wischnewski im SPIEGEL-Interview angeregte paternale Beziehung entsprach so auch Huncks Sicht. Die Gespräche mit Ayub Khan in Rawalpindi wurden sowohl von Hess als auch von Hunck unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Interesses für die BRD gesehen und beide konzentrierten sich, sichtbar in späteren Artikeln, auf die Vergabe des Bauauftrags für den Tarbela-Staudamm. Hess deckte dabei in seinem Mitte Januar veröffentlichten Artikel auf, warum das deutsch-schweizerische Baukonsortium trotz des günstigsten Angebots nicht den Zuschlag erhielt. Unter Berufung auf Hunck vom HANDELSBLATT wurden in diesem Fall die Verbindungen zwischen der deutschen und der US-amerikanischen Regierung offengelegt.²²¹

Aber bereits im September 1967 brachte Michael Jungblut (geb. 1937) von der Wirtschaftsredaktion der ZEIT die PR-Intention der Pakistanreise des Bundeskanzlers auf diesen Punkt. Im Rahmen seines Berichts über die führende Persönlichkeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau lenkte er auch das Thema auf die Vergabe der Aufträge für den Bau des Trabela-

²²¹ N.N., Unter Satelliten. In: Der Spiegel, 17.1.1968.

Staudamms. „Die Bundesregierung hat Mut und Weitsicht bewiesen, als sie versprach, die Bemühungen deutscher Baufirmen um diesen Riesenauftrag zu unterstützen. Damit können wir uns die Eintrittskarte in einen exklusiven Klub erkaufen.“²²² Auch Ende des Jahres gab es für die Wirtschaftsredaktion aufgrund des günstigsten Angebots des deutsch-schweizerischen Konsortiums noch gute Chancen bei der Auftragserteilung.²²³

Die Journalisten der älteren Generation wie Wirsing und Hunck sahen in den Ländern der sog. Dritten Welt wie in Südasiens primär wirtschaftliche Junior-Partner mit einem tendenziellen Hang zur falschen – sozialistischen – Seite. Beide stellten die Überlegenheit der eigenen Gesellschaft im Rahmen des allgemein gültigen Meta-Codes der Entwicklung nach westlicher Norm nicht in Frage. Der wirtschaftliche Einfluss der Kolonialmächte wie der Großbritanniens auf Sri Lanka wurde positiv bewertet. Entwicklungspolitik wurde grundsätzlich wirtschafts- und außenpolitisch instrumentalisiert, so dass auch Kontakte zu Militärregimen wie in Myanmar möglich waren. Jüngere Journalisten wie Bode, Hess und Natorp konzentrierten sich verstärkt auch auf Themen, die zum einen eine Kritik an der eigenen Regierung beinhalteten, aber auch auf der Wahrnehmung einer möglichen Gefährdung der BRD beruhten.

4.6.3 Wahrnehmungen auf indischer Seite

Die Wirkung von Kiesingers Staatsbesuch in der indische Presse stellte Wirsing als verantwortlicher Herausgeber überraschenderweise, wie bereits erwähnt, unkommentiert durch die vermeintliche Veröffentlichung einer Karikatur des INDIAN EXPRESS²²⁴ in der Januar-Ausgabe von INDO ASIA dar. Diese Zeitung wurde in einem Artikel von Klaus Natorp zu den wichtigsten englisch-sprachigen Zeitungen Indiens gezählt und von ihm als industriefreundlich und kritisch gegenüber der Kongress-Partei bezeichnet.²²⁵ Die Redaktion der HINDUSTAN TIMES – so die Richtigstellung durch den

²²² Jungblut, Am Zehntisch der Entwicklungshilfe. In: Die Zeit, 29.9.1967.

²²³ N.N., Zeitraffer. Billige Deutsche. In: Die Zeit, 8.12.1967.

²²⁴ Klaus Natorp unterrichtete das Publikum 1971 über Zeitungen, Besitzverhältnisse, Auflagenstärke und politische Ausrichtung anlässlich einer möglichen Gesetzesänderung. Er kam zu dem Schluss, dass die Gefahr der Einflussnahme der Regierung größer werde und Modernisierungsmaßnahmen abnehmen könnten – er beschrieb eine unabhängige kritische indische Presse. Vgl. Natorp, Die Kongresspartei möchte die Presse an die Leine legen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.1971.

²²⁵ Ebenda.

Urheber Sudhir Dar²²⁶ –, die diese politische Karikatur abdruckte, wird ihr Publikum über den Staatsbesuch, Verlauf und Ergebnisse der Gespräche zwischen der deutschen und indischen Delegation um Kiesinger und Indira Gandhi informiert haben, da sonst die Intention der Karikatur nicht hätte erfasst werden können.²²⁷ Diese Zeitung, die sich bis heute im Besitz der Familie Birla befindet, wurde von Klaus Natorp als der Regierung am nächsten stehendes Printmedium beschrieben.²²⁸

Sudhir Dar (geb. 1932²²⁹) konzentrierte sich auf das Verhältnis zwischen der BRD und Indien – aus Sicht von Finanzminister Moraji Desai. Er kommentierte so auch die angespannte finanzielle Lage Indiens und die von Desai eingeschlagene politische Richtung auf dem Nationalkonvent im Oktober in Jabalpur.²³⁰ Die positive Darstellung Desais spiegelte auch Hunck bei der Bewertung von Verlauf und Ergebnissen des Nationalkonvents wider.

Dem pragmatisch vorgehenden Finanzminister Moraji Desai bleibt dabei wenig Spielraum, wirtschaftspolitische Entscheidungen zu verhindern, die nicht nur das Gleichgewicht der Wirtschaft zum staatlichen Sektor hin weiter verschieben, sondern auch das Investitionsklima im In- und Ausland nachteilig beeinflussen. Trotzdem ist es dem tatkräftigen Minister in Jabalpur gelungen, den Kurs nach links zunächst einmal zu bremsen.²³¹

Der clevere Finanzminister nutzte aus Sicht Dars die Situation zum Vorteil Indiens aus. Der Autor der politischen Karikatur²³² wollte das ungleiche politische und vielleicht auch gesellschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Staaten verdeutlichen, das von beiden Seiten scheinbar akzeptiert wurde. Das Land brauchte die finanzielle Unterstützung der mächtigen Industrienation. Sudhir Dar hatte die BRD bereits auf Einladung der Regierung 1966

²²⁶ Mit eMail vom 4.8.2015 an die Autorin.

²²⁷ Vgl. Knieper, *Die politische Karikatur*, S. 96.

²²⁸ Vgl. Natorp, *Die Kongreßpartei möchte die Presse an die Leine legen*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.10.1971.

²²⁹ Vorwort zu Dar, *The Best of Sudhir Dar*, laut Wikipedia 1934.

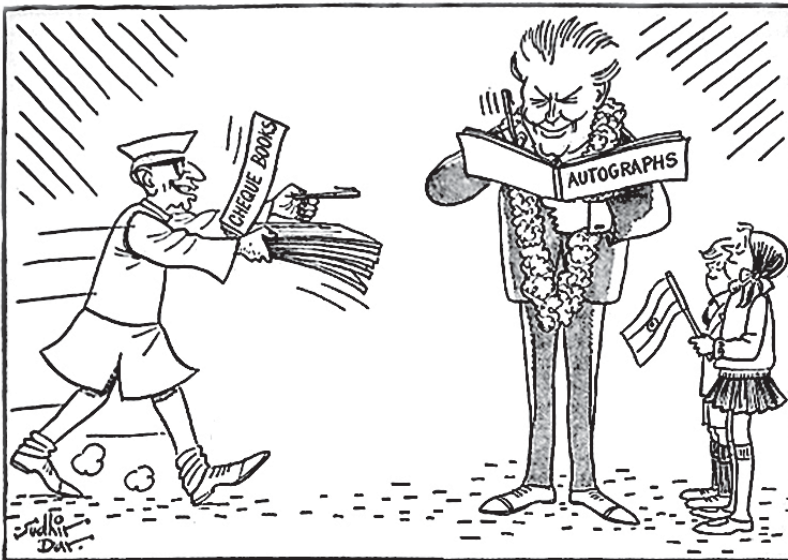
²³⁰ Hunck, *Deutsch-indische Wirtschaftsprobleme*. In: *Indo Asia* 1968/1, S. 72.

²³¹ Ebenda, S. 71/72.

²³² Die englische Formulierung „Cartoon“ grenzt im Gegensatz zum deutschen Ausdruck „Karikatur“ diese Form der Darstellung von einer Verfremdung individueller Charakterzüge einer Person ab. Zudem kann eine Karikatur einfach nur ohne politischen Hintergrund mit der Intention zur Heiterkeitserzeugung im deutschen Sprachraum wahrgenommen werden. Vgl. Knieper, *Die politische Karikatur*, S. 49–53.

und nochmals Anfang der 1970er Jahre kennenlernen können. Er hielt sich auch in Ost-Berlin auf und traf einige bedeutende deutsche Karikaturisten.

Das kommentarlose Einfügen der Karikatur von Sudhir Dar, einem der bekanntesten Karikaturisten Indiens, durch Wirsing kann der Ausdruck dafür sein, dass er diese allegorische Personifikation nicht weiter hinterfragte, sondern als Bestätigung seiner eigenen Wahrnehmung ansah (Abb. 22). Die Glorifizierung des staatsmännisch wirkenden Bundeskanzlers sowie die scheinbar notwendigen Tricks des cleveren Finanzministers wirkten so allenfalls erheiternd. Die Darstellung des indisch-deutschen Verhältnisses in einer indischen Zeitung regte nicht zu einer kritischen Reflexion an. Man erachtete die wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit des damaligen Entwicklungslandes und die Rolle der finanzkräftigen und überlegenen BRD als richtig.



„Just a few more, Chancellor!“

(Indian Express)

Abb. 22 aus: Hindustan Times, abgedruckt in Indo Asia 1968/1, S. 91, Karikaturist Sudhir Dar, © Sudhir Dar 2015.

Aber auch in der politischen Öffentlichkeit Indiens wurden die wirtschaftliche Abhängigkeit und eine bilaterale Beziehung, die von beiden Seiten nicht auf Augenhöhe wahrgenommen wurde, zwar kritisch wahrgenommen, aber

das Unbehagen über die finanzielle Unterlegenheit des Landes hielt sich in Grenzen. Der entwicklungsmäßige Rückstand wurde akzeptiert.

Aus den Bewertungen der drei Journalisten, Hess, Hunck und Wirsing, wurde deutlich, dass sich das Image Indiens im Vergleich zu Pakistan schlechter gestaltete. Wirsing machte mit Blick auf Indien und Indira Gandhi bei einem Vergleich der Regierungschefs der besuchten Länder seine Präferenzen für den pakistanischen Präsidenten deutlich: „In fast einem Jahrzehnt ist er in eine Aufgabe hineingewachsen, die mit soldatischen Maßstäben allein nicht hätte bewerkstelligt werden können. Gewiß war er unter den Gastgebern dieser Reise die stärkste und profilierteste Persönlichkeit.“²³³ Die gegenwärtigen und die Erwartungen an die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen spielten dabei in das Urteil hinein, aber auch die persönlichen Bewertungen zu Indira Gandhi und Ayub Khan. Die politische Ausrichtung und die Kontakte zu den zwei Weltmächten und der dritten aufstrebenden Großmacht China wurden abhängig von möglichen sozialistischen Tendenzen im jeweiligen Land eher negativ bewertet.

Während Hess und Hunck in wirtschaftspolitischen Fragen d'accord gingen, so unterschied sich doch ihre Haltung zur Bundesregierung und speziell zu Kiesinger drastisch. Die indische Gesellschaft wurde durch Hess zwar für die Kritik an der eigenen Regierung und Gesellschaft genutzt, rückte Indien damit aber auch in ein negatives Licht. Hunck solidarisierte sich in dieser Hinsicht mit seinem Kollegen Wirsing. Beide waren an einer positiven Berichterstattung über den Kanzler und seine Reisegruppe interessiert.

Bode und Natorp fielen in dieser Hinsicht aus der Reihe. Bode blickte kritisch auf die Reisegruppe selbst und die Ergebnisse der Staatsbesuche für Länder wie Sri Lanka. Natorps Interesse galt der Sicherheit der BRD, die eine ausgewählte finanzielle und technische Unterstützung einzelner Länder nach ihrer politischer Ausrichtung rechtfertigte. Seine Befürchtungen wirkten sich negativ auf seine Haltung gegenüber Regierungen aus, die, wie in Sri Lanka, in der Phase der Dekolonisation den Einfluss der alten Kolonialmächte weiter zurückzudrängen und über verstärkte staatliche Planung eine Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Situation zu erzielen versuchten.²³⁴

²³³ Wirsing, Die Asienreise des Kanzlers. In: *Indo Asia* 1968/1, S. 92.

²³⁴ Zum Umgang der Regierungen Sri Lankas mit dem Erbe des Kolonialismus vgl. Mann, *South Asia's Modern History*, S. 130–131.

In der Berichterstattung der meisten Journalisten zur Kiesinger-Reise 1967 wurde die Bedeutung der Deutschen Frage sichtbar. Dem Dilemma einer möglichen Anerkennung der DDR aufgrund der geänderten Außenpolitik widmete besonders Natorp großen Raum. Letztlich wurden aber unerschwellig oder auch ganz offen in diesem Zusammenhang die bekannten Vorbehalte gegen „den Sinn von Entwicklungshilfe“ geäußert und damit auch der latenten Stimmung gegen die jeweiligen Gesellschaften Vorschub geleistet.

4.6.4 Die Bauprojekte Mangla- und Tarbela-Staudamm

Erst recht spät, am 24.11.1967, berichtete die ZEIT-Redaktion knapp von der Ende des Monats geplanten Eröffnung des Mangla-Staudamms in Pakistan. Die Bundesrepublik war mit neun weiteren Ländern an der Finanzierung des Bauwerks beteiligt. Auch bewarb sich ein deutsch-schweizer Firmen-Konsortium um den Bauauftrag für den in Planung befindlichen Tarbela-Damm.²³⁵ Der Wirtschaftsexperte Walter Slotosch (1911–2006) informierte in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG ausführlicher über „den größten Auftrag der Entwicklungshilfe“.²³⁶ Wie beim Bau des Stahlwerks in Rourkela verschwammen auch bei ihm die Unterschiede zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und Finanzierungsmodalitäten. Zudem wollte die Bundesregierung mit weiteren Geldmitteln eine Auftragsvergabe an das deutsch-schweizer Firmen-Konsortium forcieren. Wiederum spielte auch der Ost-West-Konflikt eine Rolle.

Die deutsche Wirtschaft ist schon beim Assuan-Staudamm und vor nicht allzu langer Zeit ebenso beim Euphrat-Damm in Syrien ausgebaut worden. Der Assuan-Staudamm war eine verlorene Schlacht für den Westen. Wer damals nicht erfaßt hat, was auf dem Spiele stand, wird es nun angesichts der heutigen Stellung der Sowjetunion im westlichen Mittelmeer und im Nahen Osten klar vor sich sehen.²³⁷

Der Konflikt zwischen Indien und Pakistan um ein unter britischer Herrschaft bereits gut funktionierendes Bewässerungssystem konnte aus Sicht Slotoschs „unter dem Protektorat der Weltbank“ gelöst werden. „Wer zahlt

²³⁵ N.N., Mangla. In: Die Zeit, 24.11.1967.

²³⁶ Slotosch, Der Welt größter Staudamm entsteht im Indusbecken. In: Süddeutsche Zeitung, 10.11.1967.

²³⁷ Ebenda.

die zwei Milliarden?“ – Slotosch wählte nach den Abschnittstiteln „Die Wüste blüht“ und „Der Streit um das Wasser“ diese Überschrift für den letzten Abschnitt. Die finanzielle Belastung Pakistans durch die Tilgung der Kredite und vor allem die Höhe der Zinsen – als Auftraggeber ohne finanzielle Rücklagen – verschwanden in einem Überblick der an der Finanzierung beteiligten Länder und internationalen Institutionen.

Beide Staudämme wurden im Rahmen des Indus-Wasser-Fonds des dafür gegründeten Aid-Pakistan-Konsortiums nach dem politischen Südasienkonzept der USA finanziert. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Bundesministerium für Wirtschaft hatten bereits 1962 Bedenken gegen die illusorische wirtschaftliche Konzeption des Konsortiums geäußert, konnten sich aber gegen die politischen bzw. strategischen Pakistan-Befürworter nicht durchsetzen.²³⁸ Unter unseriösen Umständen wurden bereits beim Mangla-Projekt die Aufträge an anglo-amerikanische Bauunternehmen vergeben.²³⁹ Obwohl der Auftrag für den Tarbela-Staudamm später an ein US-amerikanisches Konsortium vergeben wurde, beteiligten sich dann doch deutsche Firmen am Bau des Staudamms.²⁴⁰

Die Einweihung des nach fünfjähriger Bauzeit fertiggestellten ersten Staudamms im Nordosten von Pakistan interessierte Klaus Natorp von der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG 1967 besonders, da er sich auf den entwicklungspolitische Bereich konzentrierte. Der Journalist hielt sich, wie bereits erwähnt, im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch des damaligen Bundeskanzlers Kiesinger zum zweiten Mal im Herbst 1967 in Südasien auf. Mit seinem fast zeitgleich zur Einweihung erschienenen Artikel im Ressort Politik gab er wiederum in der Rubrik „Deutschland und die Welt“ in Form eines Hintergrundberichtes Einblicke in Kosten, Finanzierung, Durchführung und in weitere Maßnahmen, die zum Bau des Großprojektes führten. Der Vergleich mit dem ebenfalls im Bau befindlichen Assuan-Staudamm in Ägypten, der bei den meisten Leserinnen und Lesern als bekannt vorausgesetzt werden konnte, fungierte am Ende des Artikels als Brücke und Erinnerungsaufhänger.

²³⁸ Vgl. Das Gupta, Handel, S. 275.

²³⁹ Ebenda, S. 264–266.

²⁴⁰ N.N., Der Trick mit den Krediten. In: Die Zeit, 5.6.1970. Die Liste der Namen deutscher Firmen, die am Tarbela-Staudam beteiligt waren, wurde in der Zeit veröffentlicht. Vgl. N.N., Deutsche Baustellen in aller Welt. In: Die Zeit, 20.11.1970.

Natorp stellte den indisch-pakistanischen Streit um die Wasserrechte in den Mittelpunkt des Artikels. Das Bauvorhaben selbst und die Art der Durchführung sowohl aus amerikanischer als auch aus pakistanischer Sicht versuchte der Autor kritisch darzustellen. Der Redakteur und – aus Mangel an Journalisten vor Ort – auch Reisekorrespondent konzentrierte sich in seinem Artikel immer wieder auf das negative Verhältnis zwischen Indien und Pakistan, das er als Ursache für den Bau des Staudamms ansah. Auch bei der Einweihung wurde die angespannte Situation zwischen beiden südasiatischen Gesellschaften deutlich. In diesem Zusammenhang wies Natorp auf den Einfluss der öffentlichen Meinung als Ausdruck des angespannten Verhältnisses der beiden Staaten hin:

Die indische Regierung hatte entgegen ihrer ursprünglichen Absicht kein Kabinettsmitglied entsandt, nachdem in der pakistanischen Öffentlichkeit wiederholt kritisiert worden war, daß trotz der gespannten indisch-pakistanischen Beziehungen eine Einladung nach Neu-Delhi gegangen war. In Indien wiederum waren Äußerungen des Missfallens über eine Annahme der Einladung laut geworden.²⁴¹

Der Vertrag zur Regelung der Wasserrechte an den östlichen Induszufüssen wurde von ihm als Schlussstrich eines jahrzehntelangen Streits nach der Teilung Britisch-Indiens begriffen. Die Macht Indiens, die östlichen Induszufüsse zu sperren und dadurch pakistanische Bewässerungsanlagen trockenzulegen, und das Festhalten an der Rechtmäßigkeit dieser Aktion auf Seiten Indiens wurden von Natorp als „schwerer Schlag“ für Pakistan bezeichnet. Der Indus-Becken-Plan und der dazugehörige Fonds folgten einer durch die Weltbank initiierten Einigung, die nicht nur Pakistan, sondern auch Indien Geld kostete. Das Land musste für diese Wasserrechte in den Fonds „nicht unbeträchtliche Mittel“ einzahlen, so informierte der Journalist das Publikum weiter.²⁴² Die Finanzierung von Planung und Bauvorhaben und die Rolle der BRD bei der Beteiligung wurden in einem gesonderten Abschnitt erläutert und erklärten die Anwesenheit der internationalen Gäste inklusive Bundeskanzler Kiesinger.

Auf das Bauvorhaben selbst, die Wasserbehörde von West-Pakistan als Bauherrn, die ausführenden Baufirmen und die Konsequenzen für die im Baugebiet wohnende pakistanische Bevölkerung ging Natorp am Ende sei-

²⁴¹ Natorp, Die Wasser des Indus werden gezähmt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.11.1967.

²⁴² Ebenda.

nes Berichts ein. Erst in diesem Abschnitt bezog der Journalist merklich Position. Er kritisierte deutlich die Art des Aufenthalts der Mitarbeiter der ausländischen Baufirmen und ihrer Angehörigen, deren westlicher Lebensstandard auch in Pakistan gewährleistet worden war. Er wies auf die Abgrenzung der pakistanischen Bevölkerung und auf eine westliche Dekadenz hin. Sein Missfallen äußerte er indirekt und bezog sich dabei auf eine pakistanische Informationsschrift über den Bau des Mangla-Damms. Anspielungen auf die Situation in Rourkela und das von indischer Seite kritisierte Verhalten der Deutschen schienen gewollt.

Eine kleine Armee von Ingenieuren und Technikern rückte mit ihren Familien in die eigens für sie errichtete Baral-Kolonie, in die Wohnsiedlungen Gulberg und Lalazar ein. Alle Häuser verfügen „selbstverständlich“ über Klimaanlageanlagen, wie eine pakistanische Informationsschrift über den Mangla-Damm mit stolzem Unterton vermerkt. Es gibt asphaltierte Straßen, Bürgersteige, Gärten, Straßenbeleuchtung und natürlich einen Golfplatz, der von Kennern als der drittbeste von ganz Pakistan eingestuft wird. ‚Selbstverständlich‘ auch, daß Mangla zwei Schulen hat, eine für die Pakistaner, die andere für die 720 Kinder der ausländischen Experten. Neben der Moschee stehen christliche Kirchen. Kino, Theater, eine Bowlingbahn, ein Schwimmbad und viele Clubs bieten in der Freizeit Zerstreuung und Erholung.²⁴³

Auch der Natorp gut bekannte Journalist Rupert Neudeck (1939–2016), Mitbegründer der Hilfsorganisation Cap Anamur/Deutsche-Notärzte e.V., kam zwanzig Jahre später zu dem Urteil, dass nicht die Europäer „die allerbesten, beispielgebenden Entwicklungsprojekte realisierten“, sondern China, da die Chinesen sich an die Bedingungen eines armen Gastlandes anpassen konnten. „Sie kommen nicht mit dem unentbehrlichen Luxusklimbim, sondern bauen etwas so auf, wie sie es vor nicht langer Zeit in ihrem eigenen Land gemacht haben.“²⁴⁴

Den Umsiedlungsmaßnahmen, von denen, so Natorp, über 80.000 Menschen betroffen waren, stellte der Redakteur und Reisekorrespondent ein wenig skeptisch die Hoffnungen der Regierenden und Ausführenden entgegen, die sich von dem Projekt eine große Unabhängigkeit Pakistans vom Wetter und möglichen Überschwemmungen als auch eine Steigerung des

²⁴³ Natorp, Die Wasser des Indus werden gezähmt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.11.1967.

²⁴⁴ Ebenda.

Ernteertrages versprochen. Er selbst verwies an keiner Stelle auf eine Alternative zu dem kostspieligen Großprojekt. Dass die Umsiedlungsmaßnahmen nicht von allen davon betroffenen Personen begrüßt worden waren, deutete Natorp eher zaghaft an. „Es war nicht leicht, die kleinen Bauern und Landbesitzer der Gegend von der Notwendigkeit eines Wohnungswechsels zu überzeugen.“²⁴⁵ Die Art der Überzeugungsarbeit konzentrierte sich für Natorp auf Geldzuwendungen und den Wiederaufbau zweier Städte an anderer Stelle. Weitere Nachforschungen wurden von ihm nicht unternommen.

Die Seite der Betroffenen wurde von Natorp nicht wirklich durch Aussagen über Kontaktpersonen deutlich gemacht. Den Bau von Großprojekten, wie sie auch zeitgleich in der BRD im Straßenbau oder in Form von Einkaufszentren außerhalb der Stadt in einer Phase zunehmender Staatsverschuldung realisiert wurden, schien man nicht in Frage zu stellen. Die mögliche Beteiligung westdeutscher Baufirmen am geplanten Tarbela-Staudamm erklärte die Art des Interesses bei Natorp und auch bei anderen Kollegen in der Redaktion der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG und anderen Printmedien.²⁴⁶ Die Enttäuschung darüber, dass ein anderes Baukonsortium letztendlich den Zuschlag erhielt, verdeutlichte allerdings, dass auch für Natorp die wirtschaftlichen Vorteile für die BRD in Form von Aufträgen an private Firmen eine wesentliche Rolle spielten.

4.7 Die sozialen Konflikte zwischen Indien und Pakistan

4.7.1 Hindus, Moslems und das Kaschmir-Problem

Für Natorp standen bei seinem Besuch in Indien 1967 – wie bereits erwähnt – primär innenpolitische Themen im Vordergrund. Der Journalist vernachlässigte Indiens Verhältnis zu den Nachbarn Pakistan und China und auch die internationale politische Position und Ausrichtung zu Gunsten der Erforschung eines demokratischen Bewusstseins und der latenten kommunistischen Gefahr. Natorp hatte sich aber dennoch bereits in Indien auf das Verhältnis zwischen Moslems und Hindus konzentriert. Staatliche Reformen sollten zum einen die gewünschte Säkularisierung der Gesell-

²⁴⁵ Natorp, Die Wasser des Indus werden gezähmt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.11.1967.

²⁴⁶ Natorp, Bau des Tarbela-Staudamms vermutlich von deutsch-schweizerischem Konsortium. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.12.1967.

schaft gewährleisten und zum anderen Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften entschärfen. Dies gelang im Rahmen des republikanischen Modells und des Mehrheitswahlrechts und mäßigte eine latente Ablehnung anderer Religionsgemeinschaften besonders der Moslems innerhalb der hinduistischen Mehrheit.²⁴⁷ Der gesellschaftliche Wandel als Folge der Modernisierung – wie schon bei den Wahlen 1967 sichtbar – führte 1977 und ab Anfang der 1990er Jahre erneut zu politisch bedeutsamen Veränderungen, die auch neben der Kongress-Partei eine weitere gesamtindische Partei wie die Bharatiya Janata Party (BJP) mit einem hindunationalistischen Konzept – allerdings begrenzt durch das republikanische Modell – zeitweise in einer Koalition an die Regierung brachte.²⁴⁸ Wie machte sich aber aus westdeutscher Sicht das angespannte Verhältnis zwischen den Religionsgemeinschaften und unterschiedlichen Ethnien in Indien und grenzübergreifend zwischen den beiden ehemaligen Kolonien bemerkbar?

1967 ließ der Gesundheitszustand des Bundespräsidenten Sarvepalli Radhakrishnans für Natorp Spekulationen über seine Nachfolger zu. In Frage kommende Kandidaten wie Zakir Husain, der aktuelle Vizepräsident, oder Kumaraswami Kamaraj, Präsident der Kongresspartei, so die Erkenntnis Natorps, disqualifizierten sich bereits im Vorfeld aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit oder Hautfarbe, denn „das wiederum würde viele Nordinder verärgern, die nicht von einem ‚Schwarzen‘ (Kamaraj ist sehr dunkelhäutig) regiert werden wollen“.²⁴⁹ In Bezug auf die Trennung von Religion und Staat „haben manche Inder doch Bedenken, einen Moslem an der Spitze des Staates zu sehen. Für viele ist das Prinzip des Säkularismus, dessen Bedeutung für Indien jeden Tag hervorgehoben wird, eben doch nur eine Lippenbekenntnis.“²⁵⁰ Nebenbei und unthematisiert fügte er seine Urteile darüber ein, wie der Säkularismus innerhalb der indischen Gesellschaft wahrgenommen wurde und verwies auf Diskriminierungen jenseits der Kasten und auf das Verhältnis zwischen Hindus und Moslems. Noch im selben

²⁴⁷ Zur Ideologie des Hindu-Fundamentalismus und des Konzepts hindunationaler Leitkultur im 20. Jahrhundert vgl. Rösler/Gottschlich, *Indien im neuen Jahrhundert*, S. 24f. Framke konzentriert sich im Zusammenhang mit der Aneignung deutscher Rassentheorien neben der religiösen Komponente auf rassistische Konzepte bei den Vertretern des Hindunationalismus. Ursächlich für die Ablehnung macht sie ein Gefühl der Gefährdung der Hindus unter Ausklammerung eines biologischen Rassismus. Vgl. Framke, *Delhi, Rom, Berlin*, S. 131f.

²⁴⁸ Vgl. Rösler/Gottschlich, *Indien im neuen Jahrhundert*, S. 30.

²⁴⁹ Natorp, *Bleibt Indira Gandhi Indiens Ministerpräsident?* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.2.1967.

²⁵⁰ Ebenda.

Jahr konnte sich Natorp ein Bild zur Beziehung zwischen Indien und Pakistan aus pakistanischer Sicht und den demokratischen Institutionen vor Ort machen.

Nach der Abreise Kiesingers im November 1967 konzentrierte sich der Reisekorrespondent auf Indiens Nachbarland im Westen wie im Osten. Das angespannte Verhältnis zwischen Indien und Pakistan und dessen Ursachen griff der Journalist in einem umfangreichen Artikel als erstes auf.

Jedes Gespräch, das man mit Einheimischen führt, mündet über kurz oder lang in einer Erörterung der Kaschmir-Frage. Es gibt nichts, was die Menschen gleichermaßen bewegt. An Kaschmir scheitert jeder Versuch einer Verbesserung der pakistanisch-indischen Beziehungen.²⁵¹

Natorp nahm trotz der eher totalitären politischen Struktur einen bedeutenden Einfluss der Gesellschaft und der Medien in diesem Bereich wahr. Auch Ayub Khan, der mächtige Staatschef und Soldat, machte sein politisches Verhalten Indien gegenüber von der öffentlichen Meinung abhängig und startete deshalb, so verglich Natorp, ähnlich wie de Gaulle über „bestellte“ Fragen Versuchsballons, um die Reaktion der zwar gelenkten, aber zu diesem Thema sehr engagierten Presse zu testen.²⁵² Von den möglichen Szenarien Kaschmir betreffend, die Natorp durch Gespräche einfing, wurde deutlich, dass auch zwei Jahre nach dem Ende des zweiten Krieges 1965 ein möglicher dritter Krieg in Erwägung gezogen wurde. Natorp hielt allerdings einen neuen Waffengang unter der Führung des rationalen Ayub Khan für ausgeschlossen.

Eine Fehlkalkulation wie 1965, als er, offenbar falsch informiert und schlecht beraten, damit rechnete, daß sich nach dem Einschleusen kaschmirischer Partisanen über die Waffenstillstandslinie die Bevölkerung im indisch besetzten Teil von Kaschmir wie ein Mann erheben und über die indischen Truppen herfallen werde, dürfte sich nicht wiederholen. Das verbietet nicht nur die Vernunft, sondern auch die zahlenmäßige Überlegenheit der indischen Streitkräfte.²⁵³

Aus Sicht des Soziologen Karl Heinz Pfeffer (1906–1971), zudem Pakistankenner und Zeitgenosse Natorps, diente der Krieg von 1965 zur Selbstbe-

²⁵¹ Natorp, Kaschmir – Pakistans Trauma. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.12.1967.

²⁵² Ebenda.

²⁵³ Ebenda.

hauptung gegenüber einem äußeren Gegner.²⁵⁴ Natorp dagegen offenbarte seine Sicht auf den Krieg sowie die Funktion und Wirkung einer gelenkten politischen Öffentlichkeit.

Die meisten Pakistaner sind auch heute noch der Meinung, ihr Vaterland sei von Indien angegriffen worden und hätte – zumindest moralisch – militärisch gesiegt. Daß der Krieg in Wahrheit mit der Verletzung der Waffenstillstandslinie in Kaschmir begann und mit einem Patt endete, ist vielen völlig unbekannt.²⁵⁵

Der Journalist begründete das bestehende militärische Ungleichgewicht der beiden Nachbarn u.a. mit der Unabhängigkeit Indiens von ausländischen Waffenlieferungen, da sie im eigenen Land hergestellt werden konnten.

Er beschrieb eine latente Angst innerhalb eines großen Teils der pakistanischen Bevölkerung, von Indien überfallen werden zu können, und führte dies ursächlich auf propagandistische Maßnahmen von Seiten der pakistanischen Presse zurück, die aus seiner Sicht auch die Ressentiments gegenüber Indien mit ihrer einseitigen Darstellungsweise schürte und eine eher realistische Wahrnehmung der politischen Situation in Kaschmir, die ein Verbleiben in der Indischen Union bedeuten würde, verhinderte. Der Topos „einer Zweckentfremdung von Steuergeldern für Rüstung und Krieg“ konnte auf diese Art, wenn nicht entkräftet, so doch verständlich gemacht werden.

Trotzdem ging der Journalist auf die hohen Rüstungsausgaben als Konsequenz des starken Sicherheitsbedürfnisses ein, die den öffentlichen Haushalt, aber auch die Wahrnehmung von der sog. Entwicklungshilfe in der westdeutschen Öffentlichkeit außerordentlich belastete. „Alle wissen, dass sich Indien und Pakistan noch eine Runde auf keinen Fall leisten können. Dennoch, und das ist das Beunruhigende, geht die Aufrüstung in beiden Ländern weiter und in einem Tempo, das es einem schier den Atem nimmt.“ So thematisierte Natorp den anderen kalten und manchmal heißen Krieg in Südasien.²⁵⁶ Neben der eher geringen Gefahr eines neuerlichen Krieges durch das aufgetürmte Waffenmaterial und überdimensionierten Größen der Heere betonte Natorp die negativen Konsequenzen für die hungernde Bevölkerung. Der gewünschten Anerkennung des Status quo durch Indien – nämlich der provisorischen Grenzziehung in Kaschmir –

²⁵⁴ Pfeffer, *Pakistan – Modellland*, S. 12.

²⁵⁵ Natorp, *Kaschmir – Pakistans Trauma*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.12.1967.

²⁵⁶ Natorp, *Die Rüstungslast ist für beide zu schwer*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.12.1967.

stand, so Natorp, „das pakistanische Bestreben entgegen, die Kaschmirfrage am Kochen zu halten“.²⁵⁷ Er griff die Stimmungen in der westdeutschen Gesellschaft von einer sinnlosen Verschwendung von Steuergeldern in Form von Entwicklungskrediten auf und teilte diese.

Es scheint an der Zeit, Indien und Pakistan darauf hinzuweisen, daß das Verständnis für eine forcierte Aufrüstung in jenen Ländern, die den beiden Staaten Jahr für Jahr mit beträchtlichen Krediten finanziell unter die Arme greifen, rasch abnimmt. Die Unterstützung solcher Entwicklungsländer, die unverhältnismäßig hohe Beträge für die Rüstung ausgeben, wird immer unpopulärer.²⁵⁸

Er plädierte stattdessen, gerichtet an die Regierungen Indiens und Pakistans, für eine Konzentration auf die Wirtschaftsentwicklung, die einer politischen Unzufriedenheit entgegenwirken würde. Die Reduzierung der komplexen regionalen und globalen Verhältnisse auf die Unterstützung der sog. Geberländer und die falsche Verwendung durch die sog. Nehmerländer ließ eine Entpolitisierung der Entwicklungspolitik erkennen.

Natorps Haltung zu Problemen in der eigenen Gesellschaft verdeutlichte die Schwierigkeit, die Distanz zu wahren. Er selbst nahm in der Debatte um die Deutsche Frage bis zu diesem Zeitpunkt aufgrund der veränderten internationalen Politik keinen eher nüchternen Standpunkt ein und wehrte sich vehement gegen die Akzeptanz einer deutschen Zweistaatlichkeit. Als Außenstehender gelang ihm zwar einerseits diese Distanz in der Kaschmirfrage zwischen indischer und pakistanischer Gesellschaft; auf der anderen Seite aber verstärkte er ungewollt die latente Ablehnung gegen die sog. Entwicklungshilfe innerhalb der westdeutschen Öffentlichkeit.

4.7.2 Die Bedeutung der pakistanischen Militärregierung

Die pakistanische Außenpolitik versuchte Natorp aus dem Blick Ayub Khans heraus darzustellen. Er konzentrierte sich zum einen auf dessen beide Grundsätze von der Sicherheit und der Entwicklung des Landes als den zentralen Säulen und zum anderen auf das Verhältnis zu Indien als Angelpunkt der außenpolitischen Konzeptionen mit den wechselseitigen Bezie-

²⁵⁷ Natorp, Die Rüstungslast ist für beide zu schwer. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12.1967.

²⁵⁸ Ebenda.

hungen zu China, der UdSSR und den USA.²⁵⁹ Ayub Khan distanzierte sich aufgrund der veränderten amerikanischen Außenpolitik und einer Annäherung des Landes an Indien 1962 von den USA und suchte die Nähe zum politisch instabilen China. Auch die Führung der UdSSR lud Khan zu zwei Staatsbesuchen in den folgenden Jahren ein. „Nach dem Bruch zwischen Peking und Moskau schien es den sowjetischen Führern unklug, den chinesischen Genossen das Feld dort allein zu überlassen.“ So charakterisierte Natorp in Schreibart des Kalten Krieges die Beweggründe des eher mit Indien verbundenen Landes, sich vorsichtig an Pakistan anzunähern.²⁶⁰ Er beschrieb eine neue Annäherung Ayub Khans an die USA und dessen wiedergewonnene Erkenntnis zur Stabilität der westlichen Bündnispartner, auch begründet durch die Entlassung Bhuttos als Außenminister. „Insofern bedeutet die gegenwärtig verfolgte Linie auch eine Korrektur des vom früheren Außenminister Bhutto gesteuerten Kurses, der Pakistan ganz von den USA lösen wollte, den Austritt aus CENTO und SEATO empfahl und sich ausschließlich auf China und die militante Gruppe im afro-asiatischen Lager verlassen wollte.“²⁶¹ Natorp verwies zudem auf die engen Bindungen des Landes unter Ayub Khan zum Vorderen Orient, der auch den Iran und die Türkei einschloss und so dem deutschen Publikum die – lange – Brücke hin zur eigenen Kultur wies. Auch der wiederholte Vergleich der außenpolitischen Konzeption Khans mit der de Gaulles ließ den Staatsmann europahan erscheinen.²⁶² Die insgesamt positive Bewertung der Ayubschen Außenpolitik erhielt durch Natorp allerdings eine entscheidende Einschränkung. Auch Pakistan, das als Muster für ein erfolgreiches Entwicklungsland angesehen wurde, war – wie Indien auch – auf Lebensmittelimporte angewiesen.

Die nicht unbeträchtliche Abhängigkeit Pakistans von amerikanischer Finanzhilfe und von amerikanischen Nahrungsmittellieferungen zum Beispiel setzt einer Politik der „Unabhängigkeit nach allen Seiten“

²⁵⁹ Natorp, Auf gutem Fuß mit allen drei Weltmächten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.12.1967.

²⁶⁰ Ebenda.

²⁶¹ Ebenda.

²⁶² Auch in der Zeit-Redaktion wurde Khan mit de Gaulle verglichen. Beide schienen für ein Jahrzehnt Ruhe und Ordnung garantiert zu haben. N.N., Anfang von Ayubs Ende? In: Die Zeit, 7.2.1969.

nach französischem Muster, wie sie viele Pakistaner gern betreiben möchten, gewisse Grenzen.²⁶³

Die Vergleiche mit der Außenpolitik de Gaulles verdeutlichen die Debatten, besonders innerhalb der CDU/CSU zwischen „Gaulisten“ und „Atlantikern“, die zu dieser Zeit immer noch das Lager des Koalitionspartners spalteten und erst durch de Gaulles Abtritt von der politischen Bühne 1969 beendet wurden.²⁶⁴



Abb. 23: Natorp, Selbstporträt und Programm. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.1.1968, © F.A.Z.-Fotos/Klaus Natorp.

Vielleicht aufgrund seines Aufenthaltes nur in West-Pakistan, aber auch einer Möglichkeit, Verbindungen zum dem Publikum und dem Journalisten

²⁶³ Natorp, Auf gutem Fuß mit allen drei Weltmächten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.12.1967.

²⁶⁴ Vgl. Wolfrum, Geglückte Demokratie, S. 222, 239. Kernaussagen der Argumentation der unterschiedlichen Lager waren auf der einen Seite eine Emanzipierung von den USA durch die Annäherung an Frankreich, das unter de Gaulle seine eigene nukleare Streitmacht aufbaute und eine Stärkung der europäischen Staaten vorsah, und auf der anderen Seite eine Vergrößerung des westdeutschen Einflusses bei nuklearen Planungen und Entscheidungen innerhalb des Bündnisses. Ebenda, S. 219.

vertrauten Themen und Politikern herzustellen, wurden von Natorp die Beziehungen Ost-Pakistans zu seinen Nachbarn nicht aufgegriffen.

Die innenpolitische Situation versuchte Natorp in einem weiteren Artikel zu erfassen und zu vermitteln. Pakistans demokratische Entwicklung entsprach nach der Partizipationskrise 1958 nicht den westlichen Vorstellungen von Demokratie. Natorps eigene Kompromissfähigkeit in Abwägung zwischen Demokratie und Militärdiktatur vor dem Hintergrund seiner Befürchtungen eines kommunistischen Umsturzes traten zutage. Er ging der Frage nach, ob es sich bei „der Revolution“ von 1958, der, so betonte er, unblutigen Machtübernahme durch die Armee, um eine Diktatur handelte. Kennzeichen für ihn waren u.a. ein großer Personenkult um Ayub Khan, den auch er feststellte, der aber in seiner Überzeugung „ohne seinen ausdrücklichen Wunsch“ aufgrund seiner großen Popularität betrieben wurde. „Was Europäer gelegentlich abstößt, nämlich die übertriebene Verherrlichung eines Einzelnen, ist für die orientalischen Menschen offenbar ein Bedürfnis.“ So resümierte Natorp seine Beobachtungen vermutlich auch aufgrund seiner Erfahrungen im indischen Wahlkampf Anfang des Jahres. Eine weitere Betrachtung des Militärmachthabers erfolgte durch eine kurz nach seiner Rückkehr veröffentlichte umfangreiche Rezension zur Autobiographie Khans, die von Natorp als politisches Manifest des Politikers bezeichnet wurde. Die Rezension schloss mit einer Aufnahme des Präsidenten auf dem Flugplatz in Rawalpindi durch Natorp selbst anlässlich der Ankunft Kiesingers. Sie ließ den Militärmachthaber als rationalen, europa-nahen und korrekten Politiker erscheinen. Khan war nicht umgeben von politischen Anhängern, sondern repräsentierte den Staat Pakistan.

„Es lohnt sich, das Buch zu lesen.“ So fasste er gleich zu Beginn sein Urteil zusammen. Die erhofften Beschreibungen zu Kindheit, Jugend und Armeezeit fielen für Natorp zu kurz aus. „Man merkt, daß der Verfasser möglichst schnell zu jener Zeit vorstoßen möchte, da er die Geschicke des Landes in die Hand nahm.“²⁶⁵ Der positiven Darstellung der eigenen Leistung stand Natorp eher neutral denn kritisch gegenüber, da er die bisherige fast zehnjährige politische Stabilität vor Augen hatte.

Aber es waren auch zehn Jahre, in denen die Bevölkerung nur noch beschränkte demokratische Rechte hatte. Vielleicht war sie es so zufrieden. Vielleicht ist das von Ajub Khan eingeführte System indirekter Wahlen durch sogenannte Basic Democrats tatsächlich für Länder

²⁶⁵ Natorp, Selbstporträt und Programm. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.1.1968.

wie Pakistan, das fast achtzig Prozent Analphabeten hat, das geeignetste. Wer in Europa wollte das zu entscheiden wagen?²⁶⁶

So merkte der Journalist eher indifferent an. Auch in Indien war die Zahl der Analphabeten hoch, er selbst hatte über die Wahlen noch Anfang des Jahres berichtet und sich vehement gegen Behauptungen gewehrt, die den Menschen dort das Recht auf politische Partizipation absprechen wollten. Weitaus enthusiastischer als Natorp sah Karl J. Newman in seiner Rezension des Buches den von Khan eingeschlagenen Weg als „Synthese von traditionellen demokratischen Institutionen und einer starken Exekutive zum Aufbau einer Infrastruktur“ und das pakistanische Experiment als Vorbild für alle sog. Entwicklungsländer.²⁶⁷

Die Darstellung der pakistanischen Außenpolitik sowohl regional als auch global schien für Natorp außer einem besseren Verständnis für die Spannungen zwischen Pakistan und den USA keine neuen Erkenntnisse zu liefern. Er zeigte sich überrascht über die Schärfe Khans im Zusammenhang mit dem geforderten Mitspracherecht Afghanistans zur Behandlung der Volksgruppe der Paschtunen, die in beiden Staaten lebten.

Im Grunde ähnelt die Art, wie Ajub Khan das Paschtunenproblem behandelt, den Methoden, welche die Inder – nach pakistanischer Ansicht – zur Unterdrückung der Moslem-Kaschmiris in dem von ihnen besetzten Teil des umstrittenen Gebietes anwenden. Nur daß die Paschtunenfrage nicht von solcher Größenordnung ist wie der Kaschmir-Konflikt.²⁶⁸

Auch die fehlende, wie er fand, übergangene Thematisierung des Krieges 1965 ebenso wie die Kaschmir-Frage überraschten den in dieser Hinsicht kritischen Autor.

Pressezensur oder Pressefreiheit als weiterer Grad von Fremdbestimmung waren in seinen Augen „wiederum auch nicht so gelenkt, wie es auf den ersten Blick scheinen mag“.²⁶⁹ Äußerungen von Seiten der Regierung, die unbedingt gedruckt werden mussten, standen, so der Journalist, überkritischen Äußerungen gegenüber. Natorp kam zu dem Schluss, dass es für das pakistanische System keine passende europäische Schublade gab. Dem Ar-

²⁶⁶ Natorp, Selbstporträt und Programm. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.1.1968.

²⁶⁷ Newman, Die Revolution des Marschalls. In: Die Zeit, 5.1.1968.

²⁶⁸ Natorp, Selbstporträt und Programm. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.1.1968.

²⁶⁹ Natorp, Nur Ajub Khan entscheidet. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.12.1967.

gument Khans, dass das System der indirekten Wahl – kleine Wahlkreise wählen lokale Vertrauensleute, die wiederum sowohl den Präsidenten und in Form kleiner Räte auch die Abgeordneten der Landtage und der Nationalversammlung wählen – besonders geeignet für die 80% Analphabeten im Land sei, stand Natorp dennoch kritisch gegenüber. Er betonte allerdings die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes unter dem „milden“ Autokraten. Das eine Standbein seiner Herrschaft waren, so Natorp, die Berufsbeamten, die als Ministerialbeamte und Staatssekretäre zusammen mit dem Staatspräsidenten die Exekutive bildeten. Das andere Standbein verkörperte das Militär. Für Natorp bedeutete dies eine weitere Einschränkung von Pluralismus und demokratischen Regeln in Pakistan.

Freilich hat Ajub Khan auch nie vergessen, daß die Armee seine Hausmacht ist und bleibt und was er ihr schuldig ist. Die Offiziere werden gut bezahlt, die höheren Chargen besser als die vergleichbaren hohen Zivilbeamten. Die Armee bekommt, was sie verlangt.²⁷⁰

Natorp beschrieb damit den Preis einer jeden Militärregierung. Auch bei seiner Prognose zum möglichen Nachfolger Khans lag er mit Yahya Kahn als „Offizier mit politischem Ehrgeiz“ richtig.²⁷¹

Eine Bedrohung der politischen Stabilität, um die Khan aus Sicht von Wissenschaftlern und Medienleuten bemüht war, kam für Natorp sowohl von einzelnen Politikern als auch von klerikaler Seite. Die pakistanische Parteienlandschaft erfasste der Reisekorrespondent als hoffnungslos zerstritten. Der Soziologe Pfeffer sah in der Zulassung der Parteien ein Zugeständnis des Staatspräsidenten. Er gab damit der trotz seiner Anstrengungen, die Parteien gänzlich zu verbieten und aus dem politischen und gesellschaftlichen Lebens Pakistans zu löschen, letztendlich dem Wunsch und Drängen der öffentlichen Meinung teilweise nach.²⁷² Die Rückkehr Bhuttos, des ehemaligen Außenministers, auf die politische Bühne schätzte der Journalist von ziviler Seite negativ für Ayub Khan ein. Natorp attestierte Bhutto eher demagogisches Talent als staatsmännisches Geschick.

In Teilen der Ulema war für Natorp reaktionäres Gedankengut vertreten. Er machte sie für die Behinderung der Umsetzung von Maßnahmen des fortschrittlich agierenden Ayub Khan zur Geburtenkontrolle ebenso verantwortlich wie für die Agitation im Nahost-Konflikt gegen Israel. In Ayub

²⁷⁰ Natorp, Nur Ajub Khan entscheidet. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.12.1967.

²⁷¹ Ebenda.

²⁷² Vgl. Pfeffer, Modelland Pakistan, S. 101.

Khan stellte er der reaktionären Gruppe eine überraschende, in westlichen Kategorien von „positiver Emotionslosigkeit“ und „kalter Logik“ denkende Persönlichkeit entgegen, die aufgrund seiner Person einen Erziehungsauftrag alleine umsetzen musste. „Kann die Armee die Kontinuität sichern?“ So beendete Natorp seinen Artikel im Hinblick auf mögliche kommende wirtschaftliche Krisen, die auch eine kommunistische Unterwanderung in Pakistan möglich machen konnten.²⁷³ Den wahren, wenn auch demokratischen, Staatsfeind identifizierte Natorp in der Person Bhuttos maskiert als Politiker. Das Militär schien aus seiner Sicht trotz der Behinderung demokratischer Institutionen der Garant für die politische Stabilität.

Sein letzter Hintergrundbericht konzentrierte sich auf das möglicherweise vielen Westdeutschen zur damaligen Zeit unbekanntes Konstrukt von West- und Ost-Pakistan. Natorp beschrieb neben der räumlichen Distanz die geographischen, sprachlichen, klimatischen und kulturellen Unterschiede der beiden Landesteile, die von der gemeinsamen islamischen Religion zusammengehalten wurden. Zudem war dem Artikel ein Kartenausschnitt der Region beigelegt.²⁷⁴ Natorp selbst reiste erst 1970 in diesen Teil des Staates. Die Spannung zwischen beiden Landesteilen und die Aufzählung der Ursachen, die in einer wirtschaftlichen Benachteiligung sowohl von staatlicher als auch von unternehmerischer Seite zusammengefasst wurden, griffen den Ereignissen von 1970/71 voraus. Der Konzentration aller Zentral- und Regierungsinstanzen in West-Pakistan stand lediglich die Zusammenkunft der Nationalversammlung in Dacca, im östlichen Teil des Landes, entgegen. Das Verhältnis, so vermutete der Autor, entsprach nicht der Zusammensetzung der Bevölkerung. „Das schafft natürlich ebenso böses Blut wie der Umstand, daß von der starken pakistanischen Armee nur eine einzige Division und eine Luftwaffeneinheit in Ostpakistan stationiert sind.“²⁷⁵

In diesem Zusammenhang erwähnte Natorp die 57%, die von den laufenden Ausgaben für die Verteidigung verwendet wurden. In den Ausführungen Khans zu den Vorwürfen der Disparität wurde ein mögliches Interview Natorps mit dem Staatschef deutlich. Verweise auf Fehler der Kolonialmacht bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landesteiles sowie die geplante Annäherung beider Landesteile sollten die Spannungen relativieren. „Wenn alles so wäre, wie es der Präsident darstellt, müsste das Schlagwort von der Ungleichheit eigentlich längst gestorben sein und müßten alle Men-

²⁷³ Natorp, Nur Ajub Khan entscheidet. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.12.1967.

²⁷⁴ Natorp, Der Islam hält alles zusammen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.1968.

²⁷⁵ Ebenda.

schen in Ost-Pakistan glücklich und zufrieden sein. Sie sind es aber nicht.“²⁷⁶ Das merkte Natorp vielleicht auch an die Situation in der DDR denkend kritisch an und verwies auf eine aufgedeckte Verschwörung gegen Ayub Khan in Ost-Pakistan und die kommenden Wahlen 1970.

4.8 Fazit zur Sicht auf Südasien 1967

Die Journalisten beschäftigten in den 1960er Jahren vor allem Befürchtungen um die politische wie wirtschaftliche Stabilität der westdeutschen Gesellschaft. Ältere Journalisten wie Wirsing oder auch Hunck sahen die BRD als wirtschaftlich potente Nation, die die Länder Südasiens in Form eines Senior-Junior-Verhältnisses als Wirtschaftspartner brauchte. Im Zuge einer geänderten Regierungspolitik musste die BRD Zugeständnisse an die Regierungen machen, die nicht auf der politischen und wirtschaftliche Linie der Westdeutschen lagen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Industrienationen und den größtenteils Rohstoffe liefernden Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas schienen ahistorisch, natürlich und als ein sich selbst regulierender Prozess. Die Rolle der westdeutschen Gesellschaft wurde trotz der offen artikulierten ökonomischen Vorteile als philanthropisch betrachtet. Eine regierungsnaher Berichterstattung ist ebenso nicht zu übersehen. Beziehungen der älteren Journalisten zu Politikern und Repräsentanten anderer Organisationen, die in die Zeit vor 1945 zurückreichten, wurden deutlich.

Der SPIEGEL-Redakteur Hess blieb der regierungskritischen Linie der Redaktion treu und griff Konflikte im Zuge der Staatsbesuche auf, um sie für die eigene publizistische Linie zu vereinnahmen. Hess konzentrierte sich aber auch auf die wirtschaftlichen Vorteile für die westdeutsche Gesellschaft und unterstützte so die developmentpolitische Haltung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Auch Klaus Natorp instrumentalisierte Entwicklungspolitik und developmentpolitische Maßnahmen in den 1960er Jahren für die Deutsche Frage und koppelte sie an außenpolitische Entscheidungen der Länder Südasien. Auch für ihn stand eine Verbesserung der wirtschaftlichen Position der bereits prosperierenden Bundesrepublik außer Frage. Der Demokratisierungsprozess in Indien, der durch die Strukturmaßnahmen der Kongress-Mehrheit unter Nehru Staatskrisen wie in Pakistan verhindert hatte, wurde

²⁷⁶ Natorp, Der Islam hält alles zusammen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.1968.

von Natorp kritisch wahrgenommen und untersucht. Das lag an der Politik der Bündnislosigkeit in einem alles überschattenden Ost-West-Konflikt. Dennoch war der Redakteur und Reisekorrespondent fasziniert von der Umsetzung demokratischer Institutionen wie der Wahlen in der indischen Gesellschaft – sowohl was die Organisation als auch was die Akzeptanz anging. Seine Recherche und Offenlegung der Quellen wiesen auf einen geänderten journalistischen Stil hin, verbargen aber nicht eine grundsätzlich kritische Haltung zu Politikern mit einer kommunistischen Haltung. Der Wandel im Demokratisierungsprozess über eine weitere Pluralisierung, sichtbar in Kerala, erschien für Natorp hinsichtlich seiner Befürchtungen eines totalitär kontrollierten Landes bedrohlich. Indien und seine Gesellschaft im Norden wie im Süden schienen für den Journalisten in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre aber durch einen fast natürlich scheinenden demokratischen Charakter und trotz wirtschaftlicher Probleme weiterhin entwicklungspolitisch unterstützenswert. Die Gefahr eines kommunistischen Umsturzes schien nicht unmittelbar gegeben.

Thilo Bode, der durch seine Arbeit in der Deutschen Botschaft in Indien ebenfalls gute Kontakte zu westdeutschen wie auch zu indischen Politikern hatte, versuchte unterschiedliche Perspektiven einzunehmen und die indische und auch asiatische Seite zu berücksichtigen. Bode lebte seit Mitte der 1950er Jahre in der Region und zeigte sich enttäuscht über das mangelnde wirtschaftspolitische Entgegenkommen von Seiten der westdeutschen Regierung angesichts der kritischen Lage, in der sich viele der Länder Südasiens befanden. Der Korrespondent nahm bereits die Wirkungen des Modernisierungsprozesses in der indischen Gesellschaft wahr. Ein Erstarken der Parteien mit religiös-politischem Hintergrund ließ ihn am staatlichen Zusammenhalt Indiens zweifeln. Er befürchtete eine Fundamentalisierung als Antwort der jüngeren Generation auf die Phasen der Fremdherrschaft. Die Folgen lagen für ihn darin, dass der Prozess der Modernisierung erneut durch innere gesellschaftliche Faktoren verlangsamt werden würde.

Nur sehr wenige Journalisten schenkten dem anderen großen Land in der Region Südasien ein eher tiefer gehendes Interesse. Pakistan war für Klaus Natorp „das vorbildliche Entwicklungsland“ unter der autoritären Herrschaft Ayub Khans. Die gesellschaftliche Struktur, die Dominanz der Oberschicht, die gescheiterte Landreform – auch aufgrund der von ihm angesprochenen Übervorteilung der Armee-Angehörigen – und die eingeschränkten demokratischen Institutionen schienen sekundär im Vergleich zur Konzentration auf den Staatschef und seine Leistungen. Natorp bewertete

tete aus Sicht der eigenen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Er schenkte den politischen Entwicklungen, vor allen Dingen der Rolle der Parteien, bei seinem ersten Aufenthalt zeitbedingt nur eine eher oberflächliche Aufmerksamkeit; die innenpolitischen Konflikte, die sich bereits Ende des Jahres 1967 ankündigten, wurden von ihm zu diesem Zeitpunkt nur vorsichtig thematisiert. Der Journalist setzte sich von allen an der Reise beteiligten Personen am intensivsten mit Pakistan auseinander. Mangels Alternativen schien Ayub Khan für Natorp der geeignetste Kandidat zu sein, um die politische und wirtschaftliche Stabilität zu garantieren, die aus der Sicht des Journalisten nötig war, kommunistische Umstürze zu verhindern. Vergleiche mit europäischen politischen Systemen wurden bewusst vorsichtig gezogen.

Das vom Großteil der Pakistaner gewünschte Recht der Kaschmiris auf Selbstbestimmung wurde angesichts der aktuellen Situation und einer die negative Stimmung zwischen Indien und Pakistan anheizenden Presse von Natorp nüchtern betrachtet.

Die Komplexität der gesellschaftlichen und politischen Probleme in Südasien sowie in der indischen und pakistanischen Gesellschaft wurde durch die Verwobenheit der ehemaligen Kolonialmächte, der neuen politischen Großmächte USA und UdSSR, der Rolle Chinas und weiterer westlicher Industrienationen wie der BRD weiter angefacht. Kredite, Waffenlieferungen und der Transfer von militärischem und technischem Wissen wurden von den politischen Eliten in Indien und in Pakistan gewünscht, weil sie zum einen das dominante Entwicklungsmuster und die Systemkonkurrenz akzeptierten und zum anderen losgelöst davon mit gesellschaftlichem Konfliktpotential belastet waren. Somit erschien die sog. Entwicklungshilfe – wenn nicht als neutrale Gabe – sogar als Forderung, der nachzukommen war. Der indisch-pakistanische Konflikt und die Verschwendung von Teilen des Staatshaushalts für Rüstung und Krieg schürten auch über die Berichterstattung des an sich wohlwollenden Natorp die Vorbehalte gegen Entwicklungspolitik und entwicklungspolitischen Maßnahmen und bestätigten den negativen Trend in der westdeutschen Gesellschaft – losgelöst davon, dass westdeutsche Unternehmen zeitgleich vom lukrativen Waffengeschäft profitierten.